

Schwerpunktthema:



## ASYLBEWERBER: abgeschoben oder verbrannt

Nr. 115 · Februar 1984

Nachrichten und Berichte zu:

Tunesien, PLO, Peru, Venezuela

**USA/Mittelamerika:** Militarisierung —  
Hauptmerkmal der US-Politik in der 3.

**Welt Nicaragua:** Städtepartnerschaft  
Freiburg/Br. — Wiwili

**Athiopien/Eritrea:** Eritrea war ein  
wichtiger Grund, warum sich Mengistu  
dem Osten zuwandte **Minderheiten**

Indische Ureinwohner — eine  
Minderheit von 50 Millionen Menschen;  
Waffentests auf dem Gebiet der Innu  
**Nestlé** Unterschriftensammlung zum  
Nestlé-Boycott

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-  
(DM 30,- für einkommensschwache  
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.  
Informationszentrum Dritte Welt,  
Postfach 5328, 7800 Freiburg

Themenbereich  
Dritte Welt



»Loseblattsammlung«

Materialien für Unter-  
richt und Bildungsarbeit

### NEUERSCHEINUNG



## Politische Flüchtlinge

Die Themen der bisher erschienen Hefte  
sind:

Nicaragua · Peru · Zigeuner · Iran  
Welthandel · Kolonialismus · Welt-  
handel II · Bolivien · Imperialismus  
Großtechnologie/Brasilien · Tourismus  
Modernisierung des Elends-Waffen-  
export

Umfang ca. 32 Seiten; A 4 Format;  
kopierfähig; 4 Ausgaben/Jahr

Preis der Einzelnummer: DM 5,- bzw.  
DM 6,-

Abo: (6 Nummern) DM 36,- ab Nr.  
13 folgende; sonst DM 30,-

Bezug: GEB · Sandstr. 15 · 7800 Freiburg

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 125

11. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

April 1984

Solidaritätspreis DM 4,-



**Aus dem Inhalt dieser Nummer:**  
**CHILE:** Der Zaubertick / Ein Plebiszit / Der Skandal / Porträt einer  
chilenischen Familie — **NICARAGUA:** Wahlen: Fortschritt oder  
Rückschritt? — **KOLUMBIEN:** 16 Monate Amnestie und noch kein  
Friede — **ARGENTINIEN:** Wölfe richten über Wölfe

**INHALTSVERZEICHNIS**

**Zu diesem Heft:**..... 3

- CHILE: Pinochet braucht Hilfe ..... 5
  - Der Zaubertrick: Ein Plebiszit ..... 6
  - Wieviele Divisionen hat der Papst? ..... 7
  - Der Kongress der Demokratischen  
Volksbewegung ..... 9
  - Der Skandal ..... 10
  - Annexo Capuchinos ..... 12
  - Portrait einer chilenischen Familie ..... 13
  - Kultur: Festival für Kitsch und Verdummung ..... 17
- NICARAGUA: Wahlen: Fortschritt oder Rückschritt? ..... 19
- GRENADA: Das politische Leben beginnt  
sich wieder zu formieren ..... 27
- HONDURAS: Souveränes Land oder US-Kolonie? ..... 30
- EL SALVADOR: Radios der Revolution ..... 33
- KOLUMBIEN: 16 Monate Amnestie und noch kein Friede ..... 36
- ARGENTINIEN: Wölfe richten über Wölfe ..... 51
  - Kultur: Interview mit dem  
Regisseur Hector Olivera ..... 54
- PERU: Kolonisation des Amazonasgebiets  
und indianische Dorfgemeinschaften ..... 57
- SOLIDARITÄT: Ausdruck neuer chilenischer  
Kultur: ORTIGA ..... 61
- REZENSION: Vamos Caminando ..... 62
- ZEITSCHRIFTENSCHAU ..... 64
- Eingegangene Bücher und Broschüren ..... 65

Impressum  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Jahrgang 11 der CHILE-NACHRICHTEN  
erscheint monatlich  
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Christian Klemke  
Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß dieser Nummer: 22. März 1984

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-  
Institutionen-Abo DM 60,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Im Mehringhof  
Gnensenaustr. 2  
1000 Berlin 61  
Tel. 030/893 4029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreislise Nr. 2 vom 1.6.1983

**EIGENTUMSVORBEHALT**

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Hebe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

**Zu diesem Heft**

Liebe Leserinnen und Leser,

die Berliner Programmzeitschrift "zitty" hat uns endlich die Augen über unsere Solidaritätsarbeit geöffnet: Wir sind alle hoffnungslos altmodisch und haben als Arme im Geist den Trend der Zeit immer noch nicht begriffen. Was, Ihr habt immer noch ein schlechtes Gewissen, weil der Frühstückskaffee mit dem Blut der guatemaltekischen Bauern getränkt ist? Ihr lest - oder verfaßt gar! - Flugblätter, Broschüren und Zeitschriften? Wie dumm von Euch! Zynismus ist angesagt - politisches Engagement ist out! Es geht um Innerlichkeit - da stört kritisches Bewußtsein nur! Politisches Handeln - das dient doch nur der Beruhigung Eures katholisch infizierten Gewissens! Laßt den Quatsch! Damit lenkt Ihr doch nur von dem eigentlichen Problem ab, daß die wirkliche Grenze zwischen erster und dritter Welt mitten durch uns selbst verläuft: "Die erste Welt: dein Kopf. Die dritte Welt: dein Körper mit seinen Schlafstörungen, seiner entgleisten Sexualität, seiner Muskelschlaffheit, seiner bleichen, fettigen Haut, seinen Pickeln, alkohol- und nikotinzerfressen." (zitty, Nr. 7, 1984, S. 30) Statt Euch um Eure wahren Probleme zu kümmern, erwägt Ihr vielleicht gar, mit einer Brigade nach Nicaragua zu gehen. Nicht doch! Dahinter steckt doch nur das alte, christliche "Tue Buße und der Herr wird sein Angesicht leuchten lassen über Euch". Nein, damit hat der Wende-Mensch natürlich nichts zu tun. Mit der CSU/CDU/FDP-Regierung zwar auch nicht, aber politisches Handeln stört das psychische Gleichgewicht und nützt eh nichts. Politik findet nur noch in Form von Party-Konversation statt: Man amüsiert sich über "Birne" (der ist ja so wunderbar doof!), aber gegen eine Witzfigur muß man nichts tun. Natürlich, der überalterte Cowboy-Darsteller Reagan wirkt als Witzfigur lächerlich - aber er hat die Macht, die Contras in Nicaragua, die Todesschwadronen in El Salvador zu finanzieren. Kohl ist eine bessere Witzfigur als sich die Karikaturisten je ausdenken könnten - aber er trimmt die Außenpolitik der Bundesrepublik auf US-Kurs. Und in der Zwischenzeit sollen wir uns mit dem arroganten Lächeln derer zufrieden geben, die den Herrschenden natürlich geistig überlegen sind - und sie handeln lassen. Wann hat die Arroganz der (selbsternannten) Intellektuellen jene diejenigen gestört, die die Macht haben?

Daß ein offensichtlich politisch frustrierter Chefredakteur eines Berliner Magazins sich arrogant über die Solidaritätsbewegung ausläßt, wäre an sich noch kein Grund, daß die Lateinamerika Nachrichten dazu Stellung nehmen. Auch nicht, daß "zitty" versucht, sich durch diese Masche bei zynisch gewordenen Linken attraktiv zu machen und so die Auflage zu steigern. Bedenklich scheint uns der Trend, der hier seinen Ausdruck findet. Dazu paßt eben auch der hämische Artikel von Janssen-Jurreit über die Brigadisten im "Spiegel". In diese Ecke gehört auch, daß die taz dem französischen "Philosophen" Pascal Bruckner eine ganze Seite zur Selbstdarstellung und der kaum kritisierten These einräumte, daß der Anti-Imperialismus der Linken Blödsinn und nur eine Frucht ihres schlechten Gewissens sei. (Gleichzeitig sieht sich die TAZ nicht mehr in der Lage, die mit den Dritte-Welt-Zeitschriften vereinbarte Zeitschriftenschau mit den Inhaltsverzeichnissen der entsprechenden Zeitschriften abzdrukken.) Darin drückt sich eine Polarisierung zwischen denjenigen, die - zynisch und resigniert geworden - sich von jeglicher internationalistischen Arbeit abwenden, und denen, die immer noch - oft von Träumen und Hoffnungen beflügelt - weitermachen, aus.

Uns geht es nicht darum, die Solidaritätsbewegung gegen notwendige Kritik abzuschirmen. Es ist sehr nötig, eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Motiven und der Politik der Solidaritätsbewegung zu führen. "zitty" macht sich über das "schlechte Gewissen" der Solidaritätsarbeiter/innen lustig. Für viele von uns war das "schlechte Gewissen" darüber, daß wir von der Ausbeutung der Dritten Welt profitieren, Ausgangspunkt der politischen Betätigung. Tatsächlich entstanden auch sehr viele developmentpolitische und Solidaritätsgruppen im Vorfeld der Kirchen. Andere aber kamen aus einer anderen Ecke: sie analysierten die Verflechtungen der bundesdeutschen und der US-amerikanischen Wirtschaft und sahen, daß die Repression in den Ländern der "Dritten Welt" nicht unabhängig von dem zu sehen ist, was hier bei uns abläuft. Auf die moralische Empörung muß die

ökonomische und politische Analyse folgen - und das tat sie auch in sehr vielen Gruppen. Wir kamen sehr schnell zu der Antwort, daß wir mit denen solidarisch sind, die gegen Imperialismus und Unterdrückung kämpfen. Auf dieser allgemeinen Ebene waren sich Christen und Sozialisten, Sozialdemokraten, Leninisten und Spontis schnell einig. Aber auch das reicht noch lange nicht. Die Diskussionen über die Politik der VR Vietnam nach dem Sieg der Befreiungsbewegung Südvietnams und Nordvietnams über die Truppen der USA, die Diskussion über die Politik der FMLN zusammenschlossenen Befreiungsbewegungen El Salvadors (man denke nur an das Strohfeuer der Empörung, als "Pflasterstrand" und TAZ den Artikel über die Ermordung Roque Daltons veröffentlichten, oder an die Nicht-Auseinandersetzung über den Mord an Comandante Ana Maria und den Selbstmord Marcial's) zeigt, wie wichtig es für unsere Arbeit ist, uns mit der KONKRETEN Politik der Befreiungsbewegungen auseinanderzusetzen. Diese Probleme haben gezeigt, daß es keine haltbare Grundlage für politische Arbeit ist, sich mit einer Befreiungsbewegung zu identifizieren - weil die das zu machen scheint, was wir hier in der BRD nicht schaffen. Wenn dann nämlich unsere Träume von den Befreiungsbewegungen nicht erfüllt werden, verfällt immer ein Teil der Bewegung in Resignation und Zynismus. Dem ist nur zu begegnen, wenn wir unsere Solidarität auf eine Auseinandersetzung mit der realen Politik der Befreiungsbewegungen gründen und dabei auch das Recht einfordern, diese Politik zu kritisieren. Solidarität als Einbahnstraße wäre wirklich nur Gewissensberuhigung.

Solidaritätsarbeit ist bestimmt von den politischen Verhältnissen im eigenen Land, der Politik der unterstützten Bewegungen und den persönlichen Motiven derjenigen, die sich in dieser Arbeit engagieren. Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN möchten versuchen (mal wieder!) eine Diskussion über die inhaltliche Bestimmung der Solidaritätsarbeit anzuleiern. Wir fordern deshalb unsere Leser auf, ihre Erfahrungen und Gedanken zu Papier zu bringen und uns zu schicken. Solche Veröffentlichungen sollen zur Vorbereitung einer Veranstaltung während der LATEINAMERIKA TAGE im November 1984 dienen.

Ein zentrales Thema der Solidaritätsbewegung in diesen Tagen und Wochen sind die Wahlen in Mittelamerika. In El Salvador werden - wieder einmal - Wahlen ohne die FDR/FMLN stattfinden, die als Alternative eine Übergangsregierung mit allen am Bürgerkrieg beteiligten Gruppen (aber ohne die rechten Terrororganisationen) vorgeschlagen haben.

In Nicaragua soll im November eine Nationalversammlung mit verfassungsgebenden und legislativen Kompetenzen sowie der Präsident und Vizepräsident gewählt werden. In den letzten beiden Ausgaben der LN wurde bezüglich der Wahlen vor allem der Aspekt des äußeren Drucks auf die Sandinisten hervorgehoben. Jetzt erreichte uns ein Artikel aus Nicaragua, der die These aufstellt, daß die Sandinisten die Wahlen aus einer Position der Stärke heraus die Wahlen ausgeschrieben haben, um eine innere und internationale Legitimation zu erlangen, ohne dabei ihre Regierung zu gefährden.

In Chile scheint das Regime Pinochets gezwungen zu sein, sich eine politische Legitimation zu verschaffen. Die Serier der Protesttage, die am 27.3. fortgesetzt wird, veranlaßte das Regime zu einem Referendum, bei dem das chilenische Volk die Wahl hat, zu entscheiden, ob die anti-demokratischen Prozesse - wie sie in der Verfassung des Regimes vorgesehen sind - beschönigt werden, oder ob das bisherige Timing des Regimes beibehalten werden soll. Die Opposition diskutiert inzwischen einen Generalstreik, der aber wegen der hohen Arbeitslosigkeit außerordentlich riskant ist. Trotz der nicht vorhandenen politischen Legitimation, des Spannungsverhältnisses zu Argentinien wegen des Beagle-Kanals und der Tatsache, daß Chile nicht einmal Geld für die notwendigen Nahrungsmittelimporte hat, wird die BRD - zur Rettung der deutschen Werftindustrie - dem Regime U-boote liefern.

Ober die dramatischen Entwicklungen in Chile, Argentinien und Mittelamerika wird Uruguay leicht vergessen. Kurz vor Redaktionsschluß erhielten wir die erfreuliche Nachricht, daß Liber Seregni, der Führer des Oppositionsbündnisses, nach Verbüßung von 2/3 seiner Haft entlassen wurde. Auch der Mathematiker Massera ist aus dem Gefängnis entlassen worden.

## CHILE

### Pinochet braucht Hilfe

In diesen Tagen kurz vor dem für den 27.3. angekündigten Protesttag ist ganz Santiago eine einzige Gerüchteküche. Ein Putsch von rechts, ein "zweites Djakarta" am 27., "irgend etwas Unvorhergesehenes wird passieren" - das sind einige der Vermutungen, die in der chilenischen Hauptstadt gehandelt werden.

Eines der Gerüchte ist die Anwesenheit bundesdeutscher "Spezialhelfer" (s. Kasten) beim Kampf gegen "Terrorismus".

Doch halten wir uns an die Tatsachen.

Dazu gehört, daß am 1. April das erste der in der Bundesrepublik gebauten U-Boote an die chilenischen Militärs ausgeliefert werden wird. Proteste werden das wohl kaum verhindern.

Durch diese freundliche Geste mindestens moralisch gestärkt, treibt Pinochet zielstrebig seine Vorbereitungen für die ab 27.3. zu erwartende neue Konfrontationsrunde mit der Opposition. Da der CNI mittlerweile abgewirtschaftet hat, hat der Generalissimo plötzlich neue Hilfstruppen, die die schmutzige Arbeit für ihn machen: das "Komitee zur Verteidigung des Vaterlandes" und die "Antikommunistische Chilenische Aktion" (ACHA). Beide vaterländischen Vereinigungen sind ebenso wenig zimperlich wie der CNI. Den christdemokratischen Oppositionsführer Jorge Lavadero, Vorsitzender von PRODEN ("Projekt zur nationalen Entwicklung"), haben sie am 20.3. auf offener Straße so verprügelt, daß er mit schweren Verletzungen im Krankenhaus liegt.

Und wenn es um Angriffe und Drohungen gegen die Katholische Kirche geht, die sich seit Beginn der Nuntiaturs-Story deutlich verstärkt haben, macht es sich ohnehin besser, wenn sie von "privaten" Vereinigungen und nicht von staatlichen Organen kommen. So ist das Haus, in dem Weihbischof Jorge Hourton wohnt, von der ACHA mit der Aufschrift besprüht worden "Tod dem kommunistischen Priester!" Eine Bombe, die man ihm gleichzeitig hinterlassen hatte, konnte zum Glück rechtzeitig entdeckt und entschärft werden.

Steuert Chile auf salvadorianische Verhältnisse zu? Diese Frage scheint zumindest im Hinblick auf die Methoden der Rechten angebracht, wenngleich auf der Gegenseite eine militärische Macht vom Schlage der FMLN fehlt.

Die Bombe, die plötzlich auf dem Dach des Privatwagens von Ex-General und Ex-DINA-Chef Contreras lag, konnte ebenfalls entfernt werden, ehe sie Schaden - und sei es auch nur Sachschaden - anrichten konnte. Ihre Herkunft gehört wiederum in den Bereich der Vermutungen. In jedem Falle hat sie das "Terrorismus-Fieber" weiter angeheizt - allemal eine Hilfestellung für den angeschlagenen Diktator.

Wenn diese Ausgabe aus der Druckerei kommt, werden wir bereits mehr wissen.

Es ist jedenfalls stark anzunehmen, daß es in Chile einen heißen Herbst gibt.

## Der Zaubertrick: Ein Plebiszit

Der Diktator, Staatspräsident General Augusto Pinochet, will selbst entscheiden, auf welchem Schlachtfeld die politischen Gefechte stattfinden. Deshalb hat er ein baldiges Plebiszit angekündigt, für das alle Trümpfe in seiner Hand bleiben. An der wirklichen Situation wird sich kaum etwas ändern, nur werden Pinochets Freunde im Ausland wieder neue Argumente haben.

Schon zweimal, am 4. Januar 1978 und am 11. September 1980, war das chilenische Volk von Präsident Pinochet aufgerufen, ihm durch ein in aller Eile organisiertes und in der Durchführung völlig einseitig kontrolliertes Plebiszit die notwendige Unterstützung für seine Machterhaltungspläne zu geben. Am 11. März 1984 nun, dem dritten Jahrestag des Inkrafttretens der Verfassung, die durch das Plebiszit von 1980 angeblich angenommen war, kündigte der Diktator ein neues Plebiszit an.

Selbst die Parteigänger der Diktatur kamen etwas durcheinander, als sie den Sinn dieses Plebiszits erklären sollten, so zynisch wird die Rechtsverdrehung zugunsten der Machterhaltung betrieben. Kurz gesagt geht es um Folgendes: Die Verfassung von 1980, die ohnehin nur eine eingeschränkte Beteiligung des Volkes an der Führung des Staates kennt und deshalb von der gesamten Opposition strikt abgelehnt werden muß, ist vor drei Jahren in Wirklichkeit nur soweit inkraftgetreten, wie die Fortdauer der Diktatur nicht durch Äußerungen des Volkswillens infragegestellt wird. Wahlen sollten erst 1989 erstmals möglich sein. Bis dahin sollten von der Militärjunta und vom Staatsrat Parteien- und Wahlgesetze nach dem Geschmack des Präsidenten beschlossen werden. Nun will Pinochet durch ein Plebiszit die Verfassung so ändern, daß er bis 1989 jederzeit zu neuen Plebisziten über Gesetze von besonderer Tragweite - wie etwa die Parteien- und Wahlgesetze - aufrufen kann. Er verkauft das propagandistisch als eine Beschleunigung des Prozesses der Institutionalisierung und Demokratisierung.

Die Absicht ist leicht zu durchschauen, wenn man diese Sachlage kennt. Schon die Beteiligung an dem Plebiszit wird in aller Welt als eine Zustimmung zur Verfassung und zur Präsidentschaft Pinochets bis 1989 gewertet werden. Und jedes Nein wird als eine Stimme gegen eine Verfassungsänderung und damit gegen eine "Beschleunigung der Demokratisierung" gelten. Die Chilenen können sich also zum Plebiszit verhalten, wie immer sie wollen, der Gewinner ist stets die Diktatur.

Das eigentliche Ziel dieses neuen Manövers ist aber die Verlagerung der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung auf ein anderes und günstigeres Gelände. Die nach der Ferienzeit der Sommermonate Januar und Februar erneut gewachsene Bereitschaft, durch nationale Protesttage den Wunsch des Volkes nach Beseitigung der Diktatur und nach Demokratie jetzt auszudrücken, soll einer allgemeinen Verwirrung über das beste taktische Verhalten zum Plebiszit weichen. Aber das Land ist nicht mehr dasselbe wie vor vier oder sechs Jahren. Die politischen Ziele der gesamten Opposition sind in dieser Frage klar und eindeutig: Weg mit Pinochet! Im Kampf für dieses Ziel wird man sich auch durch Tricks der Gegenseite nicht aufhalten lassen.

## Wieviel Divisionen hat der Papst?

Vor über zwei Monaten suchten vier Angehörige des linksradikalen MIR Zuflucht in der Nuntiatur, der Botschaft des Vatikans, in Santiago; dieses Ereignis hat unerwartet hohe politische Wellen geschlagen und spannt die Beziehungen zwischen katholischer Kirche und chilenischer Regierung erneut an.

Das Kommando des MIR ( der den bewaffneten Kampf propagiert) sah offenbar keine andere Möglichkeit mehr, der Verfolgung durch den Geheimdienst CNI zu entgehen; der einzige Kontaktmann dieser Zelle zu den übrigen Parteistrukturen war Ende Dezember bei einem Zusammenstoß mit dem CNI gefallen.

Die Asylanten übergaben dem Nuntius ihre Waffen, der beantragte bei der Regierung die Ausreisegenehmigungen, da erklärte die Regierung plötzlich und mit ihr die offiziellen Medien, die vier Asylanten seien Terroristen, die wegen ihrer Beteiligung am Attentat gegen den Bürgermeister von Santiago, General Urzúa, im August 83 gesucht würden. Nun hatte die Regierung schon mehrfach angegebliche Beteiligte des Attentats ausfindig gemacht - sie waren entweder bei "bewaffneten Zusammenstößen" umgekommen (oder einfach eliminiert worden?); gegen vier läuft ein Kriegsverfahren; jedesmal war der Fall als völlig geklärt bezeichnet worden, ohne daß die vier Asylanten dabei erwähnt worden wären...

Die Nuntiatur hatte offenbar begründete Zweifel an dem Terrorismus-Vorwurf ; sie setzte sich weiterhin für die vier Asylanten ein. Dabei läßt die vom Vatikan angestrebte Regelung durchaus die Möglichkeit offen, daß die vier mittels eines hinreichend begründeten Auslieferungsantrags schließlich doch der chilenischen Justiz überstellt werden; verhindert werden soll jedoch, daß sie dem chilenischen Geheimdienst und seinen Folterverhören ausgeliefert werden. Als die Angelegenheit ins Stocken kam, wandte sich der Papst selbst an Pinochet, der sich immer wieder mal als gläubigen Katholiken bezeichnet; der jedoch sah sich leider nicht in der Lage, der Bitte des Papstes zu entsprechen. Dabei blieb er auch, als der Papst eigens einen Sonderbotschafter nach Santiago schickte.

Zuvor allerdings hatte der chilenische Außenminister, der zufällig in Rom weilte, dem Papst leichtfertig versprochen, der Asylfall werde positiv gelöst werden. Wenn der Außenminister auch erst einen Monat in diesem Amt war, dürfte er als früherer Justizminister des Regimes diese Zusage nicht ohne Kenntnis der juristischen Möglichkeiten der Diktatur gegeben haben. Was brachte Pinochet dazu, nicht nur seinen Außenminister zu desavouieren, sondern auch den Konflikt mit der Kirche im Lande zu suchen? Denn natürlich fühlen sich die Bischöfe durch die Mißachtung der päpstlichen Intervention brüskiert. In Chile kursiert als offenes Geheimnis, Pinochet habe dem Druck der Generalität nachgegeben und deshalb die Ausreise der Asylanten verweigert. Ob die Generale selbst die nachgelieferte Geheimdienstversion glauben oder nur zu glauben vorgeben - auf den Korpsgeist der Militärs ist Pinochet als der wohl entscheidenden Säule seiner Macht angewiesen. Und immerhin war General Urzúa innerhalb der militärischen Hierarchie das bislang höchste Ziel auf Seiten des MIR.

Grotesk aber nimmt sich die Begründung Pinochets aus, warum er leider, leider der Bitte des Papstes nicht nachkommen könne: Der Fall liege in den Händen der Justiz, auf die er in einem Rechtsstaat wie Chile keinen Einfluß habe.

Natürlich erinnert man sich in Chile wie auch in der Nuntiatur an eine Reihe von Fällen, in denen Pinochet selbstverständlich die chilenische Justiz mißachtet hat; auf Drängen der US-Regierung unter Jimmy Carter

setzte er seinerzeit den US-Bürger und Agenten des chilenischen Geheimdienstes Townley innerhalb von Stunden in ein Flugzeug in die USA, wovon die chilenische Justiz erst erfuhr, als Townley längst außer Landes war. Diese Erinnerung ließ manche - und nicht nur in Chile - an die Josef Stalin zugeschriebene Frage denken: Wieviel Divisionen hat der Papst (im Vergleich etwa zu Jimmy Carter)?

Dieser punktuelle Konflikt, wenn auch auf hoher Ebene, erhielt neuen Zündstoff Ende Februar, dieses Mal war der einheimische Klerus direkt betroffen.

Zu diesem Zeitpunkt erlebte Pinochet im weit südlich gelegenen Punta Arenas das erste Mal in seiner zehnjährigen Herrschaft, daß neben der obligaten Jubeldelegation eine Protestdemonstration direkt vor seinen Augen stattfand. Vor den wütenden Angriffen der Regierungsanhänger, die auch in Zivil durch ihren militärisch kurzen Haarschnitt auffielen, zogen sich die Demonstranten auf das Vorgelände der Kathedrale zurück; dort waren sie durch Eisengitter vor den Verfolgern geschützt.

Pinochet und die offiziellen Medien behaupten nun, Priester hätten die Demonstranten vor Ort aufgestachelte; der zuständige Bischof steht zu der Version seiner Priester, sie seien zum fraglichen Zeitpunkt gar nicht anwesend gewesen bzw. hätten die erregten Gemüter zu beruhigen versucht. Kirche und Regime stehen sich in einer bisher kaum gekannten Schärfe gegenüber.

Es gibt aber Anzeichen, daß die Diktatur den Konflikt nicht weiter eskalieren lassen möchte. Hatte Juntamitglied Admiral Merino, auch er ein gläubiger Sohn der Kirche, anlässlich des Asylproblems zunächst richtig, aber respektlos erklärt, die päpstliche Unfehlbarkeit gelte nur für den geistlichen, nicht aber für den weltlichen Bereich, so stattete er wenig später dem Nuntius einen Besuch ab, bei dem er seine tiefe Ehrfurcht dem Papst gegenüber ausdrückte.

## GSG 9 in Chile?

Kürzlich erfuhren wir, dass sich zumindest seit Januar 84 mindestens 3 Personen des GSG 9 (oder des BND) in Chile aufhalten. Sie geben Unterricht an der Direccion de Inteligencia Militar für Offiziere und Unteroffiziere des militärischen Geheimdienstes über Methoden des Kampfes gegen Guerrilla (wahrscheinlich Stadtguerrilla) und Terrorismus. Bislang ist es leider nicht gelungen, ein Indiz über ihre Anwesenheit zu beschaffen.

## Der Kongreß der Demokratischen Volksbewegung

Anfang Februar veranstaltete die Demokratische Volksbewegung (MDP) ihren ersten Kongreß; in ihr haben sich die linken Parteien zu einem Bündnis zusammengefunden, die sich an marxistisch-leninistischen Prinzipien orientieren.

Während der Kongreß selbst fast ungestört abgehalten werden konnte, ließ die Regierung den Präsidenten der MDP, Manuel Almeyda, anschließend in Haft nehmen, weil er zum Sturz der Regierung aufgerufen habe.

Bemerkenswert an diesem Kongreß erscheint uns zweierlei: Erstens, daß er ohne Tarnung als Kongreß der Linken mit 420 Delegierten aus dem ganzen Land stattfinden konnte, ohne daß die Regierung ihn verboten hätte; zweitens, daß erst jetzt, nach der Serie von Protesttagen im vergangenen Jahr, die Parteien bzw. politischen Allianzen der Opposition sowie gediehen sind, ihre politischen Vorstellungen in programmatischer Form auszudrücken. Dieser Schritt steht dem anderen Bündnis der Opposition, der Demokratischen Allianz, übrigens noch bevor; ihr liegt bislang erst ein Programm der Christdemokraten vor, die in dieser Koalition dominieren.

Ziel der MDP war allerdings nicht, ein sozialistisches Programm auszuarbeiten, sondern eine Minimalplattform, die die wesentlichen Forderungen für eine Übergangsregierung festlegt; das bedeutet im wesentlichen Wiederherstellung demokratischer Rechte in allen Bereichen, Wiederankurbelung der desolaten Wirtschaft unter aktiver Beteiligung des Staates sowie Forderung nach Verstaatlichung von Banken und Monopolbetrieben.

Daß spezifisch sozialistische Elemente in dieser Plattform fehlen, hat zwei offensichtliche Gründe: Selbstverständlich steht die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft nicht an erster Stelle der politischen Tagesordnung in Chile, zum anderen soll diese Plattform auch gegenüber der Demokratischen Allianz in ihren wesentlichen Punkten konsensfähig sein, wenn die Forderungen nach Einheit der Opposition nicht bloße Lippenbekenntnisse bleiben sollen.

Daß Almeyda (übrigens der Bruder von Clodomiro Almeyda, Allendes ehemaligem Außenminister und immer noch zwangsweise im Exil) aufgrund seiner Schlußansprache in Haft genommen wurde, signalisiert auf der anderen Seite das Risiko, das die Opposition immer noch eingeht und eingehen muß, wenn sie über den bloßen Protest hinaus ihre Ziele formuliert: den Sturz der Diktatur.

Als der Vorsitzende der Christdemokraten im Juni 1983 verhaftet wurde, kam er (wohl auch aufgrund internationaler Proteste) nach wenigen Tagen wieder frei, weil sein Richter am Aufruf zum Nationalen Protesttag eine nicht-strafbare Meinungsäußerung sah.

Auch die Politiker der AD werden sich dem erhöhten Risiko aussetzen müssen, wenn sie ihre politischen Forderungen präzisieren.

Manuel Almeyda empfing übrigens in seiner Haft Solidaritätsbeweise auch von Politikern der Demokratischen Allianz.

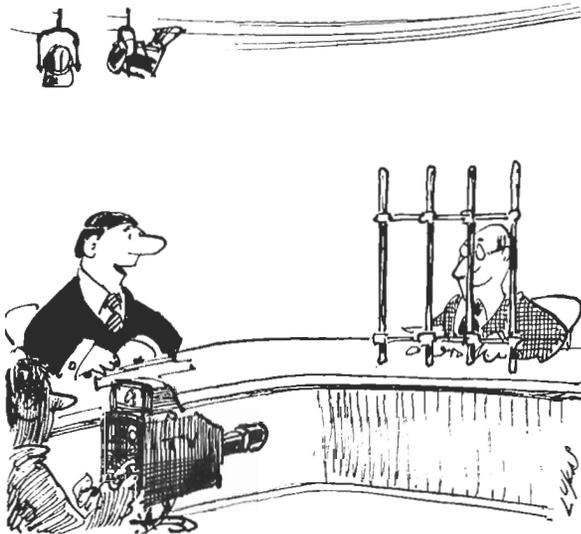
## Der Skandal

Warum sitzt der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister Rolf Lüders im Knast? Und warum Javier Vial, bis vor kurzem noch der reichste Bankier Chiles, und 4 seiner Manager? Und Boris Blanco, der Chef der staatlichen Bankenkontrollbehörde? Und warum sitzen andere nicht im Knast?

Es ist dieses das vorerst letzte Kapitel des "ökonomischen Modells" Chile, in dem einige seiner Väter nun ins Gefängnis wandern. Um zu verstehen, was hier vor sich geht, muss man sich den sagenhaften Aufstieg der 2 mächtigsten Konzerngruppen Chiles, der sog. Pirañas, vergegenwärtigen.

### DIE PIRAÑAS

Mitte der sechziger Jahre bekamen Javier Vial (er verwaltete damals das elterliche Landgut) und sein Schulfreund Fernando Larrain (Börsenmakler) über verwandtschaftliche Beziehungen Zugang zu den Aktienpaketen einer kleinen, recht unbedeutenden Bank, der Banco Hipotecario de Chile (BHC). Sie bringen bald die Aktienmehrheit unter ihre Kontrolle und besetzen die Führungspositionen der Bank. Und es stösst auch noch Cruzat zu ihnen, der Schwager Larrains. Innerhalb weniger Jahre gelingt es ihnen, durch geschickte Börsen- und Finanzmanipulationen eine Reihe von Unternehmen aufzukaufen, was ihnen den Namen Pirañas einträgt. 1971 jedoch trennen sich ihre Wege: wegen des UP-Wahlsiegs ziehen es Cruzat und Larrain vor, vorläufig nach Spanien übersiedeln. Vial behält mit BHC den Löwenanteil des Konzerns und versteht es, eine Reihe bekannter Ökonomen bei sich zu engagieren, unter ihnen den späteren 2. Mann der Gruppe BHC Rolf Lüders (Dokortitel der Ökonomie in Chicago, zuletzt Dekan an der Universität in Santiago).



- Und jetzt unser wöchentlicher Wirtschaftsbericht ...

Das eigentliche explosionsartige Wachstum der Gruppe beginnt nach 1975, als die Regierung getreu dem neoliberalen Dogma beginnt, eine grosse Zahl der staatlichen Betriebe und Banken zu verschleudern. Zum anderen beginnt mit dem kurzlebigen Boom das grosse Kreditgeschäft. Vial war inzwischen Hauptaktionär (und später Präsident) der grössten Bank Chiles, der Banco de Chile, geworden, und Cruzat gründete die Banco de Santiago, die später zweitgrösste, sowie eine Reihe kleinerer Finanzierungsgesellschaften. Über ihre Banken erhielten sie Zugang zu ausländischen Krediten bei dem damaligen Zinsniveau von 12%, die sie einerseits günstig an ihre eigenen Unternehmen weitergeben konnten, andererseits zu 40% auf dem chilenischen Markt weiterverliehen. Vial kontrollierte zuletzt 173 Unternehmen und Cruzat 143, ohne die Minderheitsbeteiligungen zu zählen. Der Umsatz der Gruppe BHC wird für 1982 auf 2,3 Milliarden Dollar (!) geschätzt, die Auslandsschulden jedoch auf 3 Milliarden Dollar. Wichtig ist hier auch folgendes: die ausländischen Kredite wurden nicht verwendet, um neue, produktive Industrien aufzubauen, sondern um Bestehende aufzukaufen.

Um noch besseren Zugang zu den ausländischen Krediten zu bekommen, gründeten 1977 die BHC mit der Banco de Chile zusammen mit Cruzat und dem Konzern Edwards die "Banco Andino" in Panama. Wie es später zu einer Überverschuldung verschiedener Unternehmen der BHC kam und diese aus gestrichlichen Gründen keine weiteren Kredite von der Banco de Chile erhalten durften, wählte man den Umweg über die Banco Andino und chilenische Scheinfirmen. Eben dieses Verfahren ist heute der Anklagepunkt gegen Vial, Lüders, Blanco u.a., denn sie waren seinerzeit im Präsidium der Banco Andino vertreten.

Wichtig ist auch die enge persönliche Verknüpfung zwischen den Konzernen und der Regierung: es gingen die Manager, um vorübergehend Ministerposten oder andere wichtige Positionen einzunehmen, um dann später wieder in den Schoß des Konzerns zurückzukehren. So konnten sie den legalen Rahmen für die Geschäfte zimmern und auch deshalb ist der spätere ökonomische Zusammenbruch auch ein Scheitern der Wirtschaftspolitik.

### DIE GROSSE PLEITE

Der Zusammenbruch begann 1981, als in zunehmendem Masse die Schuldner zahlungsunfähig wurden und auch die Kredite spärlicher flossen. Im Juni 1982 musste die Regierung den Kurs des überbewerteten Dollars freigeben und sprunghaft verteuerten sich die Auslandsschulden. Die Zahl der insolventen Schuldner der sog. carteras malas, stieg wie eine Lawine: 1981 betrug ihr Umfang bereits ca. 1 Milliarde DM, 1983 ca. 6,5 Milliarden DM. Vial und Lüders zerstreiten sich über die weitere Konzernpolitik und Pinochet macht den Insider Lüders zum Superminister für Wirtschaft und Finanzen. Ende 1982 wird der drohende Bankrott des Finanzsystems offensichtlich und dieser hätte gefährliche Folgen: die ausländischen Banken stünden mit ca. 3 Milliarden Dollar nicht eintreibbarer Forderungen da, der Aussenhandel würde zusammenbrechen und Chile wäre auf Monate von Devisen, Lebensmittel- und Rohstoffimporten abgeschnitten. Das hätte die Regierung wahrscheinlich nicht überlebt und man entschloss sich zu intervenieren- entgegen der heiligen Regel des Neoliberalismus, die besagt, dass der Staat in den Ablauf der Wirtschaft lediglich gesetzgeberisch eingreifen darf! Am 13. Januar 1983 übernimmt die Regierung die Garantie für die gesamte, auch private, chilenische Auslandsschuld und interveniert bei den höchstverschuldeten Banken, die 2/3 des chilenischen Finanzsektors ausmachen, mittels einer Kontrollbehörde die alle weiteren Geschäfte überwacht. Man könnte sagen, dass Pinochet mehr Banken verstaatlicht hat als Allende.. Die Konzerne sollen entflochten werden, aber was dann? Niemand hat Geld, die Unternehmen zu kaufen, der Staat will sie nicht behalten, den alten Besitzern sollen sie nicht zurückgegeben werden und so wurde kürzlich die Tätigkeit der Kontrollbehörde um ein weiteres Jahr verlängert.

Während Cruzat und Edwards der Intervention zustimmten, auch Unternehmen als Pfand für die Schulden gaben, weigerte sich Vial, den Verordnungen seines ehemaligen Kompagnons Lüders nachzukommen. Im November 1983 wurde Vial verhaftet wegen Behinderung der Interventionsbehörde, später kam dann die Anklage wegen Betrugs dazu. Die Pirañas waren nie beliebt bei den Militärs, und die ökonomische Katastrophe bedeutet auch eine politische Schwächung der Regierung. Sie rächen sich an Vial, dem damit auch die Rolle des Sündenbocks zufällt für eine Wirtschaftspolitik, die er nur ausgenutzt, nicht aber zu verantworten hat. Auch hatten Cruzat und Edwards immer noch engere Beziehungen zur Regierung, und nicht zuletzt besitzt Edwards die einflussreiche, bislang regierungstreue Tageszeitung "El Mercurio". Doch eigentlich müssten auch sie verhaftet werden. Wie dem auch sei, der Tisch ist leergegessen, und die Zeche zahlen wird das chilenische Volk.

## Annexo Capuchinos

Im Zentrum Santiagos steht der "Annexo Capuchinos", das Untersuchungsgefängnis das z.Z. hoffnungslos ausgebucht ist. Man findet dort ein erlesenes Publikum: Geschäftsleute, Manager, Ex-Minister... Eine häufige Anklage lautet: Estafa, Betrug - meist handelt es sich um geplatze Schecks. Der Aufenthalt im Capuchinos ist recht angenehm, von gewissen Unpässlichkeiten abgesehen, weswegen der Ort in Anlehnung an das Holiday-Inn auch Capuchino-Inn genannt wird. Man findet dort ein Schwimmbad, Lesesaal, Spielraum, Kino, Video und auch eine Kapelle, kurz, Gelegenheit, sich zu vergnügen oder in sich zu gehen. Man kann auch vieles käuflich erwerben, Schecks werden jedoch verständlicherweise nicht entgegengenommen. Ein guter Rechtsanwalt hält immer ein paar Plätzchen reserviert.

Es ist auch folgendes geschehen: ein besserer Geschäftsmann wurde angeklagt wegen estafa, es ging um ca. 3 Millionen DM. Capuchinos war bereits überfüllt und der Herr hätte in die Penitencieria gehen müssen, wo alle normalen Kriminellen untergebracht sind. Sein Rechtsanwalt, nicht faul, ging ins Capuchinos und fand heraus, dass die niedrigste Anklage unter allen Untersuchungshäftlingen über umgerechnet 4000 DM lief. Nun gut, man beglich diese Rechnung und ein Nachrückplatz wurde frei. Auch folgende Geschichte erfuhren wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen: die US-Computerfirma Barrows veranstaltet mit grossem Erfolg im Capuchinos Vorfürhungen ihrer Büro- und Buchhaltungsautomaten sowie andere Fortbildungsveranstaltungen. Die Firma geht davon aus, dass die Mehrzahl des Publikums später wieder in verantwortungsvollen Posten sitzen wird. Und nirgendwo finden sie so aufmerksame Zuhörer, die zudem auch noch so viel Zeit mitbringen.



"Mensch, echt! Ich bin Finanz- und Wirtschaftsminister gewesen!!"  
"Tssss, ist ja gut. Pfeif dir lieber ein Stückchen Zucker ein."

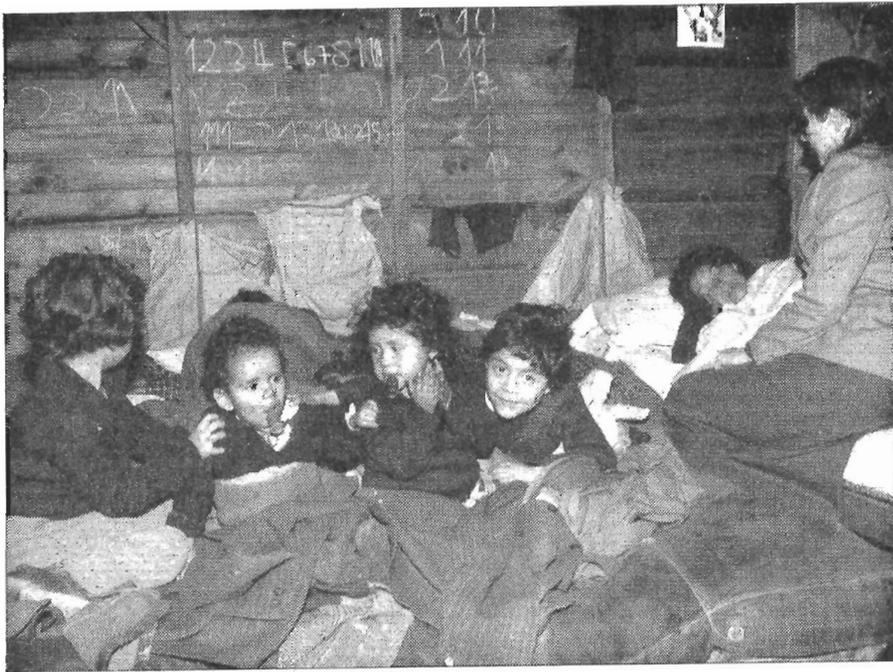
## Portrait einer chilenischen Familie

Über die katastrophalen Folgen der neo-liberalen Wirtschaftspolitik des chilenischen Regimes haben die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN immer wieder berichtet. Der folgende Bericht zeigt am Beispiel einer einzelnen Familie, die in einem der Elendsviertel Santiagos lebt, wie deren Leben, der gesamte Alltag von der Wirtschaftskrise bestimmt wird.

Das erste, was auffällt, ist ein großes Kalenderbild an der Wand: strohblonde Bikinifrau auf einem Chevrolet, daneben das Foto einer chilenischen Reklamefamilie am festlich gedeckten Tisch: "Viva en el mundo de fantasía de bils y pap!" - "Leb in der Welt der Phantasie von bils und pap!" (einer Limonadenmarke). Familie Letelier lebt in der Welt der unstillbaren Sehnsucht nach dieser Verheißung. 13 Stunden am Tag läuft der Fernseher. Er ist wie das Fenster zur Welt von bils und pap, zu Coca Cola und Chevrolet.

Die drei tatsächlichen Fenster der Hütte von Familie Letelier sind ohne Glas, mit aufgeschnittenen Plastiktüten verklebt. Notdürftig wurden die dünnen Wände der 21 Jahre alten mediaqua (Elendsviertelhütte) mit Karton und Zeitungen abgedichtet. Dem Papier sieht man an, daß es schon oft naß geworden ist. Señora Maria versteht meinen Blick zum Dach: "Si", sagt sie, "es stimmt schon, an allen Stellen regnet es herein. Und wenn der Wind durch die Hütte pfeift, ist es Innern so zugig, daß die einzige Kerze verlöscht. Der Fußboden - aus Lehm: festgestampft, wenn es zu regnen beginnt, verwandelt er sich in Matsch und noch Tage, nachdem der Regen aufgehört hat, lebt Familie Letelier wie Tausende andere weiterhin im "barro", im Dreck. Fünf Möbel gibt es in der 3 auf 6 Meter großen Hütte: einen Tisch mit drei Beinen, dort, wo einmal das vierte stand, sind zwei Kisten untergebaut. Ein Sofa, das sich beim Draufsetzen so klamm und feucht anfühlt, daß man am liebsten gleich wieder aufstehen möchte, ein Bett, auf dem alle Kleider liegen, die es im Haus gibt, weil die Familie keine einzige Decke besitzt, einen winzigen "brassero" (ein Blech, auf dem ein wenig Holz verbrannt wird), qualmend, mit beißendem Rauch, der die Augen zum Tränen bringt und dafür sorgt, daß wir uns nur hustend unterhalten können. Und dann in der Ecke auf einem Karton, über dem ein merkwürdig deplaziert wirkendes weißes Deckchen liegt, der Fernsehapparat, unübersehbarer Mittelpunkt der Hütte, Herr im Haus. Niemand wird soviel Aufmerksamkeit gewidmet wie ihm. Während wir miteinander sprechen, während Doña Maria von ihren Kindern erzählt, von Osvaldo, um den sie Angst hat, weil er drogenabhängig werden könnte, von Claribell, ihrer jüngsten Tochter, die neun Jahre alt ist und nachts nicht nach Hause kommt, sondern auf dem Busbahnhof unter den "micros" (den Kleinbussen) schläft, um morgens wieder als erste mitfahren und den Leuten Süßigkeiten verkaufen zu können. Während der ganzen Zeit, in der wir miteinander sprechen, redet er, der Flimmerkasten in der Ecke, mit. Er erzählt vom Dallas-Clan, vom Superreichtum, alle sieben Minuten unterbricht er sich, um eine wichtige Botschaft loszuwerden, daß der wunderbare Supermarkt Almac jetzt noch viel größer und schöner geworden ist, daß die ihr Vaterland liebenden Chilenen doch bitte ihr Geld am gewinnbringendsten auf der Banco de Santiago anlegen sollen - und daß das ganze Volk ganz einfach Tag und Nacht, bei jeder Gelegenheit, den vino Concha y Toro verlangt: "El pueblo lo pide." Vor einer Woche, sagt Señora Maria traurig, hat sie ihr Kochgeschirr verkaufen müssen - für 300 Pesos (8 DM), 800 Pesos hatte sie einmal dafür bezahlt. Eine Nachbarin nahm ihr die Sachen ab, damit die Familie die nächste Rate für die Glotze aufbringen kann. 48 Monatsraten lang muß gezahlt werden. Wenn die Zahlungen einmal einen Monat aussetzen, kommen ein paar stabil gebau-

te Herren vorbei und nehmen den Fernseher einfach wieder mit. Alles bis dahin bezahlte Geld wäre dann verloren. Falls sie es schaffen, haben die



Leteliers am Ende den Preis von drei Fernsehgeräten entrichtet - und der endgültig in ihr Eigentum übergegangene Kasten macht es garantiert höchstens noch ein Jahr, dann ist er kaputt und eine neue Glotze muß her. Doch die Wahrscheinlichkeit, daß sie es schaffen, ist äußerst gering. "Wenn Manuel", das ist Señor Letelier, "heute wieder nichts mitbringt, reicht es nicht", sagt Maria ganz leise, damit es die Kinder nicht hören. "Es ist doch nur für die Kinder", fügt sie hinzu, "was sollen die denn sonst den ganzen Tag über machen?" Bis zu zehn Stunden verbringen sie in der Hütte vor dem Fernseher. Nur wenn der Strom ausfällt, gehen sie zum Spielen auf die Straße.

Neun Menschen wohnen in der winzigen mediaqua, mit einem Bett und einem Sofa: Señora und Señor Letelier, vier eigene Kinder, zwei "allegados" - Hinzugekommene, Arbeitskollegen des Mannes, die sonst nirgendwo eine Bleibe gefunden haben - und Rosa. "Rosa ist sechs Jahre alt", erklärt Maria, "und wohnt bei uns, weil es ihr zuhause nicht mehr gefällt." Das Zuhause des kleinen Mädchens ist eine der Hütten nebenan - und Rosas Mutter lebt davon, ihren Körper auf dem Billig-Strich hinter der großen Kirche San Francisco zu verkaufen. Leteliers sind trotzdem keine typische Familie im Elendsviertel: mit ihnen lebt wenigstens der Vater - und das ist in den meisten Hütten nicht so. Don Manuel ist zwar nicht der Vater aller vier Kinder von Doña Maria und richtig verheiratet sind sie auch nicht, "aber er ist ein guter Mann", sagt die Mutter. "Er tut alles, damit wir irgendwie durchkommen."

Und dann lerne ich Don Manuel kennen; mit den beiden "allegados" kommt er von der Panamericana-Norte, der "Traumstraße der Welt", Unterabschnitt Santiago-Quilicura. Manuel und Maria sehen sich kurz um. Er schüttelt den

Kopf: "Wieder nichts". Keine Zementsäcke, nichts zum Tragen, nichts zum Essen. Don Manuel ist Lastenträger, präziser: Zementsackschlepper, 48 Jahre alt, seit 30 Jahren im Beruf, ein kleiner schwächlicher Mann mit einem kaputten Rückgrat und einer verkrüppelten Hand. Schon Großvater Letelier war Lastenträger, "aber zu Essen hatten wir immer", gesteht Manuel schulterzuckend.

Chiles Wirtschaft liegt in Agonie. Die Militärs haben das Land zusammen mit den ausländischen Billig-Importeuren und den einheimischen Spekulanten zugrunde gerichtet. 85% Arbeitslosigkeit in den meisten Elendsvierteln Santiago. Zwischen 30 und 40% umgerechnet auf die ganze Stadt. Der Bauboom, den die ausländischen Banken und Konzernzentralen in den ersten Jahren des "chilenischen Wirtschaftswunders" der 70er Jahre ausgelöst hatten, als Pinochet jeder Familie einen Fernseher und ein Auto versprach und den Markt völlig öffnete, ist längst vergessen. Die Banken brachen wie Kartenhäuser zusammen, man hatte sich verspekuliert. Die großen Multis, die nicht gerade Massenkonsumgüter verkaufen, ziehen sich langsam aber sicher zurück. Der Selbstbedienungsladen Chile ist ausverkauft, die Regale leer, das große Geschäft vorbei. Zehntausende Bauarbeiter warten seit Jahren auf einen Job. An den wenigen Stellen in der Innenstadt, wo noch gearbeitet wird, stehen jeden Morgen um sechs endlose Schlangen, obwohl es überdeutlich am Bretterzaun steht: "No hay vacantes!" - Es gibt keine offenen Stellen! - "No insiste!" - Nachfragen zwecklos. Ab und zu tut sich eine Tür auf, einer von Hunderten hat für einen Tag Glück - einen kümmerlich bezahlten Job.

Don Manuel, der Zementsackschlepper, hat seit Tagen kein Glück mehr gehabt. Draußen auf der Panamericana-Norte, wohin er jeden Morgen um drei aufbricht, um zwei Stunden später an Ort und Stelle zu sein, kommen kaum noch Zementlaster aus dem Norden an. Wer nicht baut, braucht auch keinen Zement. Um die paar Fahrzeuge, die im Laufe eines Monats eintreffen, streiten sich einige hundert Lastenträger. Innerhalb von einer Stunde müssen sie einen Riesensattelschlepper entladen und Sack für Sack auf kleinere - Transporter verteilen. Brutale Knochenarbeit. 50 kg wiegt ein Zementsack, genau wie bei uns. Und weil man Manuel ansieht, wie es um ihn steht, erhalten meistens die Jüngeren, die noch nicht so Kaputten, den Vorzug. Rund achtmal im Monat kommt er zum Zug - aber auch nur, weil er Tag für Tag, Samstag und Sonntag eingeschlossen, Punkt fünf auf der Panamericana steht - nach zwei Stunden Fußmarsch. 1 600 Pesos bringt er dann am Monatsende nach Hause, 42 Mark. Ich traue meinen Ohren nicht. 1 600 Pesos! Wenn 1 Kilo Brot jetzt schon über 50 Pesos kostet, sind das gerade 32 Kilo Brot im Monat für eine neunköpfige Familie. Wenn nicht Claribell, die Neunjährige, Bonbons verkaufen würde, müßten die Leteliers verhungern. Don Manuel sitzt vor mir am Tisch. Langsam löffelt er eine dünne Wassersuppe mit ein paar Kohlblättern. Er ist todmüde. Kaputt. Resigniert. Verzweifelt. "Manuel fühlt sich oft krank", sagt seine Frau. "Oft kann er nicht schlafen, hat hohes Fieber, aber um drei Uhr morgens muß er dann doch zur Arbeit gehen, was sollen wir denn machen?" Sie schaut mich an. Ich weiß keine Antwort. Nur der Fernseher läuft weiter, unaufhaltsam, durch nichts zu erschüttern.

Furchtbare Dinge sind in dieser Familie schon passiert. Der älteste Sohn, 23 Jahre alt, hat sich aus Verzweiflung mit rostigen Rasierklängen die Venen und die Lippen aufgeschnitten. Irgendwie wurde er gerettet, aber Tritt gefaßt hat er nie mehr, sagt seine Mutter. Wie auch? Osvaldo, der Zweitälteste, raucht Marihuana und schnüffelt Schusterleim, Neprem. Die Mutter ist verzweifelt. Niemand in der ganzen Familie wird einen einzigen Tag in der Woche satt, aber von irgendwoher beschafft sich Osvaldo Geld für Drogen.

Und Doña Maria, die Mutter, ist seit Jahren bronchienkrank. "Ich kann den Husten einfach nicht wegbekommen", sagt sie wie zur Entschuldigung. Überhaupt hat sie sich die ganze Zeit über immer wieder entschuldigt: da-

für, wie ihre Hütte aussieht, daß es keinen Stuhl für mich gibt, daß sie so arm sind. "Wir haben es eben zu nichts gebracht." Es ist, als ob die zehn Jahre Militärdiktatur und Neo-Liberalismus in der Wirtschaft mit ihrer pervertierten Leistungsideologie in dieser Hütte nur Schutt und Schuldkomplexe hinterlassen hätten. Die Leteliers fühlen sich so, wie es ihnen die Glotze 13 Stunden am Tag eintrommelt: als erbärmliche Versager. "Jeder ist seines Glückes Schmied", ist einer der Lieblingsprüche der Militärs. Die Armen sind also selber schuld an ihrer Not.



## Kultur

### Festival für Kitsch und Verdummung

Im Februar fand in Chile das 25. "Festival Internacional de la Canción" statt. Dieses Festival, das in der Zeit der Unidad Popular zum Erfolg des "neuen chilenischen Liedes" beitrug, ist heute zu einer gigantischen Verdummungsshow der chilenischen Diktatur verkommen. Ein Mitarbeiter der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN war in Viña del Mar und machte sich so seine Gedanken ....

Sechs Tage lang - vom 8. bis 13. Februar - überschwemmte die Welle des Kulturimperialismus den chilenischen Badeort Viña del Mar, zu dessen Charakterisierung die Oberbürgermeisterin Maria Eugenia Garrido gerne den Vergleich mit San Remo heranzuziehen pflegt.

Das vor 25 Jahren als Sprungbrett für einheimische Talente ins Leben gerufene "Festival Internacional de la Canción" ist in den zehn Jahren der Pinochet-Diktatur zur Tribüne für drittklassige Akteure verkommen, die in Europa oder den USA keinen Absatz mehr finden.

In der Gründungsphase und während der Amtszeit Eduardo Freis (1964 - 1969) erfüllte es noch leidlich seinen Zweck als Promoter der einheimischen Unterhaltungsindustrie, und den Siegern des damals im Mittelpunkt stehenden Wettbewerbs gelang nicht selten der Durchbruch zumindest auf dem iberoamerikanischen Musikmarkt.

Seine Blütezeit erlebte das Festival während der Regierungszeit der Unidad Popular, die versuchte, das Festival zur Verbreitung des "neuen chilenischen Liedes" zu nutzen. Gruppen wie "Los Jaivas" und "Tiempo Nuevo" sangen damals gegen die pfeifenden Bürger auf der Galerie an; ausländische Künstler wie Joan Manuel Serrat und Miriam Makeba bekundeten von der Freilichtbühne der Quinta Vergara ihre Solidarität mit dem chilenischen Experiment. Der Einbruch in diese Domäne bürgerlicher Kultur gelang soweit, daß während des Auftritts von Quilapayún im Februar 1973 die von den Zeitungen des Bankiers und Großverlegers Edwards mobilisierten faschistischen Trupps Schlägereien auf den Rängen provozierten, um den internationalen Triumph des neuen chilenischen Liedes zu verhindern.

Nach 1973 wußte sich General Pinochet geschickt der Popularität des Festivals zu bedienen. Der von der Diktatur zur Antihymne hochstilisierte Schlager "Libre" ("Frei") drang 1974 mittels der erstmals eingesetzten Fernsehdirektübertragung millionenfach in die Gehörgänge der Chilenen; ein Jahr später ließ sich "Seine Exzellenz" live als Befreier Chiles und Idol der Jugend feiern.

Während der folgenden Jahre wurde der ehemals im Mittelpunkt stehende Gesangswettbewerb mehr und mehr von den als Großereignissen angekündigten Auftritten abgehalfterter Stars verdrängt, die so - wenn auch weit ab von den Zentren des Showbusiness - noch einmal in den Genuß kamen, allabendlich vor 25 000 Zuschauern aufspielen zu dürfen.

Der internationale Wettbewerb selbst geriet dieses Jahr zu einer einzigen Peinlichkeit öligler Chargen, die anderswo Mühe hätten, ein Engagement in einem Nachtclub zu finden. Allein, auf der barock-kitschigen Bühne durften sie sich als Repräsentanten ihrer Länder fühlen. Die Liste der Teilnehmerländer liest sich denn auch wie die Top Ten der Handlanger der USA: Neben Chile, das dreimal vertreten war, erwiesen Israel, Südafrika, Brasilien, Uruguay, die BRD selbstverständlich sowie eine Exil-Kubanerin aus Miami dem Regime die Ehre. Daß Frankreich und Rumänien halfen, die Reihen zu schließen, mag zwar befreundlich angesichts der Außen-

politik dieser Länder, aber letztlich doch nicht allzu verwunderlich sein. Gesiegt hat schließlich ein Chilene namens Cristobal - zur höheren Ehre des Vaterlands.

Mochte man dies alles noch gelassen bis verärgert zur Kenntnis nehmen, der Wettbewerb der chilenischen Folklore - oder besser gesagt, das was Pinochet und sein Gefolge darunter verstehen - machte mich so wütend, daß ich noch vor Verkündung der Gewinner den Schauplatz verließ. Ausstaffiert mit paillettenbesetzten Ponchos und ähnlichen folkloristischen Kostümen vergewaltigten 13 Hofnarren hintereinander das Erbe Violeta Parras und Victor Jaras. Den traurigen Tiefpunkt dieser Groteske bot eine Gruppe namens "Kall", die mit nachgemachten Trutrukas und Cifaras (Musikinstrumente der Mapuche) ein Hohes Lied auf das Volk der Mapuche zum Besten gab - gänzlich unberührt von jahrelangen Landräubereien und den Versuchen der Diktatur, die Kultur der Mapuche auszurotten.

Dennoch verfehlte das in dreizehn lateinamerikanische Länder übertragene Spektakel seine Wirkung auf die chilenischen Massen nicht. Nicht nur, daß die Quintana Vergara jeden Abend weitgehend ausverkauft war - angesichts der Wirtschaftskrise und Eintrittspreisen bis 4 000 Pesos (ca. 40 US-\$) schon erstaunlich genug -, auch die Straßen der Nobelviertel und der poblaciones waren nach 21 Uhr 30 in ganz Chile wie ausgestorben. Die Nation saß vor der Mattscheibe und gab sich allabendlich sechs Stunden lang der Illusion chilenischer Größe hin.

Die wenigen Gegenaktionen des Comité por los derechos del pueblo (Komitee für die Rechte des Volkes) und der Künstlergewerkschaft, die mit Flugblättern und Kundgebungen auf diese Vergeudung öffentlicher Mittel aufmerksam zu machen suchten, blieben wirkungslos angesichts eines blendend funktionierenden Medienapparats, der vergangene Größen wie José Feliciano noch immer zu Weltstars hochjubelte und sich nicht entblödete, ein Sternchen namens Sheena Easton als die kommende Garbo anzupreisen. Daß selbige Dame, deren Gage diskret verschwiegen wurde, neben ihrem sicherlich nicht geringen Entgelt und einer eigens für sie hergerichteten Villa auch noch Mineralwasser für ihr tägliches Bad beanspruchte, ging zwar selbst einigen Hofberichterstattem zu weit, aber Oberbürgermeisterin Garrido beschwichtigte schnell die sich erhitzen Gemüter mit dem Hinweis auf die besonderen Arbeits- und Lebensgewohnheiten internationaler Stars.

Derweil also drinnen "Greta" Easton, Andy Gibb, der kleine Bruder der Bee Gees, und Miguel Bosé, eine spanische Taschenbuchausgabe von Mick Jagger, der chilenischen Schickeria mit Cover-Versionen der 60er und 70er Jahre den Duft der grossen weiten Welt vorgaukelten, bot draußen das Volk Süßigkeiten und Sitzkissen feil, um wenigstens ein paar Brocken der gigantischen Verschwendung zu erhaschen. 60 Mio Pesos gewährte die Stadt Viña del Mar dem formal privatrechtlich organisierten Veranstalter als Vorschuß.

Allein die Kosten für die standesgemäße Unterbringung der Sicherheitskräfte, für die auf dem Festivalgelände Luxusbaracken errichtet wurden, betrugen 8 Mio. Pesos. Darüberhinaus wurden allabendlich 5 000 Freikarten an Angehörige der Polizei und der Streitkräfte verschenkt, um jede Störung im Innern der Quintana Vergara zu verhindern.

Finanzieren mußten dies die städtischen Angestellten und Lehrer, denen ihr Dezembergehalt zwei Monate lang vorenthalten wurde, da die Gemeinde hochverschuldet ist und keinen freiwilligen Kreditgeber aufreiben konnte oder wollte.

Denn ob die Kosten wieder eingespielt wurden, ist mehr als zweifelhaft. Zwar befeuerten Veranstalter und Magistrat steif und fest die Eigenfinanzierung des Festivals, aber in den vergangenen fünf Jahren endete das Festival jeweils mit einem finanziellen Fiasko.

Der einzig positive Aspekt dieses absurd anmutenden Theaters blieb letztlich die erfolgreiche Ausnutzung seiner Popularität durch "radio rebelión", dem es gelang, zumindest in einigen Bezirken Santiagos die Live-Übertragung von "TV-Nacional" mit einem Aufruf zum für Mai geplanten Generalstreik zu überstrahlen.

## NICARAGUA

### Wahlen: Fortschritt oder Rückschritt?

Die Berichterstattung in den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN über die Vorgänge der jüngsten Zeit in Nicaragua betonte vor allem den äußeren Druck, durch den die FSLN zu einer Kehrtwendung gezeugen werde. Aus Managua erhielten wir den folgenden Artikel, der die Situation aus anderer Perspektive beleuchtet und anhand der Diskussion über die Wahlen illustriert.

Auf der zentralen Kundgebung zum 50. Jahrestag der Ermordung Sandinos, am 21.2.1984, verkündete der Koordinator der Regierungsjunta, Daniel Ortega, daß die Wahlen in Nicaragua schon am 4.11. dieses Jahres stattfinden werden. Der Zeitpunkt - früher als erwartet - ist günstig gewählt. Wenn Reagan am 6.11. wiedergewählt wird und vier Jahre Spielraum vor sich hat, hat Nicaragua verstärkt mit einem erneuten Versuch des Präsidenten zu rechnen, den Weltkommunismus durch die Invasion in einem kleinen Land zu besiegen. Die Tatsache, daß dann in Nicaragua gerade parlamentarische Wahlen stattgefunden haben, wird ihm das vor der Weltöffentlichkeit und im eigenen Land erschweren.

Sind die Wahlen ein außenpolitisches Zugeständnis? In der Berichterstattung der LN (vgl. LN 122 "Unter der Knute der Contadora" und LN 123 "Vor einer Wende") scheint die Meinung vorzuherrschen, daß sich die nicaraguanische Regierung unter dem Druck der Contadora angesichts der Kriegsgefahr seit kurzem dazu zwingen lasse, wieder Zugeständnisse an die Bourgeoisie zu machen und sich auf einen reformkapitalistischen Weg zu begeben. Diese Einschätzung beruht meiner Meinung nach auf einer falschen Sichtweise, die Teile der Solidaritätsbewegung in den letzten Jahren vom nicaraguanischen Prozeß gehabt haben. Denn da nach unserem Modelldenken in einem Land, das grundlegende Transformationen auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft anstrebt und durchführt, nur ein kurzfristiges und taktisches Bündnis mit der Bourgeoisie denkbar ist, haben wir permanent den Bruch mit der Bourgeoisie gesehen. Und jetzt, wo die Bourgeoisie sogar an freien Wahlen teilnimmt, kann es nur so sein, daß die nicaraguanische Regierung von außen dazu gezwungen ist.

Die Realität hat anders ausgesehen, wie ich im Folgenden an der seit 1979 existierenden Diskussion um das Parteiengesetz und um die Wahlen darstellen will. Das Bündnis mit der Bourgeoisie war immer gespannt, es war ständigen Schwankungen und Veränderungen unterworfen (vor allem dadurch, daß sich Teile der Bourgeoisie und der politischen Opposition der bewaffneten Konterrevolution angeschlossen haben oder ins Ausland gegangen sind), aber es hat immer existiert, genauso wie die gemischte Wirtschaft bisher von den Sandinisten nie in Frage gestellt wurde und auch in den Wirtschaftsprognosen für die nächsten Jahre ein fester Bestandteil ist. Die "nationale Einheit" ist, ob wir wollen oder nicht, ein bleibendes Kriterium nicaraguanischer Politik gewesen.

Dabei hat sicher eine Rolle gespielt, daß Teile der Bourgeoisie (so fast alle der heute existierenden rechten Parteien) den Aufstand unterstützt haben, und die Bourgeoisie bis heute an der Regierung beteiligt ist. Außerdem wurde Nicaragua seit der Zeit des Aufstandes von verschiedenen lateinamerikanischen und sozialdemokratischen europäischen Ländern unterstützt, was sicher auch Einfluß auf die nicaraguanische Innenpolitik hatte. Der Haupt-

grund lag aber in der richtigen Einschätzung der FSLN, daß der Kampf um mehr Selbstbestimmung der Produzenten nicht einfach durch Verstaatlichung zu lösen ist. Da der Staatsapparat nicht die verwaltungsmäßigen und personellen Kapazitäten hatte - und hat -, alle Unternehmen effektiv zu verwalten, hätte der Verlust der trotz aller oppositionellen Einstellung doch vorhandenen Fachkenntnisse und Leitungskapazitäten der Bourgeoisie für das Land erhebliche wirtschaftliche Einbußen bedeutet. Auf der anderen Seite weiß die FSLN, daß der Kampf um mehr Mitbestimmung der Arbeiter in den staatlichen Betrieben nicht wesentlich einfacher ist als in den privaten. Die oft von Somoza übernommenen Verwalter in den nach Rentabilitäts Gesichtspunkten arbeitenden Staatsunternehmen unterscheiden sich in ihrem Verhalten oft kaum von denen privater Unternehmer, und Gewerkschafter richten ihren Kampf gleichermaßen gegen beide.



In einer staatlichen Textilfabrik

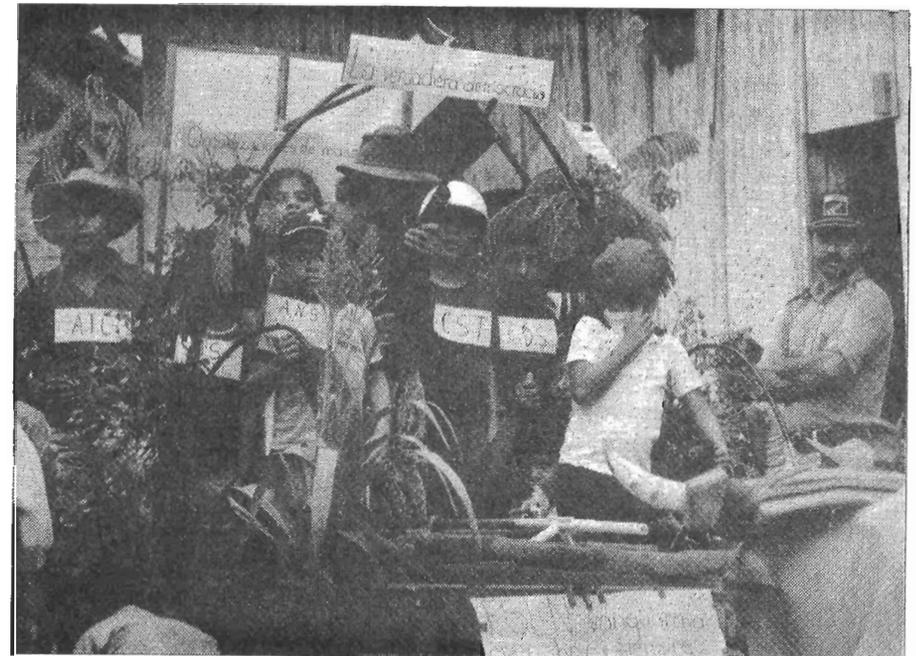
Deshalb ist das Bündnis mit der Bourgeoisie zwar ein taktisches, aber eins, was von längerer Dauer sein kann. Ob der Kampf um mehr Partizipation der Bevölkerung nun durch die Einräumung politischen Spielraums für die Bourgeoisie und durch die Wahlen gehemmt oder gefördert wird, ist heute noch schwer abzuschätzen. Im Folgenden soll versucht werden, durch eine historische Darstellung der Diskussion um die Wahlen und der beteiligten Organisationen (Parteien, Staatsrat) einige Anhaltspunkte für eine - wenn auch noch vorläufige - Beurteilung des Wahlprozesses zu liefern.

#### Die Verfassung Nicaraguas von 1979

Schon in der "vorläufigen revolutionären Verfassung" von 1979 sind Wahlen festgelegt. Sie sollen stattfinden, wenn die Bedingungen des materiellen Wiederaufbaus es erlauben. Die Regierung übt die exekutive Gewalt aus, bis es eine neue Verfassung gibt.

#### Der Staatsrat

Im Mai 1980 wurde der Staatsrat gegründet, ein co-legislatives Organ, das sich mit der Regierung die legislative Gewalt teilt. Im Staatsrat sind die politischen Parteien, die Massenorganisationen und Gewerkschaften, gremiale und soziale Organisationen und Repräsentanten der Privatunternehmer vertreten. Die FSLN und die ihr nahestehenden Massenorganisationen und Gewerkschaften stellen die Mehrheit der Mitglieder. Damit ist gewährleistet, daß in diesem Organ keine Unternehmerpolitik durchgesetzt werden kann; daraus ist aber keineswegs zu schließen, es handle sich hier um ein Organ zur bruchlosen Durchsetzung der FSLN-Politik. Die Stärke des Staatsrats liegt gerade in der Diskussion zwischen den FSLN-Anhängern, in der Möglichkeit durch eine offene Diskussion aller beteiligten Interessenvertretungsorgane zur einer optimalen Gesetzfindung zu kommen. Kaum ein Gesetzesentwurf wird so verabschiedet, wie er - oft von einer der Massenorganisationen - eingebracht wurde. Artikel um Artikel wird oft stundenlang diskutiert, und wenn die Meinungen als zu kontrovers sind oder zu viele Unzulänglichkeiten des Entwurfs aufzeigen, wird der Entwurf an die zuständige Kommission zur nochmaligen Überarbeitung übergeben. Die Diskussion innerhalb der linken Vertreter im Staatsrat ähnelt weniger der eines Parlaments, wo Parteimeinungen vertreten werden, als der eines westdeutschen linken Komitees, wo man versucht, durch Austausch von Meinungen zu einer möglichst guten Lösung des Problems zu kommen.



"Die wirkliche Demokratie: Die Massenorganisationen"  
Welche Rolle spielen sie in der Zukunft?

Die Vertreter der Massenorganisationen sind immer einfacher Herkunft und halten engen Kontakt zu ihrer Basis. Der Vertreter der Landarbeitergewerkschaft erzählte mir z.B. er sei zwei Tage in der Woche auf dem Land, um mit den Leuten zu reden. Bei besonders interessierenden Gesetzen veranstal-

ten alle Organisationen eine Unmenge von Treffen im ganzen Land, wo sie die Meinung ihrer Mitglieder einholen.

### Die politischen Parteien

Nach 1979 konnten die anti-somozistischen rechten und linken Parteien, sowie die sozialdemokratische Partei, die erst im August 1979 gegründet wurde, ihre Parteiaktivitäten weiter fortführen, ohne daß es zunächst ein besonderes Gesetz zur Regelung der Parteien gegeben hätte.

Es gibt heute in Nicaragua 10 Parteien, von denen 7 in zwei großen Blöcken zusammengeschlossen sind:

Die FPR (Frente Patriótico Revolucionario - patriotische Revolutionsfront) besteht aus der FSLN, der Sozialistischen Partei, der Populär-Sozialchristlichen Partei und - bis vor kurzem - der Liberalen Partei.

Die Sozialistische Partei bezeichnet sich als marxistisch-leninistisch und unterstützt den von der FSLN getragenen revolutionären Prozeß. Ihr angeschlossenes ist die Industriegewerkschaft CGT (Central General de Trabajo Independiente - Unabhängige allgemeine Arbeitszentrale).

Die Populär-Sozialchristliche Partei verfolgt den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mit christlicher Inspiration. Für die Zukunft strebt sie eine stärkere Wirtschaftsplanung des Staates an, wobei sie durchaus konkrete Vorstellungen hat, wie z.B. die Überführung des jetzigen Privatsektors in einen gemeinwirtschaftlichen Sektor (privates und staatliches Kapital).

Die ehemals vierte Partei des Bündnisses, die Liberale Partei, ist diejenige, die sich am häufigsten offen von der FSLN distanziert. Ihr Ziel ist ein authentisches demokratisches Regime, wobei sie viel Wert auf die Einhaltung der Menschenrechte legt, aber kein konkretes Wirtschaftsprogramm zu bieten hat.

Den zweiten Block, die Coordinadora Ramiro Sacasa, bilden drei der rechten Oppositionsparteien, die Sozialchristliche Partei, die Sozialdemokratische Partei und die Liberal-Konstitutionalistische Partei.

Die Sozialdemokratische Partei wurde bezeichnenderweise einen Monat nach dem Triumph der Sandinisten gegründet; der Verdacht, ihr Ziel sei es vor allem gewesen, der FSLN Anhänger abzuwerben, ist daher nicht unbegründet. Die Sozialchristliche Partei bezeichnet sich als christdemokratisch, die Liberal-konstitutionalistische Partei vertritt eine korporativistische Politik (die Versöhnung der nicaraguanischen Familie soll erreicht werden). Der Coordinadora sind außerdem die beiden rechten Gewerkschaften CTN (Central de Trabajadores de Nicaragua) und CUS (Confederación de Unificación Sindical - Konföderation der Gewerkschaftseinheit) angeschlossen.

Rechte Opposition außerhalb der Coordinadora ist die Konservativ-Demokratische Partei. Obwohl sie dem Prozeß genauso offen oppositionell gegenübersteht wie die Coordinadora ist einer ihrer Führer, Rafael Córdova Rivas, Mitglied der Regierungsjunta.

Die linke Opposition besteht aus der Kommunistischen Partei und der MAP-ML (Movimiento de Acción Popular - Marxista-Leninista). Den Parteien angeschlossen sind die Gewerkschaften CAUS (Central de Acción y Unidad Sindical / KP) und Frente Obrero (MAP-ML), die zwar zahlenmäßig klein, aber oft sehr kampfkraftig sind. Beide Parteien kritisieren die Regierung vom Standpunkt eines dogmatischen und z.T. unrealistischen und den Verhältnissen nicht angepaßten Marxismus-Leninismus aus. So fordert die KP z.B. die Nicht-Anerkennung aller Auslandsschulden, keine Neuaufnahme von Krediten aus westlichen Ländern und stattdessen vertiefte Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks, eine Forderung, die nicht nur die Intervention beschleunigen und enorme wirtschaftliche Kosten verursachen würde, sondern auch bei den Ländern des Ostblocks keine Unterstützung findet.

Die ehemals stärkste der rechten Parteien MDN (Movimiento Democrático Nicaraguense) hat sich inzwischen der bewaffneten Konterrevolution angeschlossen.

### Das Parteiengesetz

An einem Gesetz zur Regelung der Parteiaktivitäten hatten die Oppositionsparteien als erste ein Interesse. (Im Folgenden bezeichne ich als Oppositionsparteien die rechten und linken Parteien, die nicht Mitglieder der FPR sind.)

Im März 1981 legte die Konservativ-Demokratische Partei einen ersten Gesetzesentwurf im Staatsrat vor, der aber nicht diskutiert wurde. Im November desselben Jahres legte die FSLN ihrerseits einen Entwurf vor, der von einer Kommission des Staatsrats bis Ende Februar 82 überarbeitet wurde. Mit der Erklärung des nationalen Notstandes im März 82 wurde dann aber sowohl die Diskussion um das Parteiengesetz suspendiert, als auch die politische Aktivität der Parteien größtenteils verboten. Am 23.10.82 forderte dann die FPR die Wiederaufnahme der Diskussion und die Modifikation des Notstandsgesetzes, damit alle Parteien ihre politische Basisarbeit zur Ausarbeitung des neuen Gesetzes wieder aufnehmen konnten. Daraufhin kam das Parteiengesetz wieder in den Staatsrat, und eine neue Kommission wurde zu seiner Ausarbeitung gebildet, in der auch die rechten und linken Oppositionsparteien vertreten waren.

Die Hauptkritikpunkte der Opposition am Gesetzesentwurf waren:

1) Das Gesetz sah als Ziel der Parteien die Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung, aber nicht das Erreichen der politischen Macht vor.

2) Es sollte ein nationaler Rat der Parteien gebildet werden, der die Parteiaktivitäten regeln und Verbote und Zulassungen von Parteien beschließen sollte. Dieser Rat sollte dem Entwurf zufolge mehrheitlich von Regierungsvertretern besetzt werden.

3) Der Entwurf legte 9 Prinzipien der Parteien fest, von Demokratie über Pluralismus bis Anti-Imperialismus, Pazifismus und Internationale Solidarität, was die rechten Parteien für zu bestimmend hielten.

Diese Kritikpunkte wurden auch von den Parteien der FPR teilweise mitgetragen. Insofern war es wenig verständlich - und wurde auch innerhalb der Rechten kritisiert -, daß sich die Mitglieder der Coordinadora im Januar 83 aus der Kommission zur Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs zurückzogen. Die Kommission arbeitete ohne sie weiter; von Mai bis Juli 83 wurde das Gesetz - wieder unter Beteiligung der rechten Opposition - im Staatsrat diskutiert und verabschiedet. Dabei wurde den o.a. Kritikpunkten weitgehend nachgegeben:

zu 1) Nach Art. 2 des Gesetzes haben "die politischen Parteien ... u.a. das Ziel, die politische Macht anzustreben, um ihr Programm umzusetzen".

zu 2) Der Rat der politischen Parteien ist jetzt zusammengesetzt aus 4 Delegierten, die von der Versammlung aller Parteien gewählt werden, einem Delegierten der Regierung, der den Vorsitz hat, und 3 Vertretern, die vom Staatsrat ernannt werden. Bei den ersten Ernennungen des Staatsrats handelte es sich dabei um einen Vertreter einer rechten Partei, einen einer Partei des FPR und einen aus den Massenorganisationen. Damit dürften die Nicht-Sandinisten im Rat in der Mehrheit sein. (Diese Berechnung finde ich nicht unmittelbar einleuchten, d.Tipper)

zu 3) Die Prinzipien, nach denen die Parteien arbeiten sollen, sind reduziert; prinzipielle Bedingungen wie "die Revolution gegen jeden inneren und äußeren Versuch, ein Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem zu etablieren, zu verteidigen" sind aber erhalten geblieben.

In Übereinstimmung mit dem ursprünglichen Entwurf haben die Parteien das Recht, eigene Propagandamedien zu haben, Versammlungen und Manifestationen zu machen, Büros im ganzen Land zu haben und Eigentümer zu besitzen.

Als in der darauffolgenden Zeit die Regelungen des Parteiengesetzes diskutiert und verabschiedet wurden, unterbreitete die Sozialchristliche Partei einen Gegenvorschlag zu dem der Vorbereitungskommission bezüglich des Bereichs Propaganda. Es war ein Triumph für sie, daß sie sich damit - Mit Unterstützung der FSLN - im Staatsrat durchsetzen konnte und erreichte, daß die Parteien auch außerhalb des Wahlkampfes das Recht haben, die öffentlichen Medien zu benutzen, und daß die Verhinderung oder Zerstörung von Wahlpropaganda einer Partei mit Geld- und Haftstrafen geahndet wird.

### Die Stärke der Opposition

Die Oppositionsparteien waren mit dem Parteiengesetz zufrieden und bekundeten das auch öffentlich. Die Voraussetzungen für Wahlen nach westlichem Muster waren geschaffen. Daß die Regierung bzw. der Staatsrat zu solch weitgehenden Veränderungen bereit gewesen war, war ein Zugeständnis an die Oppositionsparteien, aber ein Zugeständnis aus einer Position der Stärke heraus. Die Oppositionsparteien können der FSLN nicht gefährlich werden. Es handelt sich durchweg um sehr kleine Parteien, die in der Bevölkerung kaum bekannt sind. Nach eigenen Angaben hat z.B. die Sozialdemokratische Partei 5 000 Mitglieder; es ist anzunehmen, daß die tatsächlichen Zahlen darunter liegen. Die der KP angeschlossene CAUS hat 3 000 Mitglieder, die rechten Gewerkschaften CUS und CTN zusammen 5 000, die sandinistischen Industrie- und Landarbeitergewerkschaften zusammen 115 000 Mitglieder. Die ehemals stärkste rechte Partei, die MDN, ist im Ausland und mit ihr der prominente Oppositionsführer Alfonso Robelo. Auch der Volksheld Edén Pastora, der sich an Popularität mit den Sandinisten hätte messen können, kann als Führer der Contra nicht am Wahlkampf teilnehmen.

Zwar dürfte es in Nicaragua auch Protestwähler geben, deren Stimmen der Opposition zugute kommen könnten, aber auch die Möglichkeit, in den öffentlichen Medien Propaganda zu machen, wird nicht ausgleichen können, daß die Oppositionsparteien nicht genügend Leute haben, um in allen Bezirken präsent zu sein. Der direkte Kontakt mit der Bevölkerung spielt in Nicaragua - besonders auf dem Land - eine größere Rolle als bei uns. Eine Partei, die keiner kennt, wird auch von den vielen Unzufriedenen nicht gewählt werden. So ist kaum anzunehmen, daß eine der Oppositionsparteien mehr als 5 - 10% erringen kann.

Eine Ausnahme bildet vielleicht die Liberale Partei. Sie scheint organisatorisch am stärksten zu sein. Überall im Land führt sie zur Zeit (von der rechten und linken Presse gleichermaßen beachtet) Mitgliederversammlungen, Neuwahlen der Vertreter etc. als Wahlvorbereitung durch. Im Gegensatz zur Sozialistischen und zur Populär-Sozialchristlichen Partei, die wollen, daß die FPR als Block kandidiert, wird sie sich auch allein zur Wahl stellen und gegen die FSLN kandidieren. "Wir werden 60% der Stimmen erhalten!" Da das wohl eine Illusion ist, ist solche Opposition für die FSLN nur günstig, da die Liberale Partei einerseits unabhängig genug ist, um Protestwähler anzuziehen, andererseits aber als Mitglied der FPR eine konstruktive Opposition anstrebt.

### Das Wahlgesetz und die Verfassungsänderungen

Im Mai/Juni 83 reisten zwei Kommissionen des Staatsrats durch Europa und Lateinamerika, um dortige Wahlsysteme kennenzulernen. Im Oktober des Jahres begann dann eine spezielle Kommission des Staatsrats ihre Arbeit zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes, wobei sie Vertreter aller 10 Parteien konsultierte.

Zur rechtlichen Vorbereitung der Wahlen war es außerdem erforderlich, daß die Verfassung im Hinblick auf die die Wahl betreffenden Punkte geändert wurde. Am 16.2.84 wurde die Verfassungsreform nach mehreren Sitzungen mit kontroversen Debatten im Staatsrat verabschiedet. Die rechte Opposition hatte sich zuerst gegen jede Verfassungsänderung überhaupt gewandt, obwohl an der Verfassung seit 1979 schon fünf Änderungen vorgenommen worden waren und ohne Konkretisierung der vagen Bestimmungen von 1979 keine Wahlen stattfinden konnten.

Danach ging die Diskussion darum, ob es zulässig sei, gleichzeitig die Nationalversammlung mit legislativer und die Regierung mit exekutiver Gewalt zu wählen. Die Opposition forderte, daß erst die Nationalversammlung und zwei Jahre später die Regierung gewählt würde. Es gab einige formaljuristische Argumente, die vielleicht für dieses Vorgehen sprachen (die Regierung würde erst dann gewählt, wenn es eine neue Verfassung gibt), aber der politische Gewinn, den die Opposition davon hätte, war überhaupt nicht einzusehen. Das Einzige, was sie mit dieser Forderung erreichen konnte, war, die Kosten für die Wahlen zu verdoppeln. Die FSLN bezifferte diese Kosten mit 500 Mio Córdoba (50 Mio DM) plus 6 Mio Córdoba Wahlkampfunterstützung für jede teilnehmende Partei und erklärte, daß zwei Wahlgänge zu teuer seien.

Nach den dann gegen die Opposition verabschiedeten Verfassungsänderungen soll jetzt eine neue Nationalversammlung mit 90 Abgeordneten sowie ein Präsident und ein Vizepräsident für sechs Jahre gewählt werden. Die Nationalversammlung hat legislative und verfassungsgebende Funktionen, d.h. sie soll in den ersten beiden Jahren ihres Bestehens eine neue Verfassung ausarbeiten. Sie ersetzt den Staatsrat.

Seit dem 23.2.84 wird das Wahlgesetz im Staatsrat diskutiert; die Diskussion ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Nach den bisher verabschiedeten Artikeln braucht eine Partei 5 000 Unterschriften, um zur Wahl zugelassen zu werden. Der Präsident und der Vizepräsident werden mit relativer Mehrheit gewählt. Noch unklar ist, ob die Abgeordneten nach dem Mehrheits- oder dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Das Mindestwahlalter ist auf 16 Jahre festgesetzt. Damit verschafft sich die FSLN, die gerade unter den Jugendlichen enorm viele Anhänger hat, zusätzliche Wählerstimmen. Die rechte Opposition hat sich aus Protest gegen diese Entscheidung von den Beratungen um das Wahlgesetz zurückgezogen.

### Die Wahlen

Die rechten Oppositionsparteien haben noch keine Strategie, wie sie sich zu den Wahlen verhalten sollen. Im Staatsrat kritisieren sie wie immer fast jeden Artikel mit den unterschiedlichsten Argumenten. In der Oppositionszeitung "La Prensa" fordern sie eine Amnestie auch für ehemalige Somozisten und Führer der Konterrevolution, von der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) überwachte Wahlen, die Aufhebung des Notstandes und der Pressezensur.

Durch die Vorverlegung der Wahlen wurden sie offensichtlich überrascht. Das war immer eine ihrer Forderungen gewesen, aber jetzt sind sie auf den Beginn einer recht kurzen Wahlkampf-Periode nicht eingestellt. In der Konservativ-Demokratischen und in der Liberal-Konstitutionalistischen Partei sind harte innerparteiliche Kämpfe ausgebrochen, über deren Ursache mir zwar nichts Genaueres bekannt ist, aber es ist anzunehmen, daß parteiinterne Differenzen jetzt an der Wahlkampffrage aufbrechen, und daß Unstimmigkeiten darüber bestehen, ob man an den Wahlen teilnehmen soll oder nicht.

Wenn es stimmt, was die sandinistischen Medien behaupten, daß die rechten Oppositionsparteien von der US-Botschaft ihre Befehle empfangen, dann werden ihnen ihre amerikanischen Freunde voraussichtlich raten, die Wahlen

lieber zu boykottieren, als sich in einen Wahlkampf zu stürzen, den sie nicht gewinnen werden. Allerdings werden sie die internationale Öffentlichkeit nicht ohne weiteres von der Unfreiheit der Wahlen überzeugen können. Die auch innenpolitisch geschickten Diplomaten der Sandinisten haben erreicht, daß eine international anerkannte liberale Partei (Mitglied der Internationalen der Liberalen) unter Wahlvoraussetzungen, die allen westlichen Anforderungen gerecht werden, gegen sie kandidiert. Da kann auch ein Wahlboykott anderer Parteien nicht mehr viel ändern.

Wenn damit abzusehen ist, daß die Wahlen außenpolitisch ein Erfolg sein werden, so ist die innenpolitische Auswirkung noch unklar. Die Auflösung des Staatsrats ist eindeutig negativ zu bewerten.

Kein Parlament wird eine so basisnahe und konstruktive Diskussion erreichen. Wie sich der ideologische Wahlkampf in Nicaragua auswirken wird, ob die offene Auseinandersetzung zu einer stärkeren Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung oder zu einer überflüssigen Ideologisierung führen wird, ist schwer abzuschätzen. Eindeutig positiv bewerte ich den größeren politischen Spielraum, den auch linke Parteien bekommen haben. Verhaftungen linker Führer wie 1981 sind heute nur noch schwer denkbar. Es ist schade, daß es in Nicaragua keine Partei gibt, die diesen Spielraum für eine intelligente und konstruktive Kritik zu nutzen wüßte.



"DAS GANZE VOLK IN DIE VERTEIDIGUNG"  
Wahlkampf unter der Invasionsdrohung

## GRENADA

### Das politische Leben beginnt sich wieder zu formieren

Am 21. Januar 1984 wurde in St. George's, Grenada, die "Maurice Bishop and the Martyrs of October 19, 1983 Memorial Foundation" gegründet. Zu den Gründern gehören drei ehemalige Minister der Regierung Bishop - Kenrick Radix (Justiz, Industrie und Fischerei), George Louison (Landwirtschaft), Lynden Ramdhanny (Tourismus) -, allesamt Anhänger der Bishop-Fraktion.

Die Gründung der Stiftung ist ein Beweis dafür, daß in Grenada nach dem Schock des blutigen Putsches und der Invasion das politische und soziale Leben sich auch unter den ehemaligen Anhängern Maurice Bishops wieder zu formieren beginnt. Eric Gairy ist zurückgekehrt und hat seine politischen Aktivitäten meist in der Form von Andachten bereits aufgenommen. Verschiedene Parteien sind dabei, sich zu formieren. Zu den für diesen Herbst anberaumten Wahlen sollen ausdrücklich keine Parteien mit "revolutionärem Charakter" zugelassen werden. Es ist also fraglich, ob sich eine Partei, die die Ideen und Programme der ehemaligen Revolutionsregierung Bishop vertritt, an den Wahlen beteiligen "darf".

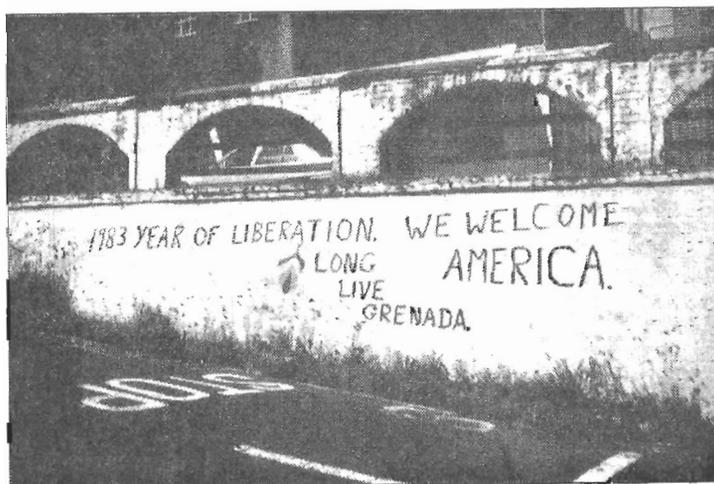
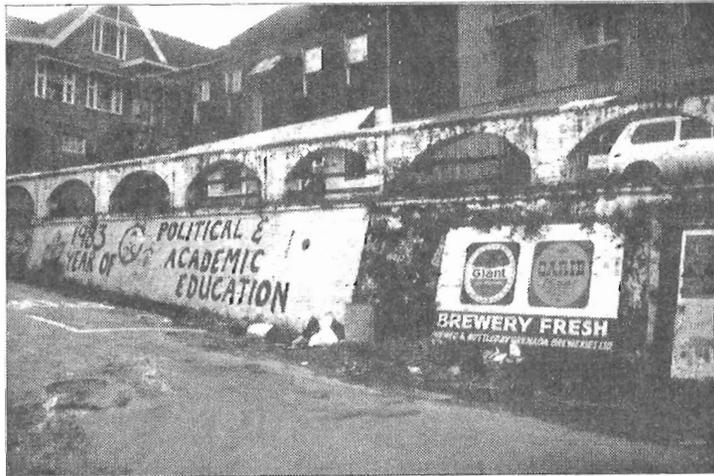
Viele von der Revolutionsregierung eingerichteten sozialen und wirtschaftlichen Projekte in den Bereichen sozialer und medizinischer Versorgung, Bildung, Kooperativen, Selbsthilfe- und Fraueninitiativen, Agroindustrien zur Diversifizierung der Wirtschaft sind von der US-Besatzungsmacht und der von ihr eingesetzten Regierung bereits gestoppt worden: der Arzt muß wieder bezahlt werden, für Kinder gibt es keine kostenlose Milch mehr, vorbei ist es mit der unentgeltlichen Erwachsenenbildung, kein Zuschuß mehr für Hausreparaturen, das Land der Kooperativen soll privatisiert werden, statt des wunderbaren grenadischen Kaffees gibt es wieder Instant-coffee, aus den Läden sollen die heimischen Fruchtsäfte und Marmeladen verschwinden. Die Gedenkstiftung will versuchen, diese Projekte fortzuführen oder wieder aufleben zu lassen.

Eine weitere wichtige Aufgabe sieht die Stiftung in der politischen Aufklärung und Information der Bevölkerung. Über die Vorgänge vom Oktober herrscht faktisch Nachrichtensperre. Ein umfangreiches PSYOPS-Programm (Marines Psychological Operations) ist angelaufen, mittels dessen die Revolution und ihre Führer, besonders auch Maurice Bishop, durch Fehlinformation und Diffamierungen verleumdet und die Ideen der Revolution für alle Zeit ausgelöscht werden sollen. Leichter als bei den sagenhaften Waffenfunden, die selbst das US TIME-Magazine als ein Gemischtwarenlager eines Waffengroßhändlers bezeichnete, oder bei den falschen Angaben über die kubanischen Kampftruppen in Grenada, haben es die Propagandaspezialisten mittels der gekaperten "Schatztruhe" (New York Times) von Dokumenten, ihre Lügen über Pläne für einen sowjetischen U-Boothafen, terroristische Trainingslager und überhaupt die Verwandlung Grenadas in einen russisch-kubanischen Satelliten zu fabrizieren. Z.B. gibt es das Gerücht, Maurice Bis-

hop soll sich an Folterungen von Gefangenen beteiligt haben, wobei er Zigarettenkippen auf deren Körpern ausdrückte. Kenrick Radix soll sich in Rudolphs Restaurant mit amerikanischen GIs treffen.

Die von PSYOPS eingerichtete neue "Spice Island Radio" Station übernimmt die Nachrichten von "Voice of America" und erfüllt die Radiowellen mit amerikanischer Rock- und Country-and-Western-Musik. Eine Folter besonderer Art für Menschen, die den heimischen Calypso und Reggae zum Leben brauchen wie die Luft zum Atmen und von denen nicht wenige schon immer den Disco-Tanzboden verließen, wenn solche Rhythmen ertönten.

Die von dem US-Gewerkschaftsverband AFL-CIO über deren Auslandsarm AIFLD (American Institut of Free Labor Development) unterstützte Hafenerbeitergewerkschaft engagiert Arbeitslose, um die alten revolutionären Wandersprüche zu überstreichen und durch "Welcome America"-Parolen zu ersetzen.



Mauer mit Wandspruch vor und nach der Invasion

Dieser PSYOPS-Propaganda will die Gedenkstiftung mit einem regelmäßig erscheinendem Newsletter, mit Broschüren, Aufklebern, Buttons, T-Shirts entgegenwirken. (Ein "America, thank You For Liberating Grenada" T-Shirt war fast gleichzeitig mit dem ersten Fallschirmspringer auf Grenada gelandet.)

Die folgende Auflistung soll einen Überblick geben über die von der Gedenkstiftung geplanten Vorhaben und Arbeitsaufgaben:

**Finanzielle Versorgung** der Hinterbliebenen der beim Putsch und der Invasion Getöteten.

Die **kostenlosen Erwachsenenbildungsprogramme** der nach der Invasion geschlossenen Volksbildungszentren sollen wieder aufgenommen werden.

Einige **Kooperativen** in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gaststätten mußten bereits wegen Geldmangel schließen. Einige Landwirtschaftskooperativen haben durch Reprivatisierungsmaßnahmen Land abgeben müssen. Die Kooperativen, in denen in erster Linie arbeitslose Jugendliche Arbeit und Ausbildung erhielten, sollen von der Stiftung finanziell unterstützt werden.

**Fraueninitiativen.** Der nationalen Frauenorganisation wurden die Gelder gesperrt. Neben praktischer Arbeit, wie freie Milchverteilung, kostenlose Schulspeisung, Reparaturen von Schulen, Aufbau von Frauenkooperativen, Bildungs- und Ausbildungsprogramme, Familienplanung hat sie sich verdient gemacht, indem sie das Bewußtsein der grenadischen Frauen und deren Partizipation am politischen Leben erweitert hat.

Verschiedene **landwirtschaftliche Ausbildungsstätten** v.a. für arbeitslose Jugendliche, die wegen Geldmangel schließen mußten, sollen finanziell unterstützt werden.

Das **Hausreparaturprogramm** auf Selbsthilfebasis soll unterstützt werden.

Stipendien sollen gewährt werden, sowohl für Primar- und Sekundarschüler, als auch für Fach- und Universitätsausbildung.

**Baufond.** Die Gedenkstiftung unterhält jetzt ein Büro in St. George's und hat bereits Komitees in Grenville, Gouyave, St. John und Carriacou gegründet. Es sollen noch weitere eingerichtet werden. Dafür und für die vielfältigen anderen Projekte werden Gebäude benötigt.

**Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen** sollen im Andenken an die Märtyrer vom 19. Oktober eingerichtet werden.

**Forschung, Dokumentation, Publikation.** Die Sammlung und Dokumentation von Schriften, Reden, Artikeln etc. von und über die getöteten Genossen, sowie die Erforschung der Hintergründe der Ereignisse vom Oktober und deren Veröffentlichung ist ein wichtiges Anliegen der Gedenkstiftung.

**Denkmal.** Last but not least soll Maurice Bishop und den anderen getöteten Genossen ein Standbild errichtet werden. (Die Leichen von Maurice Bishop, seiner Genossin und seiner Genossen sind angeblich schon im November gefunden worden, aber von der Besatzungsmacht noch nicht an die Angehörigen übergeben worden.)

**Spendenkonto:** Grenada Solidarität  
Postscheckkonto 22 40 90 - 201  
(BLZ 200 100 20)  
Thomas Poesé  
Postscheckamt Hamburg

## Souveränes Land oder US-Kolonie?

Das zweitärmste Land Lateinamerikas, Honduras, rückte im letzten Jahr in die Schlagzeilen der internationalen Presse durch sein Rollenverständnis, Polizist und "Befrieder" in der mittelamerikanischen Region zu spielen. Trotz leerer Staatskassen rüstete man die Armee auf, ließ 4.000 US-Soldaten ins Land und befehligte sich in Kampagnen zur Bekämpfung des "internationalen Kommunismus". Mit diesen Aktivitäten, so versprachen die Regierenden, käme eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation ins Land. Zwar flossen Kredite, doch blieben diese Gelder entweder irgendwo im Netz der Korruption hängen, oder sie mußten für Waffenkäufe, Militäreinrichtungen oder Schuldzahlungen ausgegeben werden. Zur Harmonisierung von nationalem und internationalem Interesse (sprich: pro US-Regierungspolitik) verkündete die Regierung ein Notstandsgesetz nach dem anderen (vom Terroristengesetz bis hin zum Wirtschafts-Notstandsgesetz). Folge dieser Politik ist eine sich immer mehr verschärfende Repression, eine aktive Vorbereitung auf einen Krieg und eine tiefe Wirtschaftskrise.

In dieser Atmosphäre der Unsicherheit und Angst kam es im Februar dieses Jahres zu öffentlichen Protesten, bei denen Abgeordnete der Nationalen und Christdemokratischen Partei, die katholische Kirche, die Nationaluniversität UNAH und die Organisation der schwarzen Bürger Honduras' OFRANEH ihren Präsidenten Suazo Córdova befragten, ob Honduras ein souveränes Land oder aber eine Kolonie der Vereinigten Staaten sei.

Der Präsident, bemüht nationales und internationales Interesse in Einklang zu bringen, griff zurück auf die Ideologie eines dialektischen Verhältnisses zwischen dem armen und reichen Bruder und suchte mittels juristischer Saltos die Flammen, die aus einem Bodenrechtskonflikt entstanden, zu löschen.

### Geschichtlicher Hintergrund:

Im Februar 1904 sprach der damalige Präsident Honduras', Manuel Bonilla, den Boden entlang des linken Ufers der Lagune Guaymoreto (ca. 500 ha) den Garífuna-Gemeinschaften Cristales und Río Negro, Gemeinde Trujillo (Dpto. Atlantida), zu. 1914 vertrieb der US-Bürger T. Ramirez de Arellano mit Gewalt diese Garífunas von ihrem Boden. Er richtete dort eine Viehzuchtfarm ein. Während der Zeit seines Aufenthaltes in Honduras hatte Ramirez viele und ernsthafte Probleme mit den organisierten Arbeitern auf seiner Farm. Es wurden verschiedene Prozesse gegen ihn angestrebt, die aber immer im Sande verliefen. Auch gibt es Anschuldigungen, daß er sich der Steuerhinterziehung schuldig gemacht hat. Am 25. Juli 1983 richten die Garífuna-Gemeinschaften Cristales und Río Negro einen Brief an den Präsidenten des Landes. In diesem bitten sie um eine Erklärung über die Aktivitäten des Nationalen Agrarinstitutes INA, das den Boden der Viehzuchtfarm von Ramirez ohne eine entsprechende Urkunde enteignet hat, diesen ihnen aber als rechtmäßige Besitzer nicht zurückgibt. Auf den 500 ha wird das Regionale Militärausbildungszentrum CREM eingerichtet. Mit dem Beschluß der Regierung MDN-245 vom 4. 11. 1983 wird die Enteignung der Viehzuchtfarm S.A. Trujillo rechtskräftig. Anfang Dezember 1983 fordert Ramirez von der honduranischen Regierung eine Entschädigungssumme von 28 Mio Lempiras (14 Mio US-\$). Die US-Regierung macht die Vergünstigungen für Honduras im Karibik-Plan von der Entschädigungszahlung an Ramirez abhängig. Daraufhin verkündet der

Präsident Suazo Córdova am 14. 12. 1983 das Dekret 17. In diesem sind die Bedingungen festgeschrieben, die Honduras Vorzugsrechte im Reagan-Plan der Cuenca del Caribe gewähren sollen, unter anderem regelt dieses Dekret auch die Entschädigungszahlung zugunsten Ramirez. Im Januar 1984 wird eine Kommission berufen, die die Höhe der Entschädigung ermitteln soll. Diese tagt in Anwesenheit eines US-Botschaftsangehörigen im Februar. Im selben Monat protestieren Abgeordnete gegen das Dekret 17, das sie als verfassungswidrig ansehen. Am 15. 2. 1984 schreibt der Rektor der Universität UNAH, O. Soto, einen Protestbrief gegen das Dekret 17 an den Präsidenten des Landes. Die katholische Kirche und andere Organisationen protestieren ebenfalls.

**"Kein Ausländer, der es wagt unsere Gesetze zu verletzen, ganz gleich aus welchem Land er kommt, kann ungestraft die nationale Ehre mit Füßen treten."**

(aus dem Brief des UNAH-Rektors Soto an Suazo C. und den US-Botschafter Negroponte in Honduras)

Suazo Córdova versuchte die Angelegenheit, das Bodenrechtsproblem, durch ein Dekret elegant zu umgehen. Vielleicht war der Druck von Seiten der USA zu stark und die Angst zu groß, daß man bei Nichtzahlung der Entschädigung an Herrn Ramirez keine Sonderstellung innerhalb des Karibikplanes erhält, so daß der Präsident schnell und schlecht beraten reagierte. Aber vielleicht betreibt er auch nur den Ausverkauf seines Landes? Wie dem auch sei, die Verfassung des honduranischen Staates legt jedenfalls fest, daß solcherlei Anliegen, wie sie im Dekret 17 festgeschrieben werden, vom Nationalkongress abgesegnet werden müssen. Zwar meinte der Präsident, daß er sich hierbei auf die Wirtschaftsnotstandsgesetze berufen kann, womit aber die Abgeordneten des Kongresses nicht einverstanden sind. Im Bezug auf die Entschädigungszahlung regelten Juristen um Suazo Córdova dies im Dekret 17 gar mit einem Vertrag, der 1948 bereits abgelaufen war. Es handelt sich dabei um den Vertrag über Freundschaft, Handel und konsularische Vorrechte aus dem Jahre 1938 (Epoche Carias Andino) zwischen den USA und Honduras, der zeitlich auf 10 Jahre begrenzt war. In den Argumenten pro Entschädigungszahlung an Ramirez spricht man von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines guten Investitionsklimas im Land. Honduras' Regierung braucht den starken Arm des reichen Bruders im Norden, zu sehr ist das honduranische Regierungsinteresse mit dem der Reagan-Administration verflochten und schließlich hat man die Amerikaner ja schon im Land (4.000 Soldaten!). Ganz unauffällig übersieht man dabei, daß die Quote aus der Cuenca del Caribe für Honduras nicht viel höher liegt als die Entschädigungsforderung des Herrn Ramirez und natürlich, daß der US-Bürger keinerlei Recht auf den Boden seiner Viehzuchtfarm hat, da er keine Eigentumsurkunde über diesen besitzt. Rechtlich gesehen müßte Ramirez eine Entschädigung an die Garífunas zahlen, da er sie 69 Jahre lang um ihren Boden betrogen hat.

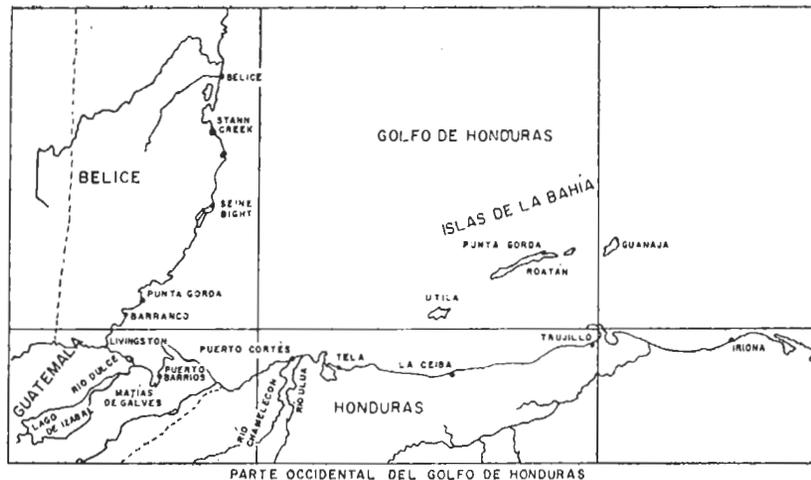


Suazo Córdova,  
Präsident von  
Honduras

"Alle Völker haben einen Anspruch darauf, an den Wassern des Lebensflusses teilzuhaben, mit eigenen Gefäßen aus ihnen zu trinken. Aber unsere Gefäße waren schon immer kaputt."

(Klage aus einem karibischen Priestergesang)

Das afro-karibische Volk der Garifunas lebte 125 Jahre auf der Insel San Vicente (Kleine Antillen), von wo 1797 die Engländer sie nach Roatan (honduranische Insel) deportierten. Wenige Jahre nach ihrer Deportation erlaubten ihnen die Spanier auf das honduranische Festland umzusiedeln, um dort beim Wiederaufbau der von Piraten zerstörten Hafenstadt Trujillo zu helfen. So ließ sich dieses Volk entlang der Karibik-Küste Honduras' in 43 Dorfgemeinschaften nieder. Die Garifunas sprechen ihre eigene Sprache, die als Lehrsprache in Honduras verboten ist, haben noch traditionelle Strukturen in ihren Gemeinschaften erhalten und zählen mit ca. 70.000 Einwohnern zu den ethnischen Minderheiten im Land. Die kapitalistische Entwicklung der Nordregion Honduras', bestimmt durch nordamerikanische Konzerne, raubte im Anfang dieses Jahrhunderts den Garifunas ihren Boden. Was den Gemeinschaften Cristales und Río Negro geschah, passierte z.B. auch der Garifuna-Comunidad Tela. Dort eignete sich die United Fruit Company den Boden an. Die Garifunas wurden an den Rand dieser Stadt gedrängt und gründeten hier u.a. das Dorf San Juan. Dieses wurde für viele Garifunas ein Symbol des Schreckens. 1939 ordnete der damalige Präsident Carias Andino die Erschießung aller Männer des Dorfes San Juan an. Er wollte damit die Proteste gegen seine Politik erstickten. Die Einwohner San Juans hatten den Führer der damals verfolgten Liberalen Partei Jesus Umaña, versteckt.



## EL SALVADOR

### Radios der Revolution

Die außergewöhnliche Ansage des Radiosenders an jenem schwülen Septembertag sorgte zunächst für ein wenig Verwirrung. "Tut uns leid, die Kultursendung von heute Abend muß ausfallen, weil jetzt eine andere wichtige Sache anliegt." Von der Wichtigkeit dieser mysteriösen anderen Sache konnte sich der Zuhörer in El Salvador einige Stunden später überzeugen. Der Überraschungsangriff auf die 3. Infanteriebrigade von San Miguel durch das Rebellenheer der FMLN wurde in seinem Ablauf von Reportern und Nachrichtensprechern plastisch über den Äther gejagt. Der Radiosender, der die blutige Schlacht seinen Hörern direkt ans Ohr legte, machte an diesem Abend seinem Namen alle Ehre. Radio Venceremos - wir werden siegen - nennt sich der Rebellenfunk, der eine von drei Sendestationen der Guerilla El Salvadors ist. Für die Presse in der weitgehend abgeschirmten Hauptstadt ist der Siegesender die oft einzige und meist zuverlässige Informationsquelle über die Kämpfe im Landesinneren.

Neben Radio Venceremos existieren als weitere Sender der nationalen Befreiungsfront FMLN die beiden Stationen Radio Farabundo Martí und Radio Guazapa. Sie unterscheiden sich nicht so sehr durch ihr geographisch abgegrenztes Empfangsterrain, sondern spiegeln im wesentlichen die verschiedenen Entwicklungsstufen des sozialen Aufstandes wieder. Radio Venceremos, das aus zwei kurzlebigen Vorläuferversuchen entstammte, nahm im Januar 1981 gleichzeitig mit der ersten Offensive der Guerillastreitkräfte seine Sendungen auf. Empfangsgebiet war die strategisch wichtige, von den Aufständischen weitgehend kontrollierte Provinz von Morazán. Sechs Monate nach Inbetriebnahme wurde Radio Venceremos als offizielle Stimme der FMLN anerkannt. In einer zweiten Hochburg der Guerilleros, der Provinz Chalatenango, nimmt Anfang 1982 Radio Farabundo Martí seine Tätigkeit auf. Weitgehend im Aufbaustadium befindet sich der dritte Rundfunk der FMLN, Radio Guazapa, der in einem von der Befreiungsfront beherrschten Vulkangebirge nur dreißig Kilometer nordöstlich der Hauptstadt stationiert ist. Die Sender sind in der Lage, je nach militärischer Erfordernis auf Kurz- oder Mittelwelle ihr Programm auszustrahlen, seit Mitte 1981 kann Radio Venceremos auf der vielgehörten UKW-Länge in San Salvador empfangen werden.

Das reguläre Programm von Radio Venceremos ist auf drei Stunden täglich begrenzt. Zu einer festen Sendezeit - zwischen sechs und sieben Uhr morgens als auch abends und nach Einbruch der Dunkelheit so zwischen halb neun und halb zehn - kann jeder Salvadorianer das nicht ganz risikolose Unterfangen wagen und sein Transistorgerät auf Rebellenfrequenz drehen. Für die rechtsautoritäre Regierung Magaña gilt das Abhören der subversiven Propaganda als Akt der Komplizenschaft, und welche Strafen darauf stehen, braucht man hier keinem lange zu erklären.

Die Radioarbeit der Guerilla wird im Kollektiv geleistet, obwohl gerade unter den widrigen Einsatzbedingungen jeder Handgriff seinen Spezialisten erfordert. Mit der Trennungslinie von Technik und Journalismus aber kommt man hier ebenso wenig weiter wie mit der Unterscheidung von militärischer und politischer Aufgabenverteilung. Insgesamt arbeiten knapp 200 Leute fest bei Radio Venceremos, das auch einige Film- und TV-Teams unterhält. Die junge Kommandantin Mercedes del Carmen Letona, Mitglied der militärischen Führung an der Ostfront, ist oberste Verantwortliche, der Intendant von Radio Venceremos, wie man in Europa wohl sagen würde. Die Sendeanlage ist fest installiert, zumal der Norden El Salvadors befreites Territorium ist, wie Holzschilder vor jedem Dorf anzeigen. Doch besteht der Sender aus mobilen Baukastenteilen, die, falls die Armee an-

rücken sollte, rasch an einen anderen Ort geschafft werden können. Natürlich weiß des Gegners Geheimdienst genau, wo die Funfstation zu lokalisieren ist. Warum er dann nicht angreift? César Martí, einer der Koordinatoren von Radio Venceremos, holt tief Luft: "Der Feind greift ja an. Mit Flugzeugen, Granaten und Splitterbomben. Wir haben uns auf die Attacken eingestellt und manchmal kann man das Bombengedröhn über das Radio hören". Ein Versuch von Bodentruppen, im März 1981 Radio Venceremos einzunehmen, scheiterte kläglich. Nach 22 Kampftagen mußten die bis an die Zähne bewaffneten, aber geländeunkundigen Regierungstruppen geschlagen den Rückzug antreten. Unter hohen Verlusten gelang es der Armee schließlich, Ende 1981 die Sendeanlage zu besetzen. Aber obwohl es sich in der Hand des Nationalheeres befand, strahlte Radio Venceremos nach drei Wochen wieder sein Programm aus. Mit einer Reserveausrüstung, die man zu einem sicheren Platz geschmuggelt hatte. Seitdem hat es das geführte Militär aufgegeben, die Sender einzunehmen, und verlegt sich auf die Störung der Sendefrequenzen. Wellenschlau reagiert die Guerilla mit Ausweichmanövern, indem sie mal auf UKW, anderntags aber auf Mittelwelle sendet.



In dem mittelamerikanischen Staat, der schon drei Jahre lang von dem blutigen Bürgerkrieg gegen die soziale Misere geschüttelt wird, bestehen 25 Radios und 5 Zeitungen, deren Berichterstattung allerdings durch Zensur und Drohungen den Informationsgehalt eines besseren Comic strips besitzen. Deshalb ist wenig verwunderlich, daß - wie die FMLN von gefangenen Soldaten weiß - auch im Heer die Rebellensender sich heimlicher Beliebtheit erfreuen. Für das Offizierskorps sind sie eine widerwillig respektierte Instanz, die die Verlautbarungen der Militärhierarchie ins rechte Licht rücken. So wollte mancher Kompaniechef seinen Ohren nicht trauen, als sich unverkennbar der stellvertretende Verteidigungsminister Oberst Adolfo Castillo über Radio Venceremos zu Wort meldete. Hier erfuhren die mittleren Offiziersränge zum ersten Mal, daß Castillo von FMLN-Einheiten gefangen genommen war. Das Oberkommando der Streitkräfte und die Regierung, die versucht hatten, die mißliche Affäre zu vertuschen, zogen erst nach Tagen mit einem offiziellen Kommuniqué nach. Basiskorrespondenten und Hörer versorgen ihren Sender mit unterdrückten Nachrichten. In Mexiko wurde ein Postfach eingerichtet, über das Bevölkerung und Sympathisanten ihre Beobachtungen den Redakteuren zukommen lassen können.

Für die Befreiungsfront bilden die Radios politisch-propagandistische Instrumente, die auf drei Ebenen wirksam werden. Regional dienen sie der Koordinierung, national zeigen sie Freund und Feind Flagge und international ermöglichen sie Information aus erster Hand. César Martí: "Die Kommunikation ist ein bedeutender strategischer Faktor in unserem Kampf. Sie organisiert die Information und Abstimmung nach innen und außen. Gleichzeitig bleibt die Bevölkerung über unsere Aktionen auf dem laufenden. Doch senden die Revolutionsradios beileibe nicht

nur Agitprop, wie es der grausame Krieg eigentlich einflüstern möchte. Über Radio Venceremos gestalten auch die Kinder von Morazán ihr Programm; in befreiten Gebieten werden, wie kürzlich in Citala und La Palma de Chalateno Musik- und Theatervorstellungen organisiert. Sogar ein "Carnaval guerillero", ein Partisanenfasching, wurde aus der Taufe gehoben. Großer Popularität erfreut sich eine Radionovela, die in Lateinamerika heißgeliebten melodramatischen Hörspiele, in der einheimische Minister und ein Cowboytölpel namens Arrugas Rigan gehörig vorgeführt werden.

Eine Stunde Sendezeit schlägt bei Radio Venceremos mit 350 Dollar zu Buch, pro Tag fallen so etwa 1000 Dollar an Unkosten an. Material, Filme, Ausrüstung und Entwicklung belasten den kargen Etat der Radios am schmerzlichsten. Fremdsprachige Bulletins wie das auch auf deutsch erscheinende "Señal de suerte" bitten daher um finanzielle Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Projekte. Der materielle Bedarf nimmt stetig zu, da auch die Radios ständig ausgebaut werden. Radio Venceremos und Farabundo Martí sind schon als mittelgroße Kommunikationssysteme aufzufassen. Die beiden Nachrichtendienste der Guerilla, Comin und Notisal, bilden Ansätze alternativer Presseagenturen. Commandante Joaquín Villalobos, der bedeutendste militärische Führer der FMLN, erklärt treffend die Beliebtheit der Revolutionsradios: "Wir inszenieren kein fragwürdiges Spektakel wie die Armee und fälschen keine Angaben. Wir bleiben bei der Wahrheit. Das hat uns Vertrauen gewonnen, und so konnten wir die Informationspolitik des Heeres untergraben."

## 16 Monate Amnestie und noch kein Friede

Von Frieden wird in Kolumbien so häufig gesprochen wie in der BRD. Der Unterschied besteht nur darin, daß es dort nicht um Cruise Missiles und Pershings geht, sondern entweder um den regionalen Frieden in Mittelamerika und der Karibik oder um den eigenen, d.h. "inneren" Frieden. Und dieser innere Friede - so dringend nötig nach 31 Jahren fast ununterbrochenem Ausnahmezustand und 35 Jahren Violencia - wird in einem Atemzug genannt mit Amnestie und "demokratischer Öffnung". Wie hieß es noch so schön: "ohne Amnestie keinen Frieden und ohne Frieden keine Demokratie". Der erste Schritt wurde 1982 mit der Verabschiedung eines Amnestiegesetzes eingeleitet. Was ist aus seiner Realisierung geworden? Welche begleitenden Maßnahmen wurden von der Regierung Belisario Betancurs auf wirtschafts- und sozialpolitischer Ebene im Hinblick auf die Initiierung eines Strukturwandels und Demokratisierungsprozesses getroffen? Wie weit ist Kolumbien vom Frieden entfernt?

### 67 Begnadigungsakte und Amnestien in der kolumbianischen Geschichte

Es fing gleich gut an. Nachdem Belisario Betancur im August 1982 an die Regierung kam, hatte drei Monate später ein Amnestiegesetz den Kongreß passiert, das 67. in der Reihe von Begnadigungsakten und Amnestien in der kolumbianischen republikanischen Geschichte von 1821 bis 1982. Nun ist ein Begnadigungsakt keine Amnestie, und eine Amnestie ist nicht mit der anderen zu vergleichen. Es gibt uneingeschränkte und eingeschränkte, solche, die mit der Waffenniederlegung der Aufständischen verbunden sind, und solche, bei denen sie die Waffen behalten, solche mit regionalen Wiederaufbauprogrammen und solche ohne - je nachdem, wie stark die durch den entsprechenden Akt zu reintegrierende Gruppe ist. Eine besondere Bedeutung in der kolumbianischen Geschichte kommt der Amnestie von Rojas Pinilla aus dem Jahre 1954 zu. Sie war eine "uneingeschränkte", mit der versucht wurde, eine für die traditionellen Parteien (die Konservativen und die Liberalen) unerfreuliche Wendung zu entschärfen, die den Bürgerkrieg - den sie vorher freilich selbst kräftig angefacht hatten, so daß er bereits über 200 000 Tote gekostet hatte - für sie zu nehmen drohte. Es ging darum, eine "Verselbständigung" der kriegsführenden Gruppen, einen drohenden Wandlungsprozeß vom Krieg zwischen den Anhängern zweier Parteien hin zu einem Krieg zwischen Armen und Reichen, zur Attacke gegen die Oligarchie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern - selbst mit einer "offenen" Amnestie. Die Folgen dieser Inszenierung sind in Kolumbien bekannt, es gibt Bücher und Theaterstücke darüber. Die Führer der Guerillaverbände, die sich der Amnestie anschlossen, wurden später auf der Straße hinterrücks vom Militär erschossen.

Mit der Amnestie Belisario Betancurs sollte es nun einen ganz anderen Verlauf nehmen. Sie sollte ein Anfang sein, und danach sollte demokratisch geöffnet und ein ganzes Land befriedet werden. "Ich zeige die weiße Fahne, um sie allen meinen Landsleuten anzubieten. Ich strecke meine Hände den Aufständischen entgegen und lade sie ein, sich einzugliedern, ihre Rechte in dem vom Parlament gesteckten Rahmen wahrzunehmen. Ich erkläre allen meinen Mitbürgern den Frieden, ohne jeden Unterschied. Dieser patriotischen Aufgabe widme ich mich, weil wir diesen kolumbianischen Frieden brauchen, um ihn zu pflegen, wie man einen Baum pflügt, der unter seinen ausgebreiteten Ästen die ganze nationale Familie zusammenruft." (Vorsicht vor herabfallenden Ästen!)

### Während der Präsident demokratisch den Mund aufmacht, öffnen die Militärs Massengräber

Nun war das Gesetz also durch, so schön in aller Einvernehmlichkeit beschlossen, selbst der Verteidigungsminister hatte seinen Segen dazu gegeben. Die Leute waren teilweise aus dem Gefängnis entlassen, und es sollte erst richtig losgehen, dachten einige, vielleicht auch Betancur. Der hat nun, den demokratischen Öffner in der Hand, beim Generalstaatsanwalt eine Untersuchung über die paramilitarischen Gruppen in Auftrag gegeben. Diese Gruppen hatten sich wie die Ratten vermehrt, nachdem der Ausnahmezustand im Juni 1982 aufgehoben worden war und die Militärs nicht mehr so konnten, wie sie es gewohnt waren. Die größte dieser Gruppen ist MAS (Muerte a los secuestradores / Tod den Entführern). 96 Menschen hatte der MAS bis Ende 1982 umgebracht; als der Generalstaatsanwalt im Februar 1983 die Namen von 59 Militärs nannte, die Mitglieder des MAS waren, wurde die Führungsschicht dieser Institution unruhig. Einige pensionierte Generäle drohten in der Presse mit einem Militärputsch, verschiedene Wirtschaftsverbände, darunter die Viehzüchter, forderten die Wiedereinführung des Ausnahmezustands. Schließlich beruhigten sich die Generalsgemüter wieder, und man nahm dem Generalstaatsanwalt (zivile Gerichtsbarkeit) die Untersuchung über die Verbindungen von MAS und Militärs vorsichtshalber aus der Hand, um sie in die Hände von Militärrichtern zu legen, von wo aus die Untersuchung dann ganz unter den Tisch fällt.

Da glaubten nun viele, es gäbe zwei Mächte im Land: eine zivile Macht um den "großen Demokraten" Betancur und die der Generäle, die militärische Macht. Böse Zungen behaupteten, während der Präsident den Mund öffnete, öffneten die Militärs Massengräber (z.B. in Remedios, Antioquia) und das Feuer auf alles was sich regt, vorzugsweise auf Demokraten. Nun gelten die Militärs als diejenigen, denen ihre Militärdoktrin und ihre Befriedungsstrategien von den USA eingebleut wurden, und Belisario gilt als der integere Demokrat.

Ihm war es in seinem Wahlkampf gelungen, breite Volksschichten hinter sich zu bringen, ohne sich dabei mit der Oligarchie anzulegen. Seine Versprechen von billigen Häusern für alle (casas sin cuota inicial), von Fernuniversitäten und von Verbesserungen des materiellen Lebensstandards und vor allem seine einfache, direkte Art, mit seinen "Mitbürgern" zu sprechen, haben ihm in den unteren Volksschichten viele Sympathien und Wahlstimmen eingebracht. Aber nicht nur dort. Betancur weckte auch große Hoffnungen in den demokratischen und fortschrittlichen Kreisen. Nach Turbay Ayala, der in den vier Jahren seiner Regierungszeit vor 1982 die Menschenrechte in brutalster Weise mit Füßen getreten hatte, wo Intellektuelle, Gewerkschafter und Menschenrechtsgruppen ihre Archive vernichteten und sich selbst in Sicherheit bringen mußten - Marta Traba und Gabriel Garcia Marquez verließen in dieser Zeit Kolumbien - begann der neue Präsident Belisario Betancur plötzlich von Themen zu sprechen, die vorher tabu waren. Hatte Turbay A. noch in zynischster Weise von sich als dem einzigen politischen Gefangenen Kolumbiens gesprochen, so war plötzlich die Rede von

Amnestie, von Unterstützung der Contadora-Gruppe, vom Eintritt in die Bewegung der Blockfreien und von diplomatischen Beziehungen zu Cuba.

Die Linke stellte sich nicht mehr die Frage "Was tun?" sondern "Was wird passieren?"

"Die Opposition und die Linke im Ganzen, politisch und psychologisch daran gewöhnt, im Rahmen der beschnittenen Demokratie - oder auch außerhalb handeln zu müssen, schaffte es nicht, ein politisches Verhalten zu entwickeln, das ihnen erlaubte, sich der Regierung entgegenzusetzen und sich gleichzeitig den Massen anzunähern. Ihre Perplexität war so groß (ob der Wirkung Betancurs auf die Massen, A.d.Ü.), daß sie sich - wie es ein politischer Kommentator einmal beschreibt - an dem Punkt nicht mehr die Frage "Was tun?" sondern "was wird passieren?" stellte." So charakterisierte einer der Amnestierten die Situation der Linken in diesen Tagen.

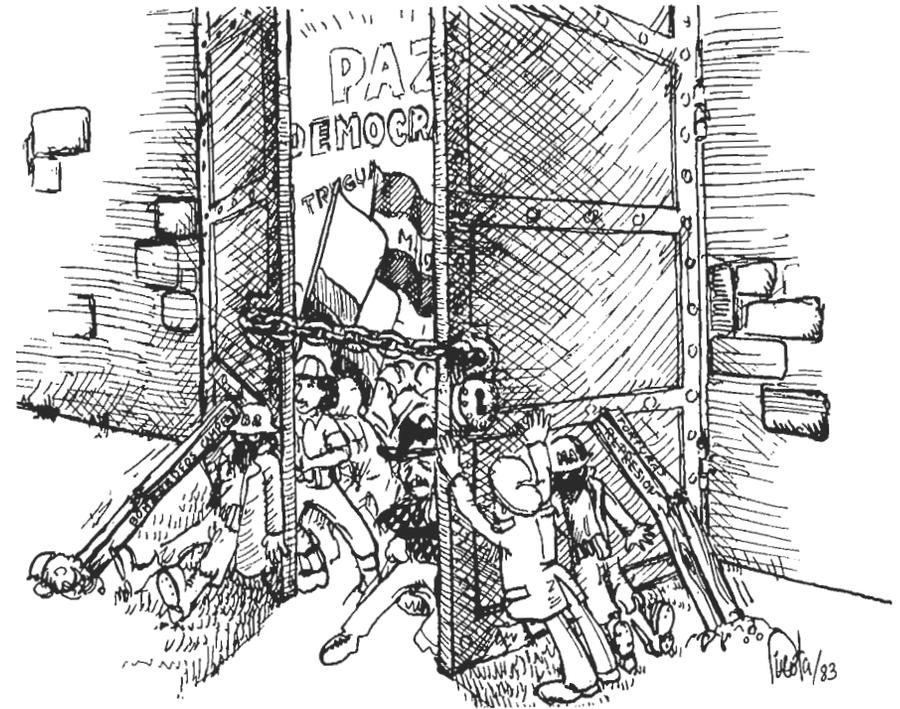
Es gab viel Verwirrung und viele Erwartungen. Man war sich darüber klar, daß es "ohne Amnestie keinen Frieden und ohne Frieden keine Demokratie" geben wird. Man war sich auch darüber klar - und das wird in der Einladung zum 3. Menschenrechtsforum, das Anfang März 1983 unter dem Titel "Für das Recht auf Leben, Frieden und demokratische Öffnung" stattfand betont-, daß "... die Amnestie nur ein erster Schritt in Richtung Frieden (ist). Man darf sie nicht nur als juristische Maßnahme verstehen, sondern eine wirkliche demokratische Öffnung in politischem, ökonomischem und vor allem sozialen Sinn, die berücksichtigt, daß die Violencia zu einem großen Teil Ergebnis des Elends und der Marginalität von vielen Regionen ist."

Auch die Guerillagruppen M-19 und FARC haben sich in diesem Sinn für die Amnestie eingesetzt und sie als einen Beginn des Demokratisierungsprozesses akzeptiert. Die Forderungen von verschiedenen Teilen der Linken der Guerilla gegenüber waren klar. Man verlangte, daß sie Vorleistungen erbringen sollte. Gerardo Molina, 1982 Präsidentschaftskandidat von FIRMES und KP: "Ich wende mich auch an sie (die Guerilleros, A.d.Ü.) um ihnen zu sagen, daß sie diese Gelegenheit, die sich vielleicht in vielen Jahren nicht wieder bieten wird, nutzen sollen, um sich wieder in das zivile Leben zu integrieren. Wir brauchen sie hier, damit sie an unserem täglichen Kampf für eine demokratische Öffnung teilnehmen. Wir hoffen, daß die Freunde aus der Guerilla verstehen, ihre Waffen eine Zeitlang zu verstecken bis es wieder nötig sein sollte, sie zu gebrauchen."

Amnestierte Guerilleros stellten folgende Analysen an: "Wenn wir die gegenwärtige Situation nicht verstehen, die politische Gelegenheit nicht ergreifen, wo sich die reaktionärsten Kräfte der Gesellschaft auf dem Rückzug befinden und die Fortschrittlichen ihre Position stärken, wenn wir an unseren historischen überholten Positionen festhalten und weiterhin auf der Linie des bewaffneten Kampfes beharren, als einsame, von den Massenkämpfen isolierte Avantgarde ... dann müssen wir uns der riskanten Rolle, die wir spielen, bewußt sein. Dort, wo faschistische Sektoren täglich stärker werden, liefern wir ihnen eine Rechtfertigung, erteilen wir ihnen das Wort. Wir entziehen denen die moralische Unterstützung, die es ermöglicht haben, einen demokratischen Raum zu öffnen. Sie werden uns als Agenten und Schirmherren aller kriminellen Prozesse, die eine Gesellschaft in der Krise durchlebt, erscheinen lassen ..."

Was hat sich in Kolumbien unter dem neuen Präsidenten verändert? Was läßt bis in die linken Kreise hinein die Kolumbianer plötzlich so zuversichtlich an eine "Wende", eine Öffnung der verkrusteten, korrupten Strukturen, an ein Zurückdrängen der reaktionären Kräfte glauben?

Da ist zum einen die außenpolitische Öffnung, der Eintritt in die Blockfreienbewegung, das Engagement in der Contadora-Gruppe. Auf innenpolitischem Terrain gab es die Amnestie und viele Versprechungen.



(Die, die das Tor zu Frieden und Demokratie versperren, sind der militärische Geheimdienst B-2, der MAS und die Militärs.)

#### Das Amnestiegesetz und seine Bewährung

Mit der Amnestie ist die Tür ein Stück weit aufgedrückt worden. Entschlüpft sind ihr 250 politische Gefangene (offiziell werden immer 500 angegeben, in Wirklichkeit waren es jedoch nur 250. Der Rest ist entweder vorher durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes oder nach Verbüßen der Strafen entlassen worden.), darunter rund 20 Mitglieder der Führungshierarchie der M-19. Im Gefängnis geblieben sind 40 Personen, die wegen Delikten verurteilt wurden, die nicht unter das Amnestiegesetz fallen (Tötung außerhalb von Kampfhandlungen). Auch 17 Indigenas sitzen noch wegen des Vergehens der Landbesetzung, das ebenfalls nicht unter die Amnestie fällt, im Gefängnis. Momentan gibt es in Kolumbien 150 politische Gefangene (nach Angaben von Rechtsanwälten), diejenigen, die nicht in den Genuß der Amnestie kamen, und weitere ca. 100, die offiziell nicht als politische Gefangene gelten.

Was passierte nun mit den 250 Leuten, die aufgrund der Amnestie das Gefängnis verließen? Was passierte überhaupt mit all denjenigen, die sich amnestieren ließen? Nach offiziellen Angaben sollen es 1 500 sein. Die Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen und werden nur herangezogen, um Relationen zu umreißen. Sicher ist, daß sich viele der Amnestie angeschlossen haben, um ihren Status zu legalisieren, wenn sie sich entweder vorher schon von der Guerilla getrennt hatten und "illegal" im Land lebten, oder wenn es Bauern waren, die vom Militär verdächtigt wurden, mit der Guerilla zu kolaborieren. Wie immer wieder versichert wird, sollen auch einige

"Lumpen" vom Amnestieangebot Gebrauch gemacht haben. Als Überbrückung werden den Amnestierten 6 Monate lang 9 261 Pesos (ca. 300 DM), der Mindestlohn, bezahlt. Medizinische Versorgung wird nach individueller Entscheidung, z.B. nach Antrag bei der Friedenskommission, gewährt. Weiterhin erhalten sie Kredite, um dafür in ländlichen Regionen eine kleine Landparzelle zu erwerben oder sich in der Stadt ein Taxi anzuschaffen. In Einzelfällen leistet die Friedenskommission auch Unterstützung, um eine Wiedereingliederung in ein vorheriges Arbeitsverhältnis zu erreichen (z.B. bei Lehrern). Die Mittel, die für diese Maßnahmen zur Verfügung stehen, sind jedoch sehr begrenzt.

Einige Amnestierte haben die Angebote genützt, um sich in ein privates Leben zurückzuziehen; andere lehnen sie strikt ab: sie wollen sich nicht für ein Taxi verkaufen. Viele der Amnestierten wurden von paramilitärischen Gruppen ermordet oder entführt. Die Zahlen darüber schwanken zwischen 20 und 80 Opfern. Wieder andere der ehemaligen politischen Gefangenen gingen aus diesem Grund zur Guerilla zurück. Laut Angaben eines Mitglieds der Friedenskommission war man bis Januar 1984 rund 30 Personen und ihren Familien bei der "Ausreise" aus Kolumbien behilflich. Zuletzt waren es im Dezember vergangenen Jahres 27 Menschen, die mit Unterstützung der spanischen Regierung nach Madrid "ausreisen" konnten.

Viele Maßnahmen, die zugunsten der Amnestierten angekündigt waren, wurden nur unzureichend erfüllt. Verschiedentlich haben vor allem ehemalige Mitglieder von M-19 deswegen ihren friedlichen Protest durch Konsulatsbesetzungen oder Besetzungen von Gemeindehäusern ausgedrückt. Die Friedenskommission, eine Organisation, in der Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen sitzen - angefangen vom Militär über die Kirche bis zur KP - verfügt über keinen eigenen Etat. Von den vorgesehenen 68 Mrd. Pesos (2,2 Mrd. DM), die für Rehabilitierungsprogramme in den "Konfliktzonen" (Straßenbau, Schulen, Elektrifizierung etc.) und für die Reintegration der Amnestierten in den Jahren 1983 - 1986 zur Verfügung gestellt werden sollten, sind bisher erst rund 3 Mrd. Pesos weitergeleitet worden. Dies ist ein relativ geringer Anteil, und er fließt in den Guerillazonen durch die Hände der Militärs, da diese dort die Funktionen der Zivilbehörden wahrnehmen. Sie können dann damit "Public Relations" betreiben, da mit ihren Finanzmitteln Straßen, Schulen etc. gebaut werden und an die Bevölkerung übergehen.

#### Die Schattenseiten des Amnestiegesetzes

Das Amnestiegesetz regelt nicht nur die Freilassung der politischen Gefangenen, die Wiedereingliederung der Guerilleros und die Rehabilitierungsmaßnahmen in den Konfliktzonen, sondern darüberhinaus schreiben einige Artikel desselben Gesetzes die Modernisierung des Militärs in einer Form vor, die verstärkte Repression zur Folge haben kann. Polizei und Armee, die organisatorisch nicht so streng getrennt sind wie in der BRD, zählen zusammen 143 000 Bewaffnete. Dazu kommen die Mitglieder verschiedener Privatarmeen, ca. 150 000 Mann. Diese Söldner sind fast alle ehemalige Militärs. Aufgrund eines Spezialgesetzes ist das die Voraussetzung für diesen Dienst. Das Amnestiegesetz sieht 47 Mrd. DM zur Erneuerung der militärischen Ausrüstung zusätzlich vor. Seitdem die Amnestie in Kraft ist, wurden 6 neue Divisionen der Armee aufgestellt, die in Gebieten wie Magdalena Medio, Caquetá, Cauca und Cundinamarca stationiert wurden. Für den Wehrdienst der Bauern gibt es eine neue Regelung. Danach werden die Bauern zum Militärdienst nicht mehr in andere Regionen versetzt, sondern sie absolvieren am Wochenende und in ihrer Freizeit ein bestimmtes Trainingsprogramm. Sie gelten als normale Soldaten, die auch ideologisch unterrichtet werden.

#### Die heimlichen Feinde des Friedensdialogs

In der Zeit nach dem Amnestiegesetz ist der Verhandlungsprozeß, der zu weiteren Schritten in Richtung Frieden führen soll, vielfach ins Stocken geraten, bzw. von interessierter Seite gezielt boykottiert und attackiert wor-

den. Dies führte im Mai 1983 zum Rücktritt des Präsidenten der Friedenskommission, Otto Morales Benitez, der dabei von "Feinden des Friedens und der Rehabilitierung, die sich innerhalb und außerhalb der Regierung versteckten" sprach. Dies war nun sehr ungenau, und jeder suchte die Feinde woanders. Es war aber sicher auch gegen die Militärs gerichtet, die sich immer wieder in Gestalt des Verteidigungsministers Landazabal und anderer Generäle den Dialogabsichten der Friedenskommission in den Weg stellten; sie betrachteten die Amnestie als gescheitert, da sie nicht dazu führte, daß die Guerilleros die Waffen niederlegten, wo ihnen doch die Regierung so großzügig vorziehen hatte. Zuletzt exponierte sich Verteidigungsminister Landazabal in einem Fernsehinterview im Januar 1984, als er sagte, daß es keinen Waffenstillstand mit der Guerilla geben werde, genausowenig wie einen weiteren Schuldenerlaß für Vergehen nach dem Inkrafttreten des Amnestiegesetzes: beides Punkte, auf die die Friedenskommission bei ihren Verhandlungen mit der Guerilla gesetzt hat. Außerdem sollte die Bevölkerung wieder mehr auf ihre Generäle hören. Durch diese forschen Worte ermuntert, meldete sich ein anderer General, Oscar Botero, zu Wort und bezeichnete die Amnestie als "komplett negativ". Am 10. Januar schließlich fand zwischen führenden Militärs, dem Präsidenten und einigen Ministern ein Gespräch statt, bei dem u.a. die Militärs den Eindruck erwecken wollten, daß die gegenwärtig arg gestörte öffentliche Ordnung in Kolumbien auf die Amnestie zurückzuführen sei. 8 Tage später hielt Belisario Betancur vor dem Kongreß eine Rede, die als Antwort auf das Vorpreschen Landazabals zu werten ist und in der er den Militärs gegenüber zum Ausdruck brachte, "daß sie weder Berater sind noch an der Politik teilnehmen ...". Der Verteidigungsminister trat nach der Rede von seinem Amt zurück und reichte auch seinen Abschied von der Armee ein.

Auch der neue Verteidigungsminister, General Gustavo Matamoros, weckt wenig Hoffnung auf eine differenziertere Haltung bezüglich der Friedensbemühungen. Matamoros ist zwar in der Vergangenheit seltener als sein Vorgänger an die Öffentlichkeit getreten, dann aber immer mit dem Holzhammer. So z.B. als er den MAS als ein Gehirnspenst der Bevölkerung bezeichnete und sich gegen eine Anklage der in MAS-Aktivitäten verwickelten Militärs stellte. Andere Stellungnahmen bezogen sich auf die "Unmöglichkeit diplomatischer Beziehungen mit Cuba", oder auf die Guerilla, die vom Ausland unterstützt und versorgt werde. Über die Vermutung hinaus, daß er vielleicht weniger häufig den Mund aufma-



"Als oberster Befehlshaber des Militärs befehle ich diesem ..."

chen wird als Landazabal, ist von ihm nichts Konstruktives im Hinblick auf ernsthafte Friedensbemühungen zu erwarten. Ob es zu einem Waffenstillstand während der Kommunalwahlen am 11. März 1984 und zu einem neuerlichen "Schulderlaß" für die Taten nach dem Inkrafttreten des Amnestiegesetzes kommen wird, wie das Vertreter der Friedenskommission erhoffen, ist fraglich. Belisario Betancur selbst hat vor kurzem in einem Brief an die Tageszeitung "El Tiempo" dementiert, daß er je von einem Schulderlaß gesprochen hätte. Matamoros hat sich dazu sehr deutlich geäußert: Vergessen der Straftaten vor November 1982 und Verbrechensbekämpfung für alles, was danach und in Zukunft passiert.

Die Forderungen der Guerillagruppen FARC und M-19, die an einem Dialog mit der Regierung interessiert sind, bestehen nach wie vor in einem Waffenstillstand und einer "Demilitarisierung" der Konfliktzonen, was von der Guerilla nicht als eine Rückzugsaufforderung an das Militär, sondern als eine Rückkehr zur Zivilverwaltung in diesen Zonen verstanden werden will. FARC und M-19 haben zuletzt einheitliche Verhandlungspositionen dargelegt: "Wir haben uns hier versammelt, um unsere brüderlichen Bande zu straffen und unsere Kriterien für den Frieden zu vereinheitlichen. Wir haben politische und militärische Gemeinsamkeiten gefunden, und wir haben insbesondere unsere Einheit, deren erste Samen bereits im April dieses Jahres gesät worden waren, verstärkt ..." So heißt es in einer Presseerklärung, die beide Gruppen nach einem Treffen im Dezember 1983 abgaben. Während M-19 durch ihre unklare Haltung gegenüber der Amnestie an "Popularität" in der Bevölkerung verloren hat, und durch den Tod ihres Führers Jaime Bateman schwer getroffen wurde, haben die FARC die Zahl ihrer Kämpfer um etwa 50% erhöht und ihre Fronten von 15 auf 28 ausgebaut. Auch die ELN hat sich verstärkt und ist massiver durch spektakuläre Aktionen - wie zuletzt durch die Entführung von Betancurs Bruder an die Öffentlichkeit getreten. Gueril-



Ivan Maria Ospina (M-19), Tirofijo (FARC), Alvaro Fayd (M-19), Jacobo Arcuas (FARC)

lagruppen wie die ELN, die EPL und die ADO hatten als Organisationen das Amnestiegesetz abgelehnt, was aber nicht heißt, daß sich nicht individuell Kämpfer aus ihren Reihen der Amnestie angeschlossen haben. Außerdem bestehen von Seiten der Friedenskommission Kontakte sowohl mit Teilen der ELN als auch der EPL. Alvaro Fayd, zweiter Mann der M-19, hat einmal in einem Interview über Betancur gesagt: "Betancur ist ein Mann mit guten Absichten, er ist nicht einer dieser doktrinären Konservativen, er ist ein Mann der zumindest die Absicht hat, in Kolumbien etwas zu verändern. Sein bescheidenes Wesen verleiht ihm außerdem einen populistischen Stil, einen mehr demokratischen Stil. Aus allen diesen Gründen hat Belisario im Volk noch immer eine Unterstützung, die beeindruckend ist. In Wirtschaft, Gesellschaft und Politik genügen aber nicht die guten Absichten, es gilt zu definieren, für wen man sich entscheidet." Welche Entscheidungen sind gefallen? Was sind die Bedingungen des gegenwärtigen kolumbianischen Systems.

#### Zuwenige, schlechte und teure Wohnungen

Nach einem ambitionierten Plan und mit viel Versprechungen war die Regierung Belisario Betancur an die Wohnungsfrage herangegangen. In vier Jahren sollen bis 1986 457 000 Wohnungen gebaut werden. Weitere 60 000 sollen in dieser Zeit in Selbstbauweise erstellt werden. Dies würde auf einen Bau von jährlich durchschnittlich 130 000 Wohnungen hinauslaufen. Wissenschaftler sprechen von einem jährlichen Bedarf von ca. 40 000 Wohnungen. Nach Belisarios Plänen sollte der Wohnungsbau zum Zentrum der Wiederbelebung der Wirtschaft mit Auswirkungen auf andere Sektoren werden - bei gleichzeitiger Schaffung von Arbeitsplätzen. Da es nicht für alle Wohnungen gibt, wurden nun die ersten Anrechte auf die Häuser verlost. Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen die Bewerber schon vorher bestimmte Kriterien erfüllen, u.a. müssen sie ein festes Einkommen nachweisen. Mit dem Anrecht auf ein Haus erlosen dessen zukünftige Besitzer nämlich auch eine monatliche Finanzierungsbelastung zwischen 7 200 und 9 000 Pesos. In Anbetracht der Einkommen, die für 65% der kolumbianischen Familien bei 19 700 Pesos oder darunter liegen, ist diese Belastung ganz erheblich. Der monatliche Mindestlohn betrug z.B. im letzten Jahr 9 260 Pesos.

Dazu kommt, daß die Häuser von schlechter Qualität sind, zu kleine Räume, zu dünne Wände etc. haben. Natürlich stellen sie für Familien, die vorher in Bretterverschlägen oder in Wellblechhütten gehaust haben, eine beträchtliche Verbesserung dar.

#### Krisenbewältigung durch Reallohnsenkung, Zeitverträge und ein Programm zum Aufbau von Kleinbetrieben

Zum 2.1.1984 wurde der Mindestlohn für den städtischen Bereich um 22% auf 11 298 Pesos (ca. 350 DM) angehoben. Der Mindestlohn für den ländlichen Bereich wurde auf 10 866 Pesos festgesetzt und soll durch Erhöhungen im April und Juli dem für die Stadt geltenden angeglichen werden. Für das Jahr 1983 war den gewerkschaften für Tarifabschlüsse von Regierungsseite ein Spielraum bis zu 25% Lohnerhöhung eingeräumt worden. Die Inflationsrate lag dagegen bei etwa 30%, so daß die Arbeiter also auf jeden Fall einen Reallohnverlust hinnehmen mußten.

Die Politik der Betriebe war von Massenentlassungen gekennzeichnet. Dies ist in Kolumbien aufgrund der Arbeitsgesetze sehr einfach und von einem Tag auf den anderen möglich, wenn der entsprechende Beschäftigte nicht länger als 10 Jahre dem Betrieb angehörte. Vielfach werden Arbeitsverträge in Zeitverträge umgewandelt. Die Unternehmens- und Regierungspolitik ist klar gegen die Gewerkschaften gerichtet. Streiks, die sich aufgrund von Tarifkonflikten entwickelten, wurden als illegal erklärt und das Betriebsgelände von Militär besetzt. So geschehen im Fall von Ecopetrol (Ölförderung) in Barrancabermeja, beim Streik der Hafentarbeiter in Buenaventura (3 Tote) und an der kolumbianischen Atlantikküste oder im Fall von Fabricato, einer der größten Textilfabriken in Medellín. Dem Unternehmen Fabricato gab der Arbeitsminister Guillermo G. Mosquera am 7. Oktober 1983 per Dekret alle

## HINDERNISSE FÜR DIE ERREICHUNG DER SOZIALEN UND ÖKONOMISCHEN ZIELE

(aus dem Bericht der 3. Kommission des 3. Menschenrechtsforums, die sich mit dem Thema "Soziale und ökonomische Ziele für einen demokratischen Frieden" beschäftigte)

Die Kommission bekräftigt den Standpunkt des vorausgegangenen Forums, daß ein demokratischer Friede nur möglich ist unter der Bedingung, daß sich ökonomische und soziale Veränderungen ergeben.

Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung analysierend, kommt die Kommission zu dem Schluß, daß diese für die Erlangung des Friedens und einer demokratischen Öffnung im Land eines der größten Hindernisse darstellt.

Diese Politik ist gekennzeichnet durch eine breite Unterstützung aller Kapitalgruppen, durch Dekrete zum wirtschaftlichen Notstand, die ohne Wirkung blieben, da das Oberste Gericht sie in einem Urteil als undurchführbar ablehnte, durch eine unnachgiebige und antidemokratische Haltung gegenüber den Interessen der Arbeiter. Es ist eine Politik des Einfrierens der Löhne. Es gab Entlassungen von Arbeitern im Staatsdienst; die Politik der Wirtschaftssektoren, die Unternehmensschließungen und Massenentlassungen zur Folge hat, wird befürwortet bzw. toleriert.

Während die Mittel für Sozialausgaben des Staates, für Gesundheit, Erziehung, Erholung, Sport und Kultur gekürzt oder eingefroren werden, wird das Budget von Militär und Polizei nachträglich um über 12 Mrd. Pesos (rd. 400 Mio DM) erhöht.

Es zeigt sich ein neues Phänomen in der kolumbianischen Wirtschaft: die Tendenz zur Militarisierung. Die Militärs haben vom Etat für "territorios nacionales" 40 Mrd. Pesos erhalten, um in verschiedenen Regionen Bauten durchzuführen, was eigentlich nicht in ihre Zuständigkeit gehört.

Bezogen auf die Einkommensverteilung bleiben die seit vielen Jahren bestehenden extremen Ungleichheiten erhalten. (...)

Ebenso stellt das Forum fest, daß die gegenwärtige Regierung die alte antipatriotische und gegen die nationale Souveränität gerichtete Politik fortführt. Trotz vieler Verurteilungen durch verschiedene soziale und politische Sektoren wird die Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen im Fall der Minenprojekte Cerrejón und Cerromatoso auf der Grundlage von mit früheren Regierungen abgeschlossenen Verträgen von transnationalen Gesellschaften gierig betrieben.

Die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung hat keinen einzigen monetaristischen Mechanismus abgebaut. Durch eine Anti-Inflationsstrategie, die zur Wiederbelebung der Wirtschaft führen soll, werden die Interessen des Finanzkapitals nicht berührt.

Es wird eine Angebotspolitik unterstützt, ohne dabei gleichzeitig die Nachfrage über eine Anhebung der Konsumkapazität der Massen zu stimulieren.

Diese ganze Austeritätspolitik schlägt sich im Abbau der Sozialleistungen des Staates nieder. Die Sozialausgaben werden gestrichen oder gekürzt, wie z.B. im Fall des Etats für Gesundheit und Erziehung.

Möglichkeiten, gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorzugehen. Die Gewerkschaften forderten, daß die vertraglich ausgehandelten Lohnsteigerungen auch eingehalten würden. Dies wurde zum Delikt. Das Unternehmen bot im Nachhinein statt der ausgehandelten 24,4% nur 18% Lohnerhöhung. Hunderte von Arbeitern und Führer der nicht betriebsloyalen Gewerkschaften wurden entlassen. Um den Arbeitern ihre Entscheidung, entweder unter den vom Unternehmen diktierten Bedingungen zu arbeiten oder schleunigst das Betriebsgelände zu verlassen, zu erleichtern, wurden hinter ihnen am Arbeitsplatz Soldaten mit gezückten Waffen aufgestellt. Der Präsident von Fabricato erklärte laut der Tageszeitung "El Mundo": "Man muß den Konflikt mit Samthandschuhen aber gleichzeitig mit Entschiedenheit anfassen. Wenn ich erkenne, daß mehr Leute entlassen werden müssen, dann tue ich das. Ich will nicht zum Äußersten greifen, aber wenn wir dies mit viel Härte behandeln, dann ist das der Versuch, Fabricato von einer Reihe von Leuten zu säubern, die uns nicht passen. Die Resolution des Ministeriums ist sehr weit gefaßt, und wir können mit ihr machen, was uns paßt."

Die Krise wird auf dem Buckel der Arbeiter ausgetragen..

Eine andere Maßnahme der Regierung zur Krisenbewältigung stellt ein Programm zum Aufbau von Kleinbetrieben dar. Dieses Programm ist schon eher weitblickend auf eine Strukturveränderung, auf eine Umbettung des Kapitalismus gerichtet. Aus den großen Produktionseinheiten sollen verschiedene Funktionen ausgegliedert werden, um sie dann von Kleinunternehmen, die auf Familienbasis organisiert sind, bewältigen zu lassen. Damit werden verschiedene Übel auf einmal angegangen: Lohnkosten und Sozialabgaben verschwinden, eine gewerkschaftliche Organisation wird überflüssig.

Ein anderes Problem für die Gewerkschaften sind die paramilitärischen Gruppen. Es gibt kaum eine nicht der Betriebsleitung ergebene Gewerkschaft, deren Führungsmitglieder keine Morddrohungen - vor allem von MAS - erhalten haben. In vielen Fällen wurde mit den Drohungen ernst gemacht und engagierte Gewerkschafter ermordet.

### Demagogie

Reformen, die mit großem populistischem Gehabe von Belisario Betancur angekündigt waren, wurden nur halbherzig durchgeführt und erzeugen dadurch eine der Absicht entgegengesetzte Wirkung. Eine Steuerreform, die die ärmeren Einkommensschichten entlasten sollte, um die mittleren und hohen Einkommen zur Kasse zu bitten, konnte nicht verhindern, daß sich die Relation zwischen indirekten (über Lebensmittel etc.) und direkten Steuern (Einkommenssteuer) immer mehr in Richtung auf die die unteren Einkommensgruppen stärker betreffenden indirekten Steuern verschob.

In die Reform des Finanzwesens waren viele Hoffnungen gesetzt worden. Im Wirtschaftssystem sollten neue Richtlinien gesetzt werden, die großen Finanzkapitale sollten entflochten und die nationale Industrie unterstützt werden. Die Wirtschaft sollte damit "grundlegend demokratisiert" werden. Es kam in diesem Zusammenhang auch zu Nationalisierungen; dabei wurden jedoch keine Banken und Finanzgruppen angetastet, sondern deren Verluste nationalisiert, als sie sich in einer ausgewogenen Finanzsituation befanden.

### Rentable Auslandsinvestitionen - Der Ausverkauf der Rohstoffe

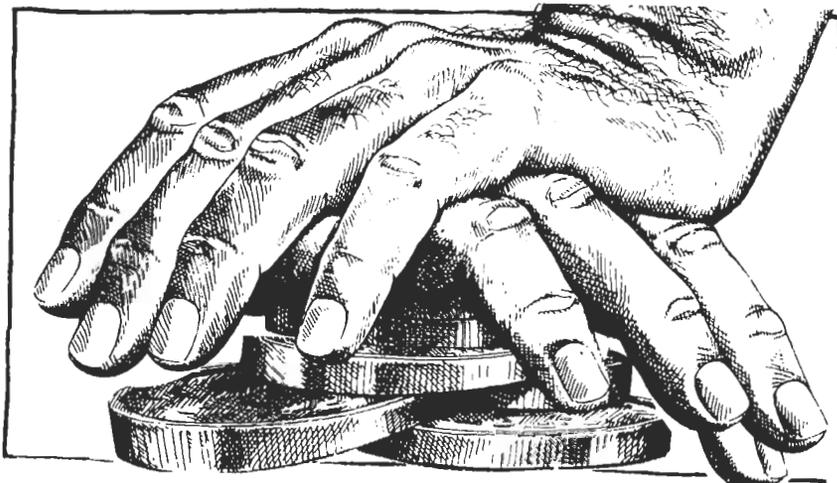
Dem Eindringen des Auslandskapitals hat die Regierung Belisario Betancurs keine Schranken gesetzt, sondern sie sogar im Dezember weiter verringert. Jorge Child beschreibt diesen Prozeß in der Tageszeitung "El Espectador": "Das schwerwiegendste Problem der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist, daß die Regierung versucht, mit Auslandskapital zu stopfen, das von den im wirtschaftlichen Zusammenbruch befindlichen Reichen und der Mafia gerissen wurde. Deshalb wurde die Kolumbianisierung der Banken und der Industrie nicht durchgeführt. ... Die letzten Verfügungen der Regierung sind darauf gerichtet, die Präsenz des (ausländischen, A.d.Ü.) Kapitals in den Banken,

der Industrie und im kolumbianischen System insgesamt zu stimulieren; und dies bekommt dem Land nicht."

Laut "Business International" (Okt. 1983) ist Kolumbien das rentabelste Land der Welt geworden. Während die jährliche Durchschnittrendite der Auslandsinvestitionen weltweit bei 10% liegt, werden in Kolumbien im Durchschnitt 13,8% erzielt. Das Land weist nach Nigeria derzeit die höchste Steigerungsrate im Volumen der Auslandsinvestitionen auf. Während diese in Lateinamerika 1982 insgesamt um 15% zurückgingen, stiegen sie im selben Jahr in Kolumbien um 41,4%. Die Auslandsinvestitionen beliefen sich 1982 auf 485 Mio. US-\$ und erhöhten die bisher insgesamt geleisteten Auslandsinvestitionen auf 1 655 Mio US-\$.

Die Auslandsinvestitionen tragen weder zur Arbeitsplatzbeschaffung noch zum Ausgleich der Zahlungsbilanz bei. Schwerpunktmäßig konzentrieren sie sich auf den Rohstoffabbau. Projekte wie "Cerrejón", wo im Tagebau an der Atlantikküste hochwertige Kohlevorkommen von Exxon ausgebeutet werden, oder wie Montelibano/Córdoba, wo Cerromatoso Nickelvorkommen ausgebeutet, stehen im Vordergrund.

Die Zahlungsbilanz Kolumbiens ist chronisch defizitär. Gold- und Devisenbestände verringerten sich innerhalb der ersten 11 Monate des Jahres 1983 um 1,7 Mrd. US-\$ und betragen Ende November ca. 3 Mrd. \$. Die gesamte Auslandsverschuldung beläuft sich derzeit auf ca. 11 Mrd. \$.



Die Tarife für die öffentlichen Dienstleistungen schnellten im September 1983 förmlich nach oben. Bei den Telefongebühren gab es Erhöhungen bis zu 700% in Einzelfällen und im Durchschnitt von 155%. Ebenso astronomische Höhen erreichten die Tarife für Wasser (bis zu 500%) und für Strom (47% jährliche Erhöhung, darüberhinaus jedoch extreme Mehrbelastungen durch die Umstellung des Berechnungssystemes).

Zum Januar 1984 kam dann die alljährliche Erhöhung der Buspreise des städtischen Transports. Während diese zwischen 18 und 22% ausfiel, wurde gleichzeitig ein geschickter Schachzug vollbracht. Alle Busse, die nach 1978 zugelassen wurden, werden ab Januar 1984 vom Staat nicht mehr subventioniert. Der Fahrpreis für diese Busse wurde deshalb von 4,5 Pesos auf 13 Pesos (188%) angehoben.

Aus Washington war zu vernehmen, daß die Weltbank diese Preiserhöhungen als unerlässlich erachtet, wenn die kolumbianische Regierung gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen ihr Prestige wahren will.

Um bei seinen Untertanen zuhause nicht das Prestige zu verlieren, mußte Betancur seine so bescheidene und einfache Ausdrucksweise arg strapazieren, um die mehrhundertprozentigen Erhöhungen als "suavemente ondulante" (schwach wellenförmig) verkaufen zu können.

Die andere Seite der Medaille ist, daß in Bogotá im Moment etwa 52% der Bevölkerung mit Cosinol, einem Ölderivat mit geringer Oktanzahl und anderer Farbe als Benzin, kocht. Cosinol wird vom Staat subventioniert und ist nur an wenigen Ausgabestellen zu erhalten. Kinder, alte Leute, Frauen stehen stundenlang vor der Ausgabe Schlange. Als es in den letzten Monaten zu einer Rationierung des Brennstoffes kam, gab es in Bogotá eine große Demonstration "pro Cosinol". Dabei ist die Verwendung dieses Mittels zum Kochen mit großen Gefahren verbunden und hat immer wieder zu Bränden, zu Verletzungen und zum Tod vor allem von Kindern geführt, da sie es sind, die in den armen Stadtteilen den Haushalt führen, wenn sich andere Familienmitglieder auf Arbeitssuche oder zur Arbeit außer Haus befinden. Andere Energieversorgungsmöglichkeiten existieren entweder nicht oder sind keine Alternative, da sie zu teuer sind.



Transport ohne Lösung  
TSS = transporte sin subsidio  
(nicht subventionierter Transport)

Von der Fortsetzung der Agrarreform wird nicht mal gesprochen

Der Agrarsektor in Kolumbien befindet sich wie die übrigen Wirtschaftssektoren in arger Bedrängnis. Die Produktion sinkt. Während die Wachstumsrate zwischen 1975 und 1980 bei 4,2% lag, fiel sie 1981 auf 3,2% und 1982 auf 0,8% ab. Für 1983 dürfte sie eher noch darunter liegen. Ebenso fielen die Zuwachsraten der Agroexporte von durchschnittlich 13,3% zwischen 1975 und 1980 auf 4,7% 1982 ohne sich 1983 zu erholen. Die Politik der Regierung Betancur, die sich in einem Programm für den Agrarsektor niedergeschlagen hat, ist auf die Wiederbelebung dieses Sektors gerichtet. Sie soll durch eine Steigerung der Produktivität (durch Forschung, Technologietransfer etc.) und über eine Ausdehnung der nutzbaren Flächen erreicht werden. Von einer Fortsetzung der Agrarreform ist in dem Programm nicht mal die Rede. Die mit Steuermaßnahmen und Krediten Gehätschelten sind die Agroindustrie und die großen Viehzüchter.

Vorgesehen ist eine Steigerung der Agrarproduktion um jährlich 4%. Kollektive Betriebsformen, die aus der früheren Agrarreform übriggeblieben sind, werden vom INCORA (Agrarreforminstitut) nicht gefördert, sondern man versucht, sie in einzelne Kleinparzellen aufzulösen. Das Problem der Vermarktung bleibt weiterhin für die armen Bauern ungelöst. Die IDEMA als staatlicher Aufkäufer bezahlt die Produktion nur nach Ablauf von 45 bzw. 60 Tagen, so daß die Kleinbauern weiterhin auf den örtlichen Zwischenhandel angewiesen sind.

## Wie in den schlimmsten Tagen der Violencia

Die Situation in vielen ländlichen Regionen zeichnet sich durch zunehmende Repression gegen die armen Campesinos und deren Organisationen aus. Zivil-militärische Kampagnen werden gegen die Bevölkerung durchgeführt. Es finden Bombardierungen - z.B. im Magdalena Medio - statt. Paramilitärische Gruppen, die in der Regel aus Militärs, Polizisten und Familienangehörigen der großgrundbesitzer der Zonen bzw. aus von ihnen bezahlten Söldnern zusammengesetzt sind, treten in allen Zonen des Landes auf, wo sich die sozialen und wirtschaftlichen Konflikte zugespritzt haben. Massenhafte grausame Verfolgungen und Ermordungen werden in zunehmendem Maße mit Unterstützung des Heeres durchgeführt.

Aussagen Betroffener aus dem Magdalena Medio:

"Von einem Moment auf den anderen tauchten die Hubschrauber auf und warfen Bomben in die Berge und auf die Hütten. Während die Hubschrauber bombardierten, rückten die Bodentruppen im Gelände heran. Die Überlebenden des Bombardements, die vom Heer auf der Flucht gestellt wurden, wurden umgebracht ... Auf ein zweijähriges Kind warfen sie eine Bombe, daß es in der Mitte gespalten wurde ... Meinen Mann nahmen sie um 10 Uhr von zuhause mit, und am nächsten Tag brach ich gegen 11 Uhr auf, als ich sah, daß alle schon im Aufbruch waren. Da ich 6 Kinder habe, mußte ich auch gehen. Er war bis dahin nicht aufgetaucht. Wir wissen nicht ... besser gesagt, am wahrscheinlichsten ist, daß er tot ist. Denn nachdem er vom Heer abgeführt wurde, wird er dann nach Hause zurückkehren? Was soll man denn sonst erwarten?! ... Bevor das Heer die Hütten bombardierte, kamen sie und nahmen die Bauern mit, um sie zu ermorden. Dann bombardierten die Hubschrauber die Häuser, und die Bodentruppen ließen sie in Flammen aufgehen. Sie ermordeten die anderen Bauern und öffneten ihnen den Bauch und zogen die Eingeweide heraus und warfen sie mit Steinen beschwert in den Fluß Carare."

Wenn aufgrund der beschriebenen Situation Tausende von Bauern in die Provinzstädte fliehen (zuletzt im Januar 4 000 nach Remedios, Antioquia) um dort Schutz vor den Übergriffen der Militärs und der paramilitärischen Gruppen zu suchen, so werden diese Campesinos in Teilen der Presse als Guerilleros, oder als eine von der Guerilla initiierte Bewegung denunziert. Gewalt und Repression nehmen in vielen ländlichen Regionen, vor allem aber im Magdalena Medio immer grausamere Formen an. Die Regierung hat bisher die Maßnahmen die für eine Entspannung in den "Konfliktzonen" sorgen sollten, nur in ganz unzulänglichem Umfang realisiert. Es ist auch unwahrscheinlich, daß sich ein Konflikt, der hauptsächlich in der Auseinandersetzung um Land, zwischen Viehzüchtern und Agroindustriellen auf der einen und in ihrer Existenz bedrohten Kleinbauern auf der anderen Seite abspielt, durch geringfügige infrastrukturelle Maßnahmen entschärft werden kann.

Das Jahr 1983 war in Kolumbien durch viel Demagogie von Seiten der Regierung und von wenigen positiven Taten gekennzeichnet. In überwiegenden



Teilen ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik Betancurs als solche ein Verbrechen gegen den Frieden. Manchmal widersprüchlich erscheinend, war diese Politik klar, indem sie weder die Interessen des Finanzkapitals noch die der Landoligarchie beschnitten hat. Statt die Agrarreform voranzutreiben, wurde den Viehzüchtern verstärkt durch Kredite und Steuererleichterungen unter die Arme gegriffen und das Militär mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet.

Auf internationaler Ebene hat sich das Image Kolumbiens seit dem Amtsantritt Belisario Betancurs wesentlich verbessert. Verantwortlich dafür ist die von seiner Regierung betriebene Außenpolitik, gekennzeichnet durch den Eintritt in die Blockfreien-Bewegung und durch das Engagement in der Contadora-Gruppe. Bezüglich des mittelamerikanischen Konflikts befinden sich die kolumbianischen Politiker jedoch in einem Dilemma. Zwar hat Betancur die Auseinandersetzung als Nord-Süd-Konflikt anerkannt, ohne jedoch diejenigen Kräfte zu unterstützen, die in Mittelamerika den Konflikt im Sinne einer gesellschaftlichen Umstrukturierung lösen wollen. Denn dies würde auch eine indirekte Anerkennung derjenigen Kräfte in Kolumbien selbst bedeuten, die eine Lösung dieses Konflikts auch innerhalb des Landes anstreben, also etwa die Beteiligung der Guerilla an Gesprächen über soziale Reformen etc.

Die Militärs subsumieren im Gegensatz zu Betancur die Befreiungsbewegungen Mittelamerikas unter den Ost-West-Konflikt. Entsprechend wird eine Politik des Ausbaus des repressiven Apparats sowie eine generelle Aufrüstung vorangetrieben. In diesem Zusammenhang fand Ende letzten Jahres ein Besuch des damaligen kolumbianischen Verteidigungsministers Landazabal in der BRD statt, bei dem er die erste von vier in Kiel für die kolumbianische Marine gebauten Korvetten in Empfang nahm.

Neben den Friedensbemühungen in der Contadora-Gruppe ist die kolumbianische Politik gegenüber den mittelamerikanischen Staaten von Aktivitäten gekennzeichnet, die Nicaragua nur schwerlich als Friedensgesten verstehen kann, so etwa den Ausbau des Militärstützpunktes auf San Andrés, sowie den Bau von Militärbasen in der Guajira, in Leticia und Buenaventura.

Das gleichzeitige Angebot Betancurs, im Fall von Grenada zwischen Cuba und den USA zu vermitteln und das Auseinanderknüpfeln einer Demonstration in Bogotá gegen die Invasion in Grenada sind wohl als die beiden Seiten derselben Münze zu betrachten: Nur die Aufrechterhaltung des status quo in Mittelamerika und der Karibik bei einer vorsichtigen Modernisierung der kolumbianischen Wirtschaft und gleichzeitiger Unterdrückung demokratischer Kräfte in Kolumbien selbst, die auf die Lösung des Nord-Süd-Konflikts drängen, ermöglichen das Überleben des herrschenden Systems.

Während sich das Image Kolumbiens im Ausland verbessert hat, stehen die Dinge im Innern des Landes schlecht. Die politischen Morde - verübt durch paramilitärische Gruppen, das Militär und die Polizei - nehmen zu, genauso wie der ökonomische Druck auf die armen Bevölkerungsschichten. Der Druck hat jedoch auch Reaktionen auf Seiten der Volksbewegungen hervorgebracht. Wie schon im letzten Jahr in anderen Regionen fanden im Februar 1984 regionale Streiks unter großer Beteiligung der Bevölkerung in Pasto und dem zugehörigen Bezirk Narino, sowie in weiten Teilen Antioquias und dessen Hauptstadt Medellín statt. Die Proteste richteten sich hauptsächlich gegen die hohen Tarife für die öffentlichen Dienste. In Antioquia gingen in drei Protesttagen 10 Busse in Flammen auf, es wurden Straßensperren auf der Autobahn Medellín - Bogotá errichtet, und es fanden verschiedene Aktionen gegen öffentliche Einrichtungen und Installationen der Energiegesellschaften statt. Im Laufe der Protesttage gab es in Antioquia 8 Tote. In Pasto wurde aufgrund der Unruhen eine vorübergehende Ausgangssperre verhängt.

Am 9.2.1984 fand in Bogotá eine Demonstration statt, zu der die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors aufgerufen hatten. Sie richteten sich unter

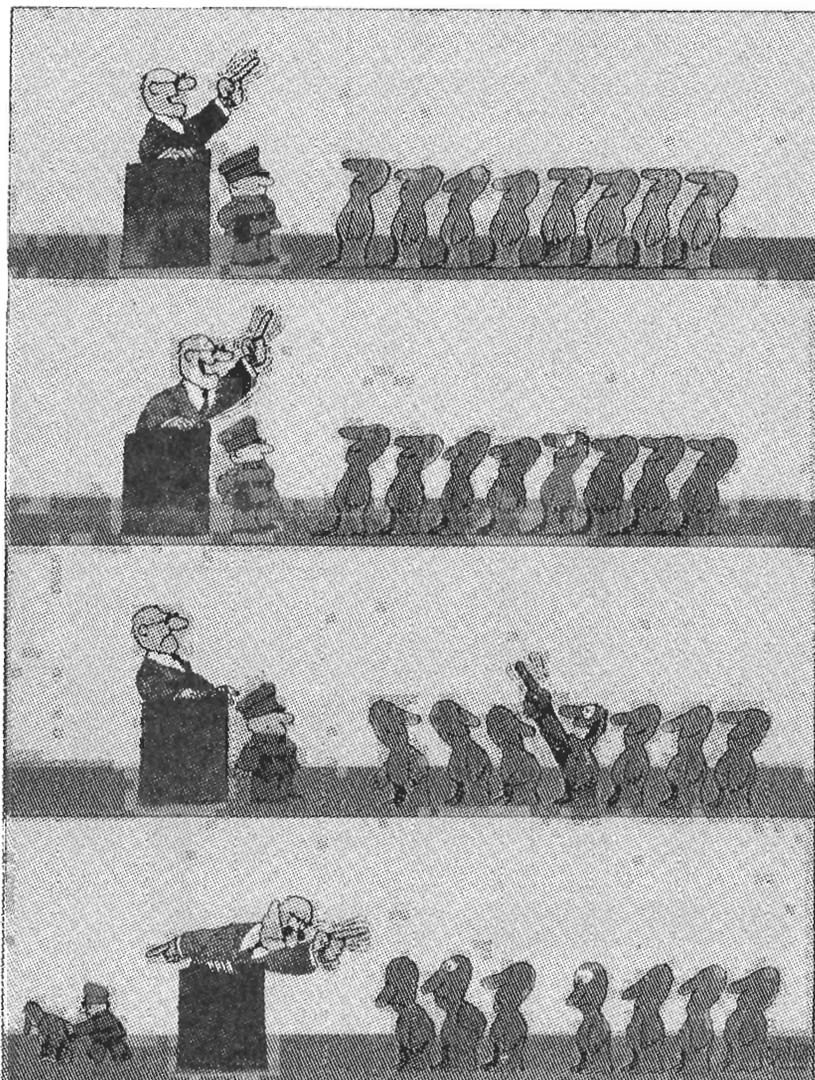
anderem - wie auch die späteren Streiks in Narino und Antioquia - gegen die Tariferhöhungen für die öffentlichen Dienste.

Die Parolen dieser Demonstration waren:

Belisario mentiroso - el pueblo está furioso  
(Belisario lügt - das Volk ist wütend)

und

Belisario escucha, el pueblo está en lucha  
(Belisario aufgepaßt: das Volk kämpft)



## ARGENTINIEN

### Wölfe richten über Wölfe

Der folgende Text ist eine Kritik des argentinischen Dichters Juan Gelman an der Art, wie die Regierung Alfonsin die jüngste Vergangenheit Argentiniens bewältigt. Gelman war früher Mitglied der Montoneros, hat sich aber vor einigen Jahren wegen seiner Kritik an der hierarchischen Struktur und der militaristischen Linie von der Organisation getrennt. Gelmans Text wendet sich polemisch gegen dagegen, daß Militärs über Militärs zu Gericht setzen sollen und daß der Staatsterrorismus der Militärs mit den Anschlägen der Guerillabewegungen gleichgesetzt wird. Der folgende Text ist eine der sehr wenigen Stellungnahmen argentinischer Linker zur Politik der UCR-Regierung, die uns zugänglich sind.

Für den Autor dieser Arbeit, einem argentinischen Dichter und Schriftsteller, sind die offenen Prozesse in Argentinien gegen die Verantwortlichen für die Verbrechen der Militärdiktatur nicht sehr klar; es scheint, als ob die Regierung von Raúl Alfonsin einige Sündenböcke vereinbart hätte, um eine sehr lange Rechnung von Blut und Schrecken zu begleichen, die größere Klarheit und Härte erfordert.

General Camps, Ex-Chef der Polizei von Buenos Aires unter der Militärdiktatur, prahlte öffentlich mit dem Mord an 5 000 Oppositionellen der Militärdiktatur. Er war gerade vor Gericht geladen gewesen, um über das Verschwinden eines von ihnen auszusagen, aber bewegt sich frei auf der Straße.

Der Staatsterrorismus in Argentinien hatte mindestens 30 000 Verschwundene, 10 000 Toterklärte, Tausende Gefangene, zwei Millionen Exilierte zur Folge. Aber die Regierung des Doktor Alfonsin, jüngst gewählt, hat einen Unterschied zwischen den verantwortlichen Militärs gemacht, hat sie in drei Kategorien klassifiziert: diejenigen, die die Befehle gaben, diejenigen, die sie mit maßlosem Eifer ausführten, und diejenigen, die sie einfach ausführten.

So hatte General Camps keine Probleme, sich unter diejenigen einzureihen, die sich darauf beschränkten, Befehle auszuführen. Es fällt auf, daß die radikale Regierung als Kategorie einführte, was die verurteilten Nazis in Nürnberg als Entschuldigung anführten: "Wir führten Befehle aus", sagten sie. Als ob sie Angestellte eines Geschäfts oder Büros gewesen wären, die Kisten oder Papiere nach den Kapripen eines Bürokraten bewegten, und nicht Akteure eines fürchterlichen Massenmordes. Das wurde damals nicht als Entschuldigung akzeptiert.

#### Prozeß ohne Revision

Ebenso fällt auf, daß die Regierung von Dr. Alfonsin ein Gleichheitszeichen zwischen die Militärs und die sogenannten Subversiven setzt; gegen eine Gruppe von ihnen werden keine neuen Gerichtsverfahren eingeleitet, sondern es werden Verfahren fortgesetzt, die bereits eingeleitet wurden - von der Militärdiktatur. So wird ein Vorgehen der Militärdiktatur legalisiert, ohne zumindest die Voraussetzung zu überprüfen, die die Eröffnung des Verfahrens ermöglichte; diese Verfahren beruhen auf derselben Grundlage wie das Verhalten der Militärs gegenüber den Tausenden von Toten, Verschwundenen und Gefangenen und Exilierten.

Hunderte von Subversiven - oder besser ihre Reste mit Kugeln in den Köpfen und mit abgehackten Händen - tauchen auf den geheimen Friedhöfen auf, die die Leute anzuzeigen beginnen. Wir alle haben diese Bilder im Fernsehen gesehen. Was mag eine der Madres der Plaza de Mayo gedacht haben, wenn sie ein Schienbein, einen Schädelknochen, halbbedeckt mit Erde und nicht identifizierbar sah?

Weiterhin fällt auf, daß die radikale Regierung unter die Subversiven den peronistischen Ex-Gouverneur der Provinz Córdoba, Dr. Obregón Cano, einreihet.

Dr. Obregón Cano gehörte einer politischen Gruppe von Montonero-Führern an, war aber niemals Mitglied dieser Guerillaorganisation. Er nahm niemals an einer bewaffneten Aktion teil, wurde aber verhaftet, als er nach langem Exil ins Land zurückkehrte. Ihm wird der Prozeß wegen der Zugehörigkeit zu einer verbotenen Vereinigung gemacht. Auf diesem Gebiet verfährt die radikale Regierung weniger subtil, differenziert weniger als bei den Militärs. Sie hat auch keine allgemeine Amnestie erlassen: Die Prozesse der noch in Haft befindlichen politischen Gefangenen der Diktatur - etwa 60 - sollen in Revision gehen. Es wird Begnadigungen, Revisionen und Straferlasse geben, aber das Prinzip, auf dem diese Prozesse beruhen, wird nicht in Frage gestellt.

Dabei gibt es keine größere unerlaubte Vereinigung in Argentinien als die Streitkräfte. Bei vielen Gelegenheiten (1930, 1943, 1955, 1962, 1966, 1976 - Daten der Staatsstrieche) verletzen sie die Verfassung und stürzten die zivilen Regierungen. Sie begangen aber auch zahlreiche nach dem argentinischen Strafgesetzbuch definierte Delikte: a) Mord, b) Entführung, c) physischer Schaden an Dritten, d) illegale Festnahme von Personen, e) illegaler Prozeß gegen Personen, f) illegale Verurteilung von Personen, g) Raub, h) Diebstahl, i) schwerer Raub, j) Raub mit Einbruch, k) Verletzung der Wohnung, l) Vergewaltigung, m) Schädigung des Privateigentums, n) Betrug, o) Steuerhinterziehung, p) Erpressung, q) Korruption, r) Unterschlagung von Beweisen, s) Meineid, t) bewaffneter Überfall, u) Veruntreuung nationaler Reichtümer, v) Anschläge gegen die Sicherheit und Stabilität der Nation, w) Zerstörung von Staatsbesitz, x) Verletzung der Pressefreiheit, y) Verletzung der bürgerlichen Freiheiten, z) Verletzung des Organisationsrechts.

Damit schließen die Buchstaben des Alphabets aber noch nicht die Liste der von der Militärdiktatur begangenen Verbrechen.

Diese unerlaubte Vereinigung - die Streitkräfte - verletzte auch das Völkerrecht: Sie stürzte das Land in eine kriegerisches Abenteuer (um die Malvinen), beabsichtigte einen Krieg mit einem Nachbarland (Chile), unterstützte von der UNO verurteilte rassistische Staaten (Südafrika, Israel), verständigte sich mit anderen lateinamerikanischen Diktaturen über Repression (Chile, Uruguay, Paraguay, Bolivien, Guatemala), beteiligte sich direkt und aktiv am Sturz der Regierung eines Nachbarlandes (Bolivien), ermordete geflüchtete, den Nachbarregimen lästige Politiker (den bolivianischen Ex-Präsidenten General Torres, die uruguayischen Parlamentarier Zelmar Michelini und Gutierrez Ruiz und Dutzende von chilenschen, uruguayischen, brasilianischen spanischen, französischen (die Nonnen, z.B.) und schwedischer Staatsbürger, von denen einige Asyl in Argentinien hatten; sie mischte sich in innere Konflikte anderer Staaten ein (El Salvador), versuchte Regierungen anderer Länder zu stürzen (Nicaragua), verletzte die Souveränität anderer Staaten (Entführung argentinischer Staatsbürger aus Peru, Mord an einer Argentinierin in Spanien) usw.

Wenn die radikale Regierung auf die argentinischen Streitkräfte dasselbe Kriterium anwendet, das sie für die Subversiven benutzt, nämlich die Einordnung unter der Rubrik verbotene Vereinigung, müßte sie den Militärschefs, Offizieren und Unteroffizieren mit einer viel wichtigeren Begründung und schwerwiegenderen Anklagen den Prozeß machen. Es könnte so scheinen, als

habe die radikale Regierung einige Sündenböcke ausgewählt - oder ausgehandelt - hat; um die Blurechnung zu bezahlen, die die Mütter der Plaza de Mayo auf ihren weißen Kopftüchern aufgeführt haben.

#### Hunderte von Mördern

Hunderte von Mördern werden sich in den Ruhestand zurückziehen, die, wie General Camps, nur Befehle ausführten, und die weiterhin Höchstsolde erhalten - die mit nationalem Schweiß erarbeitet wurden. Andere werden ins Ausland geschickt, bis die Zeit vergangen ist und das Vergessen kommt.

Die sanfte Reinigung der Streitkräfte wird durch Militärgerichte vollzogen, wenn auch mit Rechtsmitteln bei der Ziviljustiz; aber die radikale Regierung hat den Ausgangspunkt dafür geschaffen, daß Wölfe die Wölfe richten sollen. Ich frage mich, wieviele Schafe und Lämmer sich zeigen werden, um vor einem Gericht von Wölfen auszusagen.

Außerdem frage ich mich, warum die radikale Regierung, die ein Gleichheitszeichen zwischen die Militärdiktatur und die Subversion gesetzt hat, dann nicht gleichermaßen verfügt, daß die Subversiven von anderen Subversiven abgeurteilt werden. Selbstverständlich sind sehr viele Subversive nicht mehr in der Lage, es zu tun. Sie sind tot, verschwunden; wir sehen ihre anonymen Knochen im Fernsehen.

(Der Text von Juan Gelman erschien in der spanischen Tageszeitung EL PAIS. Wir haben ihn nach leichten sprachlichen Verbesserungen übernommen aus: Argentinische Nachrichten, Februar 1984)

Anzeige der Angehörigen von Verschwundenen und aus politischen Gründen Festgenommenen:

#### DIE STREITKRÄFTE DÜRFEN SICH NICHT SELBST RICHTEN

Es ist unakzeptabel,

daß die von den Streitkräften und Sicherheitskräften in Ausübung des Staatesterrorismus begangenen Verbrechen (Entführungen, Morde, Folter, Verschwindenlassen von Personen, Terror ...) vom Obersten Rat der Streitkräfte abgeurteilt werden).

WIR FORDERN,

daß das Parlament den Gesetzentwurf der Regierung ablehnt, der die Aburteilung und Bestrafung der Schuldigen verhindert.

familiares de desaparecidos  
detenidos por razones políticas

## Kultur: Interview mit dem Regisseur Hector Olivera

Hector Olivera ist einer der bekanntesten politischen Filmemacher Argentiniens. In der Bundesrepublik wurde vor allem sein Film "Aufstand in Patagonien" bekannt. Bei den Filmfestspielen in Berlin 1984 erhielt sein neuester Film "No habrá más penas ni olvido" (deutscher Titel: "Schmutziger Kleinkrieg") den Silbernen Bären als Spezialpreis der Jury.

"No habrá más penas ni olvido" spielt 1974 in einer argentinischen Provinzstadt. Aus nicht näher bezeichneten Gründen wollen die rechtsperonistischen Bosse den peronistischen Abgeordneten Fuentes loswerden. Als dieser sich dagegen wehrt, schlägt die Provinzposse in eine Tragödie um: Die Mord- und Folterspezialisten der Partei führen Krieg gegen den Abgeordneten und seine Helfer, die sich im Rathaus verschanzt haben. Ein Trinker und ein Pilot eines Spritzflugzeuges unterstützen vergeblich den Abgeordneten mit phantasievollen Aktionen. Fuentes wird gefangen genommen, gefoltert, ermordet. Aber auch die "Sieger" haben verloren: die Parteileitung läßt die kleinen Bosse fallen; das Militär rückt in die Provinzstadt ein.

Der Regisseur arbeitet mit den Mitteln des spannenden action-Films. Der Film beginnt als Farce, bis dem Zuschauer das Lachen im Hals stecken bleibt. "No habrá más penas ni olvido" ist eine bittere Abrechnung mit der Gewalttätigkeit, mit der innerhalb des Peronismus politische Differenzen ausgetragen werden.

Der Film ist Mitte 1983 gedreht und kam wenige Wochen vor den Wahlen in die argentinischen Kinos. In einer Pressekonferenz begründete Olivera, warum er den Film gerade zu dem Zeitpunkt gedreht hat. Ihm war es wichtig, daß diese Auseinandersetzung mit dem Peronismus vor den Wahlen anlief; dafür gab es zwei Gründe: hätten die Peronisten gewonnen, so wäre der Film wahrscheinlich verboten worden, befürchtet der Regisseur. Andererseits wollte er auch nicht als politischer Opportunist dastehen, der nach einem Wahlsieg der UCR mit den unterlegenen Peronismus abrechnet.

Ich wollte von Hector Olivera wissen, warum er nach den Jahren der Militärdiktatur und in einer Zeit, in der Wahlen bereits feststanden, ausgerechnet einen Film über die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen peronistischen Strömungen 1974 drehte.

"Sieben Jahre lang hat die Militärdiktatur verhindert, daß sich Künstler offen mit politischen Problemen auseinandersetzten. 1983 fingen dann alle Massenmedien mit dieser politischen Auseinandersetzung an. Das Kino konnte bei dieser politischen Wiedergeburt der Argentinier nicht abseits stehen. Ich war der Meinung, es sei wichtig, einen Film über die Gewalt in Argentinien - besonders 1974, noch vor der Militärdiktatur - zu machen. Wenn der Film eine Botschaft hat, dann die, daß politische Auseinandersetzungen nicht mit Gewalt ausgetragen werden dürfen. Die politischen Strömungen innerhalb des Peronismus müssen ihren Streit auf Versammlungen, in politischen Debatten austragen - nicht mit der Waffe in der Hand, wie dies 1974 geschehen ist. Und genau das hat sich jetzt wiederholt: Beim Parteikongreß der Peronisten in Buenos Aires vor den Wahlen kam es zu Schießereien. Das hat meinem Film Lebendigkeit und Aktualität verliehen: 10 Jahre nach den geschilderten Ereignissen werden politische Differenzen immer noch mit Gewaltmethoden ausgetragen. Das ist ein großes Problem des Peronismus. Die peronistische Par-

tei hat sich um das Charisma eines Führers formiert; ihre Grundlage ist nicht eine klare politische Definition."

"In Diskussionen nach der Aufführung hier in Berlin ist Dir vorgeworfen worden, Dein Film sei anti-peronistisch."

"'Anti-peronistisch' ist ein veraltetes Wort. In der Phase des ersten Peronismus (1946 - 1955) waren die Leute entweder Peronisten oder Anti-Peronisten. Ich selbst war Anti-Peronist. Aber das kann man heute nicht mehr sein. Es ist absurd zu sagen, 'ich bin anti-peronistisch', denn das heißt soviel wie: 'ich bin gegen einen Teil des Volkes'. Die peronistische Bewegung ist stark im argentinischen Volk verankert. Man kann nicht gegen das Volk sein. Man kann ein Dissident sein; ich bin ein Dissident; aber man kann nicht anti-peronistisch sein. Auch Osvaldo Soriano, auf dessen Buch der Film beruht, ist kein Anti-Peronist. Er kritisiert bestimmte Aspekte des Peronismus, aber das heißt nicht, daß er kein gutes Haar an ihm läßt."

"Wie wurde Dein Film in Argentinien aufgenommen?"

"Die Leute, die dem Peronismus kritisch gegenüberstehen, haben ihn sehr gut aufgenommen. Unter den Peronisten gab es zwei Haltungen: die einen gaben zu, daß es viel am Peronismus zu kritisieren gibt und akzeptierten meine Auseinandersetzung mit den damaligen Ereignissen; für die anderen ist es ein Verbrechen, den Peronismus zu kritisieren. Das ist eine verbreitete Haltung innerhalb der peronistischen Bewegung, die etwas mit den faschistischen Wurzeln des Peronismus zu tun hat. Perón war sehr stark vom Faschismus Mussolinis beeinflußt. In der Struktur der peronistischen Bewegung gibt es Elemente, die dem italienischen Faschismus entnommen sind, z.B. das Prinzip des Vertikalismus, d.h. daß der 'lider', der Führer der Partei, befiehlt, daß die Willensbildung vertikal von oben nach unten läuft; es gibt keine demokratische Struktur, in der die Basis entscheidet, was die Führung tun soll."

Der Film "No habrá más penas ni olvido" zeigt sehr deutlich eine Folterszene. Er wirkt brutaler als der Film "Aufstand in Patagonien", obwohl dort Massaker an streikenden Landarbeitern in den 20er Jahren gezeigt werden. Sie wirken nahezu "harmlos" im Vergleich zu einigen Sequenzen des neuen Films. Ich fragte Hector Olivera, ob diese Veränderung seiner Filmsprache etwas mit den Erfahrungen unter der Militärdiktatur zu tun hat.

"Ich würde 'Aufstand in Patagonien' inhaltlich heute wieder so drehen wie damals - mit einem Unterschied: Es würde mehr Blut zu sehen sein. In meinem Film werden Erschießungen, Tote gezeigt, aber fast kein Blut. Das habe ich deshalb so gemacht, weil Argentinien in diesem Jahrhundert bis zur Mitte der 70er Jahre eigentlich kein blutiges Land war. Aber seit 1975 wurde es zu einem der blutigsten Länder der Welt. Die Folter, die ich in "No habrá más penas ni olvido" zeige, ist nur ein schwaches Abbild dessen, was tatsächlich geschehen ist. Aber der Film beruht ja auf einem Roman von Soriano, und ich wollte mich an die Vorlage halten. Ich wollte das Buch nicht politisch mißbrauchen, indem ich im Film mehr Brutalität zeige, als im Roman enthalten ist."

Hector Olivera war während der Militärdiktatur nicht ins Exil gegangen. Aber seine Arbeitsmöglichkeiten in Argentinien waren durch die Zensur sehr eingeschränkt. Sehr bezeichnend für die politische Zensur und die Politik der Militärregierung, auch nur die geringste politische Auseinandersetzung zu verhindern, sind die Filmprojekte die Hector Olivera nicht realisieren durfte: Er wollte einen Film nach einem Buch von Osvaldo Bayer drehen, das die deutsche Kolonie in Argentinien während des zweiten Weltkriegs beschreibt. In diesem Buch wird die pro-nazistische Haltung der Kolonie und auch vieler Argentinier klar; die Militärzensoren sahen da zuviele Parallelen zu ihrem Regime und verboten das Projekt. Verboten wurden Filmvorhaben über die Exilproblematik, den Krieg mit Chile und ein Massaker an Indianern im letzten Jahrhundert. Die Vorlage zu "Los caudillos", ein Film, der die Niederschlagung der Aufstände im Landesinneren gegen die Vorherrschaft von Buenos Aires nach der Unabhängigkeitserklärung Argentiniens zum Inhalt hatte, erschien den Militärs zu gefährlich: die Parallelen zur militärischen Zerschlagung

der Guerillabewegungen Montoneros und ERP waren dem Zensor zu groß. "Aber jetzt ist endlich die Zensur aufgehoben und es gibt eine vollständige Freiheit des künstlerischen Ausdrucks und der Verbreitung von Filmen."

"Es gibt ein paar Leute, die meinen, mit der Freiheit käme jetzt auch automatisch eine kulturelle Explosion. Aber meiner Meinung nach ist das ein langsamer, fortschreitender Prozeß. Die Zensur hat die Kultur erdrückt und kaputt gemacht. Aber wer vor den Wahlen kein Talent hatte, der hat natürlich nach den Wahlen auch kein Talent. Aber die Künstler leiden jetzt nicht mehr unter der Beschränkung ihrer Ausdrucksmöglichkeit und können sich freier entfalten."

Die Wirtschaftskrise wirft natürlich sehr viele Probleme auf. Was das Kino angeht, so war eines der Wahlversprechen von Alfonsín, die argentinische Filmindustrie zu fördern, die unter der Diktatur sehr zu leiden hatte. Die Regierung hat jetzt 23 Kreditzusagen gemacht für neue Filmprojekte. Das wird sicher einen großen Aufschwung der argentinischen Filmindustrie bewirken."

Angesichts der autoritären hierarchischen Strukturen der argentinischen Parteien und Gewerkschaften und der langen Jahre der Diktatur können die Wahlen vom Dezember nur der Anfang einer Demokratisierung der argentinischen Gesellschaft, nicht aber deren einziger Inhalt sein. Ich fragte Hector Olivera, was er in diesem Prozeß der Demokratisierung als die gesellschaftliche Aufgabe der Künstler ansieht.

"Die wichtigste Aufgabe der Kulturarbeiter ist es, alle Abweichungen von demokratischen Verhaltensweisen aufzuzeigen. Vor meiner Abreise nach Berlin habe ich einen offenen Brief an den peronistischen Gouverneur von Catamarca geschrieben. Der Anlaß war folgender: Das Kino, indem mein Film gezeigt werden sollte, gehört der peronistischen Provinzregierung; sie verbietet die Aufführung, weil der Film anti-peronistisch sei. Ich schrieb dem Gouverneur, daß er Demokratie versprochen habe, und daß die Demokratie zuhause anfängt. Die Kulturarbeiter müssen alles öffentlich machen, was die Demokratie gefährdet. Wir haben die Aufgabe, eine ganze Generation von Argentinern zur Demokratie zu erziehen. Die jungen Menschen haben ja nie die Erfahrung demokratischer Strukturen und Verhaltensweisen gemacht. Da waren die vielen Militärdiktaturen und die Regierung von Isabel Perón, die auch schon Zensur ausübte und eine Vorläuferin der faschistischen Einstellung der Militärregierungen war. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, den Geist der Demokratie lebendig zu erhalten und aufzupassen, daß sich nicht wieder anti-demokratische Strömungen durchsetzen."

Zum Zeitpunkt des Interviews hatte Hector Olivera für seinen Film noch keinen Verleih für seinen Film in der Bundesrepublik gefunden. Es bleibt zu hoffen, daß der Silberne Bär dazu beiträgt, daß dieser spannende und zum Nachdenken anregende Film doch in die bundesdeutschen und Berliner Kinos kommt.



## PERU

### Kolonisation des Amazonasgebiets und indianische Dorfgemeinschaften

Seit Jahrzehnten wird das Amazonasbecken in Peru als ein praktisch unbevölkertes und leicht auszubeutendes Reservegebiet betrachtet, mit dessen Erschließung die Probleme der peruanischen Wirtschaft gelöst werden könnten. Der folgende Artikel beschreibt die Auswirkungen solcher Erschließungsprojekte auf die im Amazonasgebiet lebenden indianischen Dorfgemeinschaften.

Der Gründer der peruanischen Regierungspartei Acción Popular (AP), der 1980 zum zweitenmal wiedergewählte Präsident Fernando Belaúnde Terry, hatte schon vor seiner ersten Amtszeit im Jahre 1959 ein Buch mit dem Titel "Die Eroberung Perus durch die Peruaner" veröffentlicht, in dem er seine Vorstellungen über das unendlichen Reichtum bergende Amazonasgebiet darlegte, das zwei Drittel des peruanischen Territoriums ausmacht. Dieses Buch zeigt sehr genau die kolonialistische Denkweise der peruanischen Oberschicht, die seit der Unabhängigkeit von den spanischen Kolonialherren 1821 bis heute fortlebt. Der Mythos vom Amazonasgebiet als leicht auszubeutender, unbewohnter und fruchtbarster Teil des Landes mit großer Auffangkapazität für den "Bevölkerungsüberschuß" aus dem Andenhochland und von der Küste war und ist weit verbreitet und diente auch in der Regierungsansprache von Belaúnde im Juli 1980 wieder als Zauberformel zur Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme, einschließlich der Versorgungsengpässe für die Hauptstadt Lima - sowohl was die Versorgung mit Nahrungsmitteln angeht wie auch die Bereitstellung von Wasser und Strom mit Hilfe von Staudämmen und Kraftwerken an Amazonasflüssen.

Schon 1964 hatte Belaúnde den Bau der sogenannten "Carretera Marginal" (Urwaldrandstraße) in die Wege geleitet, die den gesamten lateinamerikanischen Kontinent durch das Amazonasgebiet führend verkehrstechnisch erschließen sollte. Auf diese Weise sollte das Flußsystem durch eine Straße ergänzt werden, die den Zugang zu isolierten Urwaldgebieten eröffnen und gleichzeitig mit angeblich niedrigsten Kosten und in kürzester Zeit die landwirtschaftliche Nutzfläche verdoppeln sollte. Belaúnde erklärte bereits 1959 triumphierend, daß jeder Kilometer Straße 1 000 ha bebaubares Land erschließen würde. So blieb es nicht allein beim Straßenbau, sondern es entstanden die ersten staatlich gelenkten Kolonisationsprojekte in Peru in den Tälern der Flüsse Apurímac, Huallaga, Perené, Satipo und Ene; Zehntausende wurden in diese Urwaldregionen umgesiedelt.

Da Belaúnde während seiner ersten Amtszeit weder den Bau der insgesamt 2 420 km des peruanischen Teils der "Carretera Marginal" noch die Kolonisationsprojekte beenden konnte, griff er 1980 - kaum wieder auf dem Präsidentenstuhl - sein Traumprojekt wieder auf. Er erklärte, die Regierung habe vor, 500 000 ha Land im zentralen Teil des Amazonasgebiets Perus zu erschließen, um damit die Lebensmittelversorgung der Stadt Lima zu gewährleisten.

Der Bau von 400 km Urwaldstraße durch die Täler der Flüsse Ene, Tambo, Pichis, Palcazú und Pachitea wurde geplant und die entsprechenden Kolonisationsprojekte bei der Weltbank, US-AID, der Interamerikanischen Entwicklungsbank BID, bei der Bundesrepublik Deutschland, beim kanadischen Entwicklungshilfeministerium etc. zwecks Finanzierungshilfen eingereicht. Mit den genehmigten Krediten von insgesamt 850 Mio US-\$ wurden sechs sog. "Spezialprojekte" für das Amazonasgebiet

begonnen, von denen einige die Kolonisationsprojekte der 60er Jahre fortsetzen und andere neu sind. Belaúndes persönliches Lieblingsprojekt in den Tälern der Flüsse Pichis und Palcazú gipfelte in dem geplanten Bau einer neuen Hauptstadt mit dem schönen Namen Constitución (Verfassung), die nach dem Vorbild der brasilianischen Hauptstadt Brasília mitten im Urwald im Zentrum des Lebensbereichs der Amuesha-Indianer entstehen sollte.

Bei der für demagogische Zwecke geschickt nutzbaren Kolonisierung des Amazonasgebiets als Allheilmittel wurden weder ökologische noch demographische Aspekte berücksichtigt. Die Existenz von Tieflandindianern in Peru - mehr als 60 ethnische Gruppen mit eigenen Sprachen und Kulturen - wurde vollkommen "übersehen". Aber auch negative Erfahrungen mit Kolonisationsprojekten aus den 60er Jahren (z.B. die massive Zunahme der illegalen Coca-Produktion, die wiederum neue Projekte zur Coca-bekämpfung zur Folge hatte, sowie ökologische Schäden durch Abholzung und Boden-erosion) blieben unberücksichtigt. Auch die Tatsache, daß in Brasilien ganze Indianervölker des Amazonasgebiets durch Straßenbau und Kolonisierung ausgerottet wurden, beeindruckte offenbar weder die peruanische Regierung noch die internationalen Kreditgeber.

Von den 6 "Spezialprojekten" werden unmittelbar folgende ethnischen Gruppen betroffen: 10 000 Aguaruna durch die Projekte Alto Mayo und Jaen-Bagua-San Ignacio; 20 000 Campa, Amuesha und Cashibo durch das Projekt Pichis - Palcazú - Oxapampa; 5 000 Amaraeri, Satiperi, Huachiperi, Else-Elja und Amahueca durch das Projekt Madre de Dios; indirekt und langfristig durch ökologische und spontane, nicht vom Staat gelenkte Besiedlung entlang neugebauter Straßen sind es jedoch noch wesentlich mehr.

Aber nicht nur für die Tieflandindianer, sondern auch für die Siedler indianischer Herkunft aus dem Hochland und aus Elendsvierteln der großen Städte an der Küste, die mit vielen Illusionen und großen Hoffnungen ins Amazonasgebiet gezogen sind, haben die Umsiedlungsprojekte dramatische Folgen. Die staatliche Unterstützung ist auf wenige Dienstleistungen begrenzt, wie den Bau einiger Straßen, Schulen und Gesundheitsposten. Es fehlt jedoch an weitergehender Infrastruktur, an Kenntnissen über Bodenbeschaffenheit und Nutzungsmöglichkeiten des Urwalds, ohne nachhaltige ökologische Schäden zu verursachen. Angepaßte Samenprodukte, ausreichende Agrarkredite sowie Kenntnisse von Überlebensstrategien im den Siedlern völlig unbekanntem Urwald werden nicht zur Verfügung gestellt. In den Projekten werden - entgegen der demagogischen Erklärung, Lima mit Nahrungsmitteln versorgen zu wollen - vor allem Produkte in Monokulturen für den Export gefördert. Die Vermarktungsmöglichkeiten sind extrem schwierig, so daß die Siedler meist bereits nach kurzer Zeit auf Subsistenzproduktion zurückgreifen, um sich zunächst einmal selbst ernähren zu können.

Wissenschaftliche Untersuchungen des Agrarministeriums in den 70er Jahren nach Abschluß der ersten Kolonisationsprojekte kamen zu dem Ergebnis, daß über 80% der im Rahmen staatlicher Projekte angesiedelten Bauern spätestens nach drei Jahren ihre Parzellen verließen, da diese durch Monokultur und Bodenerosion völlig unfruchtbar geworden waren. Viele von ihnen verhungerten, ertranken oder kehrten ärmer als zuvor dahin zurück, woher sie gekommen waren. Andere siedelten illegal auf staatlichem Land und bauten Coca an, das einzige Produkt mit garantiertem Absatzmarkt und hohen Preisen.

Das Beispiel des "Spezialprojekts" Pichis-Palcazú zeigt, auf welche "unerwarteten Schwierigkeiten" Planer und Kreditgeber stießen, weil sie auf den Amazonasmythos hereingefallen waren. Dieses Projekt sollte ursprünglich von US-AID, der Inter-amerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank finanziert werden. Ziel war, 150 000 Personen auf 500 000 ha neu für die Landwirtschaft zu erschließendes Land umzusiedeln. Zunächst wurde mit US-AID ein Abkommen über technische Zusammenarbeit in Höhe von 42 Mio US-\$ für das Projekt unterschrieben. Später wurden Verträge über Kredite in Höhe von von 86 Mio US-\$ mit der BID, über 5 Mio \$ mit der BRD, über 1,7 Mio \$ mit Kanada und über 1 Mio \$ mit der Weltbank abgeschlossen.

Um mit diesem Projekt beginnen zu können, unterbrach die Belaúnde-Regierung im Februar 1984 abrupt ein noch unter der Militärregierung im Jahre 1979 in Rahmen technischer Zusammenarbeit mit der Schweiz begonnenes Integrales Projekt im Pichis-Palcazú-Gebiet. Das Schweizer Projekt hatte den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der im Projektgebiet lebenden 15 000 Amuesha und Campa sowie der 6 - 8 000 Siedler gelegt und mit Landvermessungen und Rechtsberatung für 17 Amuesha- und Campa-Dorfgemeinschaften begonnen. Ziel war, ihnen Landbesitztitel entsprechend der peruanischen Gesetzgebung zu verschaffen. Das neue Projekt ignorierte die im Projektgebiet lebende Bevölkerung und sah keine Vergabe von Landtiteln an Dorfgemeinschaften vor.



URWALDINDIANER IN DER WOHNUNG: Leben unterm Palmdach

Die Planer wurden im Januar 1981 vom Protest der Campa- und Amuesha-Dorfgemeinschaften überrascht, die sich von der Regierung unbemerkt in den 70er Jahren zu Organisationen zusammengeschlossen hatten, um ihre Rechte zu verteidigen. Sie verlangten Garantien für die Vergabe der von ihnen geforderten Landtitel noch vor Beginn des Straßenbaus. Ihr Protest wurde bald unterstützt von Wissenschaftlern unterschiedlichster Fachrichtungen, die über genaue Kenntnisse des Projektgebiets, die dort siedelnde Bevölkerung sowie über ökologische Bedingungen und landwirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten verfügten. Schließlich protestierten auch Menschenrechtsorganisationen und Teile der katholischen und evangelischen Kirche auf nationaler und internationaler Ebene. Sie argumentierten, daß das Projektgebiet bereits besiedelt sei und über keine Aufnahmekapazität für neue Siedler verfüge; sie forderten die Vergabe von Landtiteln an die Dorfgemeinschaften vor Beginn des Straßenbaus, um die Inbesitznahme durch Siedler zu verhindern. Sie kritisierten darüberhinaus, daß Belaúnde bereits öffentlich das Projekt und den geplanten Straßenbau gerühmt hatte, bevor überhaupt Vorstudien im Projektgebiet durchgeführt worden waren. Auf diese Weise würden alle in Straßennähe liegenden Ländereien zu Spekulationsobjekten, bevor der Straßenbau überhaupt begonnen hat-

te. Auch der geplante Standort von Constitución wurde bemängelt, da er mitten im Siedlungsgebiet der Amuesha vorgesehen war. Höhepunkt der Kampagne war eine Anfrage zweier Abgeordneter des US-Kongresses in Washington bei US-AID mit kritischen Fragen bezüglich der ökologischen Folgen, Rechtslage des Landbesitzes der Dorfgemeinschaften, der hohen Kosten des Projekts und der schlechten Erfahrungen mit vergleichbaren Projekten in anderen Ländern.

Während die Belaúnde-Regierung auf die Proteste mit Beschimpfungen der angeblichen "internationalen Verschwörung gegen den Fortschritt in Peru" reagierte, die Peru mit "Gewalt im Stadium der Unterentwicklung" halten wollte, ließ US-AID eine Vorstudie anfertigen, die weitaus umfangreicher war, als ursprünglich vorgesehen, und konsultierte Wissenschaftler, die bereits in dem Gebiet gearbeitet hatten. Das Ergebnis der Studie bestätigte die Befürchtungen: Im Projektgebiet gab es kein unbesiedeltes Land mehr, das für die Kolonisation geeignet gewesen wäre. Der Standort von Constitución befand sich auf dem Landbesitz von Amuesha-Dorfgemeinschaften. US-AID setzte sich daraufhin bei der peruanischen Regierung für die Vergabe von Landtiteln an alle Dorfgemeinschaften im Projektgebiet ein und schlug vor, keine neuen Siedler ins Projektgebiet zu bringen, sondern die Infrastruktur für die dort lebende Bevölkerung zu verbessern. Die Verärgerung des Präsidenten, der sich über alle Details des Projekts informieren ließ, führte dazu, daß die peruanische Seite den Arbeitsrahmen des US-AID auf das Gebiet um den Palcazú-Fluß reduzierte und mit der BID ein neues Abkommen über das Pichis-Tal abschloß.

Immerhin führte der Druck von US-AID dazu, daß inzwischen - wenn auch nicht mehr vor Beginn des Straßenbaus - alle Amuesha-Dorfgemeinschaften Landtitel erhielten. In mehreren Fällen nahm Belaúnde höchstpersönlich gemeinsam mit den Boten der Kreditgeberländer an der Übergabe der Landtitel teil. Die Festredner betonten bei diesen Gelegenheiten, daß nie ein Präsident mehr für die Tieflandindianer getan hätte. Dabei sind in allen Fällen nur die schon zu Beginn der 70er Jahre beantragten Hektar an die Dorfgemeinschaften vergeben worden, nicht aber die entsprechend dem Bevölkerungswachstum neu beantragten Gebiete.

Im Pichis-Tal ist bisher allerdings keineswegs gewährleistet, daß auch die Campa-Dorfgemeinschaften Landtitel erhalten werden. Die BID wird sich nicht notwendigerweise den Kriterien von US-AID anschließen.

Allerdings kommt den Campa am Pichis-Fluß ein anderer Umstand zugute: die Wirtschaftskrise Perus und die praktische Lahmlegung der "Spezialprojekte" infolge chronischen Geldmangels. Die für die Spezialprojekte vorgesehenen Kredite fließen inzwischen alle in den nationalen Haushalt, da sonst die Angestellten des Staatsapparats nicht mehr bezahlt werden können. Auch Belaúnde hat sich vom Pichis-Palcazú-Projekt ab- und dringenderen Problemen des Landes zuwenden müssen, zumal sich diese Kolonisationsprojekte ohnehin nicht mehr so erfolgreich demagogisch ausschlichten lassen. Die Krise, die zunehmende Auslandsverschuldung und der damit einhergehende Prestigeverlust der Regierung können auch durch angeblich erfolgreiche Kolonisationsprojekte nicht mehr rückgängig gemacht werden.

## SOLIDARITÄT

### Ausdruck neuer chilenischer Kultur: Ortiga

In Chile ist das Wort ORTIGA (Brennnessel) etwa gleichbedeutend mit Brennen, das der Saft der Pflanze auf der Haut dessen hinterläßt, der sie anfaßt.

Der Name ORTIGA steht in Chile für Musik, Kreation und Zeugnis einer Gruppe junger Menschen, die in ihrer Musik zum Ausdruck bringt, daß ihre Zeit gekommen ist und deshalb ein Brennen auf der verhärteten Haut der heutigen chilenischen Gesellschaft hinterläßt.

Die Mitglieder der Gruppe ORTIGA gehören zu der Generation chilenischer Künstler, die das "neue chilenische Lied" ins Leben gerufen haben. Ihr künstlerischer Charakter, ihr musikalisches Profil waren geprägt von dem ständigen Kontakt mit den Volksbewegungen. Ihre Botschaft ist nicht denkbar ohne ihre Auftritte in den Elendsvierteln, den Studentenzentren und den Gewerkschaftshäusern. ORTIGA hat sein Zeichen in der Haut unserer Geschichte hinterlassen.

Wie viele andere Künstler haben sie in der Zeit der Dunkelheit einen Spalt geöffnet, um die kulturellen Wurzeln des Volkes zu bewahren; ein lebendiger Raum, in dem die Harmonie von Stimmen und Instrumenten gemeinsame Lösungen, Alternativen und kollektive Hoffnungen ausdrückt.

ORTIGA steht auch für Tausende von Künstlern, die dazu beigetragen haben, das Kulturbewußtsein zu erhalten, das vom Militärputsch und der Repression angeschlagen aber nicht getötet wurde.

Im März begann die Gruppe ORTIGA ihre zweite Europa-Tournee, um ihre neuen Lieder bekannt zu machen und Stimme derjenigen zu sein, die in Chile singen, tanzen und für eine neue Zukunft ihres Landes kämpfen.

Gegen die Zerstörung der chilenischen Kultur stellt ORTIGA die Kraft, die Hoffnung und den Rhythmus Chiles.

Am 10. März sollte ein Konzert von ORTIGA in Berlin stattfinden. Auf der Fahrt nach Berlin verunglückte die Gruppe mit ihrem VW-Bus auf der Transitstrecke kurz vor Berlin. Dabei wurde Gonzalo, 24 Jahre alt, getötet.

Über den Schock, den die Gruppe durch diesen Tod erlitten hat, hinaus, steht ORTIGA vor schweren finanziellen Problemen: Eine Reihe von geplanten Konzerten mußte abgesagt werden; durch den Unfall entstanden erhebliche Kosten. Allein die Überführung der Leiche nach Chile kostet etwa 12 000 DM.

WER SICH IN DER LAGE SIEHT, ORTIGA BEI DER BEWÄLTIGUNG WENIGSTENS DER FINANZIELLEN PROBLEME ZU HELFEN, MÜCHTE BITTE SPENDEN AUF FOLGENDES KONTO EINZAHLEN:

FDCL, Postscheckamt Berlin - West, 17 69 66 - 104, Stichwort ORTIGA

# VAMOS CAMINANDO

*machen wir uns  
auf den Weg!*

Münster 1983

*Glaube, Gefangenschaft  
und Befreiung in den  
peruanischen Anden*



Auslieferung für die Bundesrepublik:  
edition liberación  
Postfach 1744  
D-4400 Münster

Auslieferung für die Schweiz:  
Edition Exodus  
Postfach 265  
CH-1701 Freiburg

Die Bambamarca-Gruppe hat die 3. Auflage von *Vamos Caminando* im Unterschied zu den bisher erschienenen Arbeitsmappen nun in Buchform herausgegeben. Die überarbeitete und auch vervollständigte Neuauflage hat 430 Seiten mit 125 Fotos und 57 Zeichnungen. Gerade diese lebensnahen Zeichnungen und Fotos sind es, die uns die dortige Lebenssituation ganz nah heran holen und konkret werden lassen. Sie drücken die tiefe Religiosität und die Volkskultur der Menschen in der Pastoral von Bambamarca aus.

*Vamos Caminando* ist in fünfzehn Einheiten aufgeteilt die die Welt der Campesinos darstellen. Die Themen dieser Einheiten sind das Familienleben, das Land, der Markt, die Arbeit und die Erde, die die Campesinos bearbeiten sowie ihr Erfolg und Mißerfolg. Der Gegensatz von Küste und Landesinneren sowie der Klassengegensätze in der

peruanischen Gesellschaft bestimmen die Erfahrungswelt der Campesinos in *Vamos Caminando*. Viele thematischen Darstellungen werden im Gespräch eröffnet. "Der Campesino trägt seine Überlegungen und Sorgen vor, er reflektiert über seine Arbeit, er nimmt ebenso Anteil am Geschick der andern. Dieses Interesse und diese Neugierde stellen ihn in die Mitte der Gesellschaft, der er entstammt."

Ein Thema heißt: "Ihr Gott ist das Geld". Es wird eine Situation geschildert in der ein Campesino ein Geschäft betritt und dem Kaufmann seine Kartoffeln, die frisch geerntet sind, zum Verkauf anbietet. Der Kaufmann diktiert den Preis herunter. Der Campesino muß notgedrungen zu einem geringen Preis verkaufen. Er kauft noch einige lebensnotwendige Dinge für seine Familie und geht schließlich mit Schulden wieder aus dem Geschäft. Er hat noch andere Schulden, die ihn drücken, aber mit Don Venancio, dem Kaufmann geht es aufwärts. Ein Foto, auf dem zwei Hände ein paar schäbige Geldscheine halten, illustrieren die Begebenheit. Dagegen wird dann ein Bibelzitat gestellt: "Keiner kann zwei Herren dienen. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon." Sehr wichtig ist dann der Abschnitt: "Kommt, wir sprechen miteinander". Hier werden Fragen gestellt, die den Campesino zum Nachdenken anregen und die eine Antwort verlangen: "Sind dir Leute bekannt, die nur hinter Geld her sind? Wie wäre das, wenn es kein Geld gäbe wie damals zur Zeit der Inkas?" "Warum gibt es soviel Ungerechtigkeit?" "Was können wir, die Arbeiterklasse, tun, um diese Situation zu verändern?" Anhand dieser Fragen kann sich ein Gespräch entwickeln, wem es nachzueifern gilt, dem Gott oder dem Mammon. Im Dialog analysieren sie ihre Situation und versuchen die Fragen zu beantworten um Gegenmaßnahmen entwickeln zu können und in die Praxis umsetzen zu können. Dabei kommt immer wieder ihr Glaube zum Ausdruck:

Wie ein roter Faden durchzieht das Christentum das Denken und das Leben der peruanischen Landarbeiter. Ihr Glaube zeigt ihnen den Weg von der Unterdrückung zur Befreiung. Die Campesinos machen sich auf den Weg und sind schon auf dem Weg. Jesus wird von den Campesinos und in *Vamos Caminando* nicht als rein historische Figur der Vergangenheit betrachtet, sondern Jesus ist gegenwärtig, denn seine Leiden sind auch heute noch erfahrbar.

Jesus hat das Leiden bekämpft und ist deshalb von den Herrschenden hingerichtet worden, die vom Leiden der Menschen profitieren. Das herrschende christliche Bewußtsein hat die Menschen dazu gebracht dieses Leiden zu ertragen: "Nimm Dein Kreuz auf Dich und folge mir nach", heißt es dort. Ertrage die Ungerechtigkeit. Halte Dein entfremdetes Leben für normal! Lehne Dich nicht dagegen auf. Sei bescheiden. Jesus hat auch gelitten und sein Kreuz geduldig getragen. Das heißt es aber nicht in *Vamos Caminando*, hier kommt eine befreiende Theologie zum Ausdruck, die das Leiden nicht akzeptiert. Hier heißt es eher: Beteilige Dich an den befreienden Aktionen, auch wenn man Dich wie Jesus lächerlich macht, verfolgt, foltert und umbringt. Die Campesinos in *Vamos Caminando* kommen aus ihrem Glauben heraus zu konkreten Konsequenzen für ihr politisches und soziales Leben. Zu welchen Konsequenzen kommen wir bei der Lektüre von *Vamos Caminando*? Machen wir uns auch auf den Weg?

ila-info Nr. 74, März 1984

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Begegnung mit mexikanischen Frauen: Die aufgepuderte Verheißung materiellen Erfolgs - "Und diese Ärschin holt uns nicht zur Hilfe!" - Frauen in der mexikanischen Revolution. Berichte und Hintergründe: "Front der Arbeiter" oder "Front für die nationale Befreiung" - Gespräch mit einem Führungsmitglied der sozialistischen Partei CNR über die chilenischen Oppositionsparteien Grenzen und Erfolge der chilenischen Christdemokratie / Der unaufhaltsame Zusammenbruch der chilenischen Wirtschaft / Ihre Zukunft kann nicht ihre Vergangenheit, aber auch nicht unsere Gegenwart sein - Zum Widerstandskampf der Indianer in Brasilien / Todestag Sandinos: Geburtsstunde der revolutionären Demokratie in Nicaragua? / Bischof Schläefer zu seiner Rückkehr nach Nicaragua / El Salvador: Werden die Wahlen verschoben? / Radios der Revolution: Wie die Guerilla in El Salvador ihren Rundfunk organisiert / Die Katakomben von San Salvador. Solidaritätsbewegung: Die Saat der Gewalt. Schreckensurteil gegen Härlin und Klöckner. / Kein Dioxin in Jutetaschen. / Keine neuen Entwicklungshelfer nach Nicaragua: Offener Brief an die Geschäftsführung des DED. / Buko-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" / Pharma-Kampagne / Sobradinho-Kampagne / Brasilien: 40-Stunden-Woche

Mittelamerika Magazin Nr. 35, Feb. 1984

Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Atlantikküste Nicaraguas: Amnestie für die Miskitos / Der Fall Schläefer / Wehrpflicht in Nicaragua  
Mittelamerika: Die Kissinger-Mission. Jamaica: Wahlfarce. / Guatemala: Flüchtlinge im eigenen Land. El Salvador: Auseinandersetzung in der FPL. / Militärische Erfolge der FMLN. / Honduras: Zur innenpolitischen Situation. / Solidarität: Arbeitsbrigaden. / Frauenprojekt. / Diskussion: Kommt die US-Intervention?

Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 3/1984

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Kommentar: Das Dilemma Libanon. / El Salvador: Gespräch mit der Bonner FMLN/FDR-Vertretung. Plattform der FMLN/FDR für eine provisorische Regierung. / Grenada: Kenrick Radix: Widerstand wie ihn das Volk will. / Chile: 1984 - das Jahr des Streiks? / Westsahara: Das verhinderte Referendum Marokko: "Aufbruch" in Hassans Königreich / Südafrika: Interview mit Joe Jele (ANC) / Philippinen: Das Marcos-Regime zwischen Skylla und Charybdis / Iran: Interview mit Ali Ajang (Volksfedayin) / Libanon: Rückeroberung Beiruts / Unmut und Aufbegehren gegen Besatzer / Interview mit Nabih Berri (Amal) / Interview mit Junblat (Progressive Sozialistische Partei) / Rüstungsexporte: Waffenenportzentrum Mittlerer und Naher Osten / Kultur: Filmschaffen des anderen El Salvador / Rezension: Ausländerproblematik / Infodienst / Kurzinformationen

epd - entwicklungspolitik Nr. 4/5 1984

Postfach 174192 Frankfurt/M. 17

Information: Lowé-Bilanz / Anhörung "Entwicklung und Rüstung / Umweltbewußtsein in der Dritten Welt / Bericht und Kommentar: Grundbedürfnisse / Pestizid-Netzwerk fordert Exportkontrollen / Bundesländerhilfe für die Ärmsten und Exportförderung / Giftiges zum Giftbefund / Interview: Malaysia braucht ein Self-reliance-Konzept / Dokumentation: Pestizidexport

Mosquito Nr. 2, März 1984

Postfach 692, CH-8026 Zürich

Kommentar: Wahlen in Zentralamerika / Lateinamerika: Indianer im Widerstand / Dossier: Kredite, Profite, Entwicklungshilfe / Südafrika: Tote nach Bus-Boycott / Chile: Kampf um das Kupfer / Afro-Pop / Ciba-Geigy: "Agro-Beistand für Zimbabwe / Philippinische Bauern wehren sich / Seerecht / Blumen: Duft und Gift in Kolumbien

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 76, Februar '84

Broichstr. 12, 4040 Neuss 1

Zu Besuch bei Nestlé / Ende des Boykotts? / Philippinen gegen Atomkraft und US-Militärbasen / PHARMA-BRIEF / AGRO-RUNDBRIEF / GRUNDWISSEN WAFFENEXPORT / Arbeitsbrigaden nach Nicaragua / BUKO-Koordinierungsausschuß-Protokoll (13.-15.1.84) / BUKO-Vorbereitungsseminar

blätter des izw Nr. 116, März '84

Kronenstr. 16, 7800 Freiburg

Nachrichten und Berichte zu Westpapua, EG-Nahrungsmittelhilfe / SOWJETUNION UND DRITTE WELT (II): Nationalitäten in der Sowjetunion: Koloniales Erbe oder Emanzipation; Die sowjetische Intervention in Afghanistan; Zur Rüstungsexportpolitik der Sowjetunion / REPRESSION IN DER BRD: Haft und Maulkorb für Journalisten: §§129/129a / NESTLÉ: Fortsetzung des Nestlé-Boycotts / UN-MENSCHENRECHTS / BRD-ENTWICKLUNGSPOLITIK / LIBANON-HILFEAUFRUF / BUKO-KAMPAGNEN / Peter Scholl-Latour

## EINGEGANGENE BÜCHER UND BROSCHÜREN

Ab dieser Nummer der Lateinamerika Nachrichten werden wir regelmäßig eine Liste der bei uns eingegangenen Bücher veröffentlichen. Da wir nicht alle Bücher rezensieren können, wollen wir wenigstens durch diese Liste unsere Leser auf Neuerscheinungen aufmerksam machen.

José Aldunate u.a.: Primat der Arbeit vor dem Kapital. Kommentare zur Enzyklika "Laborem exercens" aus der Sicht der Kirche Lateinamerikas. edition liberación, Münster 1983

H.-B. Schäfer: Landwirtschaftliche Akkumulationslasten und industrielle Entwicklung. Analyse und Beschreibung entwicklungspolitischer Optionen in dualistischen Wirtschaften. Berlin - Heidelberg - New York 1983

Günter Kahle: Simón Bolívar in zeitgenössischen deutschen Berichten (1811 - 1831), Berlin 1983

R. Karges, W. Schlienz: Ein Gigant erwacht - An der Atlantikküste Nicaraguas. Hrsg. Verein Monimbó, Mittelamerika Heft 7, Kiel 1984

Kampagne Poder Popular: El Salvador - Wo die Zukunft bereits Wirklichkeit wird, Mittelamerika Heft Nr. 8, Kiel 1983

M. Ernst: Auf der Suche nach einem neuen Modell - Costa Rica zur Einführung, Mittelamerika Heft Nr. 9, Kiel 1984

T. Heydenreich, Jürgen Schneider (Hrsg.): Lateinamerika Studien 12 - Argentinien, Uruguay. Referate des 5. interdisziplinären Kolloquiums der Sektion Lateinamerika des ZI 06. München 1983

José Manuel López de Abiada, Titus Heydenreich: Lateinamerika Studien 13 - Iberoamérica. Homenaje a Gustav Siebenmann. München 1983

Maurice Lenoire: Bitterer Zucker. Sklaven heute in der Karibik. Dokumentarischer Roman. Rotpunktverlag, Zürich 1984

Christliche Initiative El Salvador: Wahlen in El Salvador 1984. Münster 1984

Manfred Wöhlcke: Brasilien 1983: Ambivalenzen seiner politischen und wirtschaftlichen Orientierung Baden-Baden 1983

## EL SALVADOR - EINE CHRONIK DER GEWALT

WANDERAUSSTELLUNG

FLUCHT VOR DER GEWALT

FLUCHT INS UNGEWISSE

SALVADORENISCHE FLÜCHTLINGE IN HONDURAS

Die Ausstellung zeigt die Situation in El Salvador auf, stellt Angst und Flucht vieler Salvadorener dar und berichtet, wie 20.000 Flüchtlinge in Honduras leben.

Ausleihe und Informationen bei: Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V.  
c/o Christa Vischer, Karlstr. 7, 7147 Eberdingen/Nußdorf

Wanderausstellung

# Modernisierung des Elends

Drei Familien aus Lateinamerika

In vielen Ländern Lateinamerikas vollzog sich eine Modernisierung von Landwirtschaft und Industrie. Die Lebensgeschichte dreier Familien, die in unterschiedlichen Bereichen von dieser Modernisierung betroffen sind, zeigt die negativen Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung. Hintergrund dieser Entwicklung ist die zunehmende Verflechtung von Entwicklungsländern und Industrieländern, von der wir profitieren.

Für den ländlichen Bereich wurde Mexico gewählt, für den industriellen Bereich Brasilien und die lange Tradition der Arbeiterbewegung

## Technische Daten:

43 Foto-Text Tafeln

(farbe/schw./weiß)

Maße 120 x 85 cm (Querformat)

Die Tafeln werden einzeln aufgehängt.

Leihgebühr pro Woche: 250.— DM

Versicherungswert: 5.000.— DM

Transport: nur per Spedition

und ihrer Organisation wird am Beispiel von Chile aufgezeigt.

Die Ausstellung ist vorwiegend als Einführung in die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme Lateinamerikas gedacht. Sie eignet sich besonders für Schulklassen und andere, die sich für die Probleme in der Dritten Welt interessieren.

Diese Ausstellung wurde von einer Arbeitsgruppe des Lateinamerika-Instituts der FU-Berlin, des FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika) und der Galerie 70 zusammengestellt.

## Nähere Informationen:

Galerie 70.

Schillerstr. 70

1000 Berlin 12

Tel.: 030/312 26 23



## Istmo

Studien zu Zentralamerika

Zeitschrift der  
Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft Zentralamerika (ssz)

Heft 5 (März 1984)

Gaby Gottwald: Wahlen in El Salvador März 1984 - Hat die westdeutsche Sozialdemokratie schon gewählt?

Der Krieg geht weiter in Mittelamerika: keine Verhandlungslösung in Sicht

Heinz Dieterich: Terror für den Freien Westen - Das Counterrevolutionary Hemispheric Terror Network der USA in Lateinamerika

Einzelpreis: DM 4,-- / Abonnement: 10 Einzelhefte DM 38,--

Einzelbestellungen zzgl. Porto  
Auslandsabo-Preise bitte erfragen

Bestelladresse: ssz, Coerdestr. 42, 4400 Münster

ISSN-Nr. 0724-0716



Solidaritätsaktion für die peruanischen  
Minerarbeiter von CATA ACARI

Vor 1 1/2 Jahren unternahmen 800 Miner von Cata Acari mit ihren Familien einen 1000 km langen Hungermarsch nach Lima, um für die Wiedereröffnung der Minen zu kämpfen. Bis heute leben sie - 1800 Personen - in unmenschlichen Verhältnissen im Innenhof eines Gewerkschaftshauses, von Krankheiten und Hunger bedroht, ohne daß sich die Regierung um ihre Not kümmert. Auch wiederholte Hungerstreiks blieben ohne Wirkung. Als "Fliegende Händler" und durch Spendenaufrufe "verdienen" sie gerade soviel, um sich vor dem Verhungern zu retten, doch ist es ihnen unmöglich, sich dringend benötigte Medikamente und Kleidung zu beschaffen.

### Aktionsvorschlag:

Unterstützt die Miner durch den Kauf von Musikkassetten (peruanische Folklore und Minero-Lieder)! Der Bestellung bitte DM 10,-- oder Gegenwert in Briefmarken beilegen.

Bestellungen an: PERU-GRUPPE München  
LAK

Maistraße 29  
8000 München 2

arbeitsgemeinschaft  
sozialpolitischer arbeitskreise  
**ag  
spak**

## TALLER DE COMUNICACION POPULAR

27. 4. - 1. 5. 1984 bei Frankfurt/M.

Sprache: spanisch

Colaboradores: CCALA

(Centro de Comunicación Audiovisual Latinoamericano)

Invitados: Personas interesadas de Latinoamerica en Europa y "amigos europeos" que tienen que ver con la "educación popular".

Kosten: DM 40,-- für Unterkunft und Verpflegung, 50% Fahrtkostenerstattung DB 2.Klasse

Temas: Cómo crear imágenes y sonidos? / Cómo hacer que esas imágenes y sonidos sean realmente comunicativos y liberadores? / Tipos de imágenes y sonidos: ...poster...foto... los 'monos'...la diapositiva...grabación...montaje... / El manejo elemental de los instrumentos / La creatividad personal y del grupo.

Auskunft und weitere Information:

AG SPAK - AK P. Freire -

Kistlerstr. 1

8000 München 90